5 Sozioökonomische Benachteiligung in der Kindheit in Österreich[1]

OECD

Autoren: Chris Clarke, Olivier Thévenon[2]

An OECD publication translated into German

[1] *Originally published by the OECD in English under the title: Childhood Socio-economic Disadvantage in Austria: A Snapshot of Key Challenges, OECD Papers on Well-being and Inequalities © OECD 2023, (https://doi.org/10.1787/c05f13f8-en).*
This translation was not created by the OECD and should not be considered an official OECD translation. The quality of the translation and its coherence with the original language text of the work are the sole responsibility of the author or authors of the translation. In the event of any discrepancy between the original work and the translation, only the text of the original work shall be considered valid.
© 2023 Federal Ministry of Social Affairs, Health, Care and Consumer Protection for this translation

[2] *Chris Clarke, OECD Centre on Well-Being, Inclusion, Sustainability and Equal Opportunity / Zentrum für Wohlbefinden, Inklusion, Nachhaltigkeit und Chancengleichheit; Olivier Thévenon, Head of Child Well-Being Unit, OECD Centre on Well-Being, Inclusion, Sustainability and Equal Opportunity / Leiter der Abteilung für das Wohlbefinden von Kindern, OECD Centre on Well-Being, Inclusion, Sustainability and Equal Opportunity / OECD-Zentrum für Wohlbefinden, Inklusion, Nachhaltigkeit und Chancengleichheit / Olivier.thevenon@oecd.org*

Inhalt

5 Sozioökonomische Benachteiligung in der Kindheit in Österreich ... 347
Kurzdarstellung ... 349
Danksagung ... 350
5.1 Einleitung ... 351
5.2 Sozioökonomische Benachteiligung in der Kindheit ... 360
5.2.1 Einkommensarmut bei Kindern ... 360
5.2.2 Betroffenheit von materieller Deprivation bei Kindern ... 362
5.2.3 Kinder mit Eltern mit niedrigem Bildungsniveau ... 372
5.2.4 Multiple und überlappende sozioökonomische Benachteiligung von Kindern ... 374
5.3 Auswirkung sozioökonomischer Benachteiligung auf den Zugang von Kindern zu essenziellen Leistungen ... 376
5.3.1 Frühkindliche Betreuung, Bildung und Erziehung ... 376
5.3.2 Gesundheitsversorgung ... 382
5.3.3 Angemessener Wohnraum ... 386
5.4 Die wirtschaftlichen Kosten sozioökonomischer Benachteiligung in der Kindheit ... 389
5.4.1 Arbeitsmarktbezogene und gesundheitliche Nachteile durch sozioökonomische Benachteiligung in der Kindheit ... 390
5.4.2 Der monetäre Wert der arbeitsmarktbezogenen und gesundheitlichen Nachteile durch sozioökonomische Benachteiligung in der Kindheit ... 397
5.4.3 Auswirkung sozioökonomischer Benachteiligung in der Kindheit auf die öffentlichen Finanzen ... 401
5.5 Wichtigste politische Herausforderungen ... 404
Literaturverzeichnis ... 415

Kurzdarstellung

Die Empfehlung des Rates zur Einführung einer Europäischen Garantie für Kinder hat in Europa dazu beigetragen, dass dem Thema Benachteiligung in der Kindheit und der damit verbundenen Problematik seitens der Politik ein höherer Stellenwert eingeräumt wird. Durch Maßnahmen, über die ein effektiver Zugang zu einer Reihe von zentralen Dienstleistungen für Kinder sichergestellt werden soll, zielt die Europäische Garantie für Kinder vor allem darauf ab, bedürftigen Kindern mehr und bessere Möglichkeiten zu eröffnen und dazu beizutragen, dass Armut und soziale Ausgrenzung nicht von einer Generation an die nächste „vererbt" werden. Im Zuge der Erarbeitung und Umsetzung der Nationalen Aktionspläne in den Mitgliedstaaten gilt es, sich mit der aktuellen Situation und den Ursachen für Benachteiligung von Kindern auseinanderzusetzen und ein besseres Verständnis für die Auswirkungen zu gewinnen, die diese potenziell auf das gesamte spätere Leben der Betroffenen haben könnten. Sozioökonomische Benachteiligung von Kindern in Österreich wird im Folgenden aus einer vergleichenden Perspektive untersucht. Aufbauend auf den Erkenntnissen von Clarke et al. (2022)[1] werden Umfang und Ausmaß von Kinderarmut und materieller Deprivation in Österreich umrissen und potenzielle längerfristige ökonomische Kosten von Benachteiligung in der Kindheit nach Erreichen des Erwachsenenalters dargestellt. Darüber hinaus werden die wichtigsten politischen Herausforderungen, denen Österreich im Kampf gegen die sozioökonomische Benachteiligung in der Kindheit gegenübersteht, erörtert.

Danksagung

Dieses Dokument wurde vom OECD Centre on Well Being, Inclusion, Sustainability and Equal Opportunity (WISE Centre) unter der Leitung von Romina Boarini (Direktorin, OECD WISE Centre) erstellt. Verfasst wurde diese Studie von Chris Clarke und Olivier Thévenon. Für die redaktionelle Aufbereitung zeichnet Anne-Lise Faron verantwortlich, für Beratung und Unterstützung im Zuge der Publikation Martine Zaïda.

Die Autoren danken Georg Reibmayr und Christopher Singhuber (BMSGPK, Österreich), Sebastien Turban (OECD-Wirtschaftsabteilung), Willem Adema, Jonas Fluchtmann (OECD-Direktion für Beschäftigung, Arbeit und soziale Angelegenheiten) sowie Romina Boarini und Nora Brüning (OECD WISE Centre) für ihre wertvollen Anmerkungen und Kommentare.

Die OECD dankt Österreich für die finanzielle Unterstützung im Zuge der Erstellung dieses Dokuments.

5.1 Einleitung

In einer Situation sozioökonomischer Benachteiligung aufzuwachsen hat erhebliche und weitreichende Folgen für das Leben von Kindern. So können Kinder aus benachteiligten Familien (siehe Box 1) ihre Fähigkeiten oft nicht vollumfänglich entwickeln und fallen zurück (Clarke und Thévenon, 2022)[2]. Diese Kinder schneiden in der Schule häufig schlechter ab und beenden ihre schulische Ausbildung vielfach mit schlechteren Kenntnissen und Fähigkeiten als ihre begünstigteren Altersgenoss:innen. Sozioökonomische Benachteiligung wirkt sich auch auf die physische und psychische Gesundheit von Kindern sowie auf ihre soziale und emotionale Entwicklung aus, um nur einige Aspekte des Wohlbefindens (*Well-Being*) und der Entwicklung zu nennen (Clarke und Thévenon, 2022)[2]. Ohne eigenes Verschulden sehen sich Kinder aus benachteiligten Verhältnissen allzu oft von Beginn ihres Lebens an mit ungleichen Voraussetzungen konfrontiert.

Diese frühen Ungleichheiten wirken sich nicht nur im Kindesalter auf das Wohlbefinden der Betroffenen aus, sondern beeinflussen ihre Chancen und Möglichkeiten nachhaltig und somit auch ihr gesamtes späteres Leben als Erwachsene. Wie wir in unserem Strategiepapier „*The economic costs of childhood socio-economic disadvantage in European OECD countries*" / „Die wirtschaftlichen Kosten sozioökonomischer Benachteiligung in der Kindheit – ein Überblick über europäische OECD-Länder" (Clarke et al., 2022)[1] zu veranschaulichen versuchen, behindert frühe Benachteiligung häufig nicht nur die Entwicklung von Fähigkeiten und Fertigkeiten, sondern auch den Bildungserfolg, was wiederum die späteren Aussichten der Betroffenen am Arbeitsmarkt einschränkt. Obwohl es Ausnahmen gibt, sehen sich Erwachsene, die ihre Ausbildung mit nur geringen oder keinen Qualifikationen beendet haben, mit begrenzten Möglichkeiten am Arbeitsmarkt konfrontiert. Gleichermaßen ist der sozioökonomische Status während der Kindheit – zum Teil aufgrund seiner Auswirkungen auf die Gesundheit im Kindesalter – ein ausschlaggebender Faktor für die spätere Gesundheit und Aktivitätseinschränkungen der Betroffenen im Erwachsenenalter (Currie et al., 2010[3]; Flores und Kalwij, 2014[4]; Currie, 2016[5]; OECD, 2021[6]; Poulton et al., 2002[7]; Jackson, 2015)[8].

Länder wie Österreich sollten sich aus vielerlei Gründen ernsthaft mit ungleichen Chancen auseinandersetzen, denen Kinder aus benachteiligten Familien typischerweise gegenübersehen. Denn sicherzustellen, dass alle Kinder, unabhängig von ihrer Herkunft, umfassende und gleiche Chancen im Leben haben, ist in erster Linie eine Frage der Gerechtigkeit und Fairness. Die Bedingungen, in die wir hineingeboren werden, können wir nicht beeinflussen. Unterschiede im Hinblick auf Chancen, Möglichkeiten und Erfolg im späteren Leben, die auf Umstände zurückzuführen sind, die jenseits des persönlichen Einflussbereichs liegen – wie etwa der familiäre Hintergrund –, werden von den Bürger:innen in den OECD-Ländern weithin als ungerecht empfunden (Ciani, 2022)[9].

Abgesehen von Fairness gibt es aber auch andere Gründe, sich dieses Themas ernsthaft anzunehmen. Einer ist sozialer Zusammenhalt. In Gesellschaften, in denen Menschen wenig Hoffnung auf wirtschaftlichen Aufstieg haben, können Gefühle wie Ausgrenzung und Unzufriedenheit unter benachteiligten Gruppen auf fruchtbaren

Boden fallen (OECD, 2018)[10]. Ein anderer Grund ist wirtschaftlicher Wohlstand. Wenn Erwachsene bloß, weil sie aus benachteiligten Verhältnissen stammen, weniger Beschäftigungsmöglichkeiten und somit niedrigere Einkommen haben, bleiben Talente ungenützt und Wirtschaftspotenzial geht verloren. Darüber hinaus führen gesundheitliche Probleme zu finanziellen Einbußen für den Wohlfahrtsstaat (McLaughlin und Rank, 2018[11]; Duncan, 2019[12]; Blanden, Hansen und Machin, 2008[13]; Blanden, Hansen und Machin, 2010)[14]. Ein weiteres Problem stellen die zu erwartenden Auswirkungen auf die öffentlichen Finanzen dar. Denn niedrigere Produktivität bedeutet, dass dem Staat Steuereinnahmen entgehen, und geringere Einkommen bedeuten, dass Betroffene möglicherweise vom Staat durch umfangreichere Sozialleistungen unterstützt werden müssen.

In der Europäischen Union hat die Einführung der Europäischen Garantie für Kinder (Europäischer Rat, 2021)[15] dazu beigetragen, dass dem Themenkomplex Benachteiligung in der Kindheit ein höherer Stellenwert auf der politischen Agenda eingeräumt wird. Durch Maßnahmen, über die ein effektiver Zugang zu einer Reihe von wichtigen Leistungen für Kinder sichergestellt werden soll, zielt die Europäische Garantie für Kinder vor allem darauf ab, bedürftigen Kindern mehr und bessere Chancen zu eröffnen und dazu beizutragen, dass Armut und soziale Ausgrenzung nicht von einer Generation an die nächste „vererbt" bzw. weitergegeben werden (Europäischer Rat, 2021)[15]. Im Zuge der Erstellung der Nationalen Aktionspläne zur Umsetzung der Garantie für Kinder in den Mitgliedstaaten, einschließlich Österreich, gilt es, ein besseres Verständnis vom „Gesicht" dieser Benachteiligung zu gewinnen, wie sie sich in den Ländern Europas darstellt und welche potenziellen Auswirkungen Benachteiligung in der Kindheit auf das gesamte weitere Leben der Betroffenen haben kann.

Im vorliegenden Dokument wird ein vergleichender Überblick über Prävalenz und potenzielle wirtschaftliche Kosten sozioökonomischer Benachteiligung von Kindern in Österreich angestellt. Es umreißt den derzeitigen Umfang und die Tiefe von sozioökonomischer Benachteiligung in der Kindheit in Österreich und fasst die Erkenntnisse von Clarke et al. (2022)[1] zu den potenziellen längerfristigen wirtschaftlichen Kosten dieser Benachteiligung zusammen, sobald die Betroffenen das Erwachsenenalter erreicht haben.

Strukturiert ist das Papier wie folgt: Der folgende Abschnitt (Abschnitt 5.2) liefert einen Überblick über die aktuelle Situation im Hinblick auf sozioökonomische Benachteiligung von Kindern in Österreich. Großteils ausgehend von jüngsten Daten zu den Lebensbedingungen von Kindern aus EU SILC 2021[3] werden Häufigkeit und Muster sozioökonomischer Benachteiligung von Kindern in Österreich untersucht und ein Vergleich mit anderen europäischen Ländern angestellt. Im Hinblick auf die Europäische Garantie für Kinder wird in Abschnitt 5.3 untersucht, wie sich sozioökonomische Benachteiligung auf den Zugang von Kindern zu drei essenziellen Dienstleistungen

[3] Im vorliegenden Papier wurde auf Daten der SILC-Erhebungswelle aus 2021 zurückgegriffen, da dabei auch für die Untersuchung von Deprivation in der Kindheit relevante Informationen erhoben wurden. Diese Analyse spiegelt daher die Situation von vor der COVID-19-Pandemie wider, da eine derartige Analyse anhand späterer bzw. aktuellerer Daten kein getreues Bild wiedergeben würde.

auswirkt: frühkindliche Betreuung, Bildung und Erziehung (FBBE), Gesundheitsversorgung und angemessener Wohnraum. Abschnitt 5.4 setzt sich mit den längerfristigen wirtschaftlichen Kosten sozioökonomischer Benachteiligung in der Kindheit auseinander und vergleicht Österreich mit anderen europäischen Ländern in Bezug auf dessen Anteil am Bruttoinlandsprodukt der durch sozioökonomische Benachteiligung in der Kindheit bedingten negativen gesundheitlichen sowie arbeitsmarktbezogenen Auswirkungen im Erwachsenenalter. Schließlich werden in Abschnitt 5.5 kurz die wichtigsten politischen Herausforderungen dargestellt, denen Österreich im Zusammenhang mit sozioökonomischer Benachteiligung von Kindern und den entsprechenden Auswirkungen auf das spätere Leben der Betroffenen gegenübersteht.

Box 1: Was wird in dieser Studie unter „sozioökonomischer Benachteiligung in der Kindheit" verstanden?

Das Konzept des „sozioökonomischen Status" ist so umfassend wie vielschichtig. Gemessen wird er häufig über eine Kombination aus Bildung und Beruf der Eltern, Haushaltseinkommen oder „Hausstand" / Besitz bzw. finanzielle Mittel des Haushalts / der Familie (Clarke und Thévenon, 2022)[2]. Anhand des sozioökonomischen Status von Kindern kann deren Zugang zu wichtigen wirtschaftlichen und sozialen Ressourcen ermittelt und ein entsprechender Vergleich mit anderen in ihrem Umfeld angestellt werden. Demgemäß bezieht sich sozioökonomische Benachteiligung in der Kindheit somit auf (relativ) mangelhaften bzw. unzureichenden Zugang zu wichtigen Ressourcen.

In diesem Papier wird sozioökonomische Benachteiligung von Kindern im Wesentlichen auf zwei Arten gemessen. In den Abschnitten 5.2 und 5.3 wird Benachteiligung mittels dreier Schlüsselindikatoren erfasst: relative Einkommensarmut, materielle Deprivation und Eltern, die maximal die Sekundarstufe I abgeschlossen haben (d. h. maximal Pflichtschulabschluss). Diese drei Indikatoren ergänzen einander und spiegeln jeweils einen anderen Aspekt von sozioökonomischer Benachteiligung wider.

In Abschnitt 5.4 wird sozioökonomische Benachteiligung in der Kindheit in Bezug auf die „durchschnittlichen" Lebensbedingungen von Kindern gemessen. Dies erfolgt anhand eines aus mehreren Faktoren zusammengesetzten Sammelindex, der den sozioökonomischen Status in der Kindheit auf einer kontinuierlichen Skala erfasst. Dieser Index stützt sich auf Angaben, die Erwachsene im Zuge der europäischen Erhebung über Einkommen und Lebensbedingungen 2021 (EU-SILC) rückblickend über ihre Lebensbedingungen „im Alter von etwa 14 Jahren" gemacht haben. Die Messwerte im Index erfassen

materielle Deprivation, Haushaltsfinanzen, Bildung der Eltern und deren Stellung im Erwerbsleben. In unserer Betrachtung waren Kinder von sozioökonomischer Benachteiligung betroffen, wenn sie sich im untersten Quintil dieses Index (auf Länderebene) befanden.

Zusammenfassend stellen sich die wichtigsten Erkenntnisse unserer Studie wie folgt dar:

- Was sozioökonomische Benachteiligung von Kindern in Österreich betrifft, so bietet sich ein durchaus heterogenes Bild: Während der Anteil der von Einkommensarmut betroffenen Kinder in Österreich seit der Finanzkrise 2008 gestiegen ist und nun leicht über dem OECD-Durchschnitt liegt, war ein Rückgang des Anteils der von materieller Deprivation betroffenen Kinder zu verzeichnen. Mit knapp unter 8 Prozent liegt Österreich im Hinblick auf kinderspezifische materielle Deprivation deutlich unter der Durchschnittsquote der europäischen OECD-Länder (12 Prozent) und auch unter jener anderer großer europäischer OECD-Mitgliedsländer wie z. B. Frankreich (13 Prozent), Italien und Deutschland (beide 14 Prozent). Wenn es darum geht, sicherzustellen, dass Kinder Zugang zur Erfüllung von Grundbedürfnissen wie Nahrung und Kleidung haben, schneidet Österreich besonders gut ab.
- In Österreich, wie auch in den meisten anderen europäischen OECD-Ländern, gibt es eine erhebliche – wenn auch nicht vollständige – Überschneidung bei der Betroffenheit von Einkommensarmut im Kindesalter und materieller Deprivation im Kindesalter. Im Jahr 2021 waren 4 Prozent der Kinder in Österreich sowohl von Einkommensarmut als auch von materieller Deprivation betroffen – dies entspricht in etwa dem Durchschnitt der europäischen OECD-Länder. Allerdings waren weitere 4 Prozent der Kinder von materieller Deprivation betroffen, obwohl sie nicht als einkommensarm einzustufen waren. Die Größe dieser Gruppe – d. h. nicht arm, aber dennoch von materieller Entbehrung betroffen zu sein – lässt darauf schließen, dass ein Vorgehen gegen materielle Deprivation von Kindern auch die nicht-finanzielle Unterstützung von Familien einschließen sollte.
- Im Jahr 2021 waren knapp unter 5 Prozent der Kinder in Österreich sowohl von Einkommensarmut als auch von materieller Deprivation betroffen und lebten mit Eltern mit niedrigem Bildungsniveau zusammen. Dieser Wert lag nur leicht unter dem Durchschnitt der europäischen OECD-Länder (6 Prozent). Im Jahr 2021 lebten in Österreich knapp 8 Prozent der Kinder in Haushalten mit Eltern mit niedrigem Bildungsniveau – einem Indikator für soziale Benachteiligung. Auch dieser Wert liegt unter dem europäischen OECD-Durchschnitt (11 Prozent) und ist wesentlich niedriger als in einigen anderen europäischen OECD-Ländern wie z. B. Spanien (22 Prozent) und Italien (24 Prozent). Diese Kinder leiden unter wirtschaftlicher und sozialer Benachteiligung und benötigen möglicherweise verstärkt Unterstützung.

- Einer der Gründe für die negativen Auswirkungen sozioökonomischer Benachteiligung auf die Entwicklung und das Wohlbefinden von Kindern ist, dass diese ihren Zugang zu wichtigen Aktivitäten und zur Inanspruchnahme essenzieller Leistungen einschränken kann. Verglichen mit anderen EU-Mitgliedstaaten, gibt es in Österreich bei der Teilnahme an Kinderbetreuung in Abhängigkeit vom Haushaltseinkommen nur geringe Ungleichheiten. Dies ist jedoch mehrheitlich auf die vergleichsweise geringen Besuchszahlen begünstigterer Kinder zurückzuführen und nicht auf die hohe Teilnahme benachteiligter Kinder. Allerdings gibt es große regionale Schwankungen bei den Betreuungsangeboten für Kinder unter drei Jahren. Dies ist auf die unterschiedliche regionale Dynamik beim Ausbau von Einrichtungen für frühkindliche Betreuung zurückzuführen, die in den Zuständigkeitsbereich der Länder und Gemeinden fallen.
- Es könnte noch mehr getan werden, um den Zugang von Kindern sowohl aus benachteiligten als auch aus nicht benachteiligten Verhältnissen zu verbessern. Die Betreuungsquote für Kinder unter drei Jahren ist zwar in allen Einkommensgruppen ähnlich, liegt aber mit insgesamt 29 Prozent unter den neuen Barcelona-Zielen, denen zufolge bis 2030 mindestens 32 Prozent der Kinder unter drei Jahren an frühkindlicher Betreuung, Bildung und Erziehung (FBBE) teilnehmen sollten. Die regionalen Unterschiede beim Angebot an FBBE-Einrichtungen sind groß, und nur die Bundesländer Wien und Burgenland (37 Prozent im Zeitraum 2020/21) erreichen das Barcelona-Ziel. Die durchschnittliche nationale Teilnahme liegt auch weit unter der Zielvorgabe einer 45-prozentigen Teilnahmequote an formalen Betreuungsangeboten für Kinder unter drei Jahren, die vom Europäischen Rat als wünschenswertes Ziel für die EU-Mitgliedstaaten festgelegt wurde, in denen es bereits FBBE-Angebote für ein Drittel der Kinder unter drei Jahren gibt (Rat der Europäischen Union, 2022)[16]. Die Herausforderung besteht also in einer deutlichen Verbesserung des Zugangs aller Kinder, einschließlich (aber nicht ausschließlich) der benachteiligten Kinder und der Kinder, die in diesbezüglich hinterherhinkenden Regionen leben.
- Was den von den Eltern berichteten ungedeckten Bedarf an Gesundheitsversorgung für eine Reihe von Kernleistungen betrifft, so wies Österreich – auch für Kinder aus benachteiligten Verhältnissen – im Jahr 2021 europaweit die niedrigsten Quoten aller Länder mit verfügbaren Daten auf. Dies deutet darauf hin, dass es Österreich vergleichsweise gut gelingt, allen Kindern unabhängig von ihrem Hintergrund gleichberechtigten Zugang zu den wichtigsten Gesundheitsleistungen zu gewährleisten. Ein möglicher, durch die COVID-19-Pandemie ausgelöster Versorgungsbedarf ist in den vorliegenden Daten jedoch noch nicht berücksichtigt.
- Schlechte Wohnqualität kann das physische, psychologische, soziale und emotionale Wohlbefinden von Kindern gefährden. Im Jahr 2020 waren 5 Prozent der Kinder in Österreich von „gravierender Wohndeprivation“ betroffen. Das bedeutet, dass der Haushalt, in dem sie leben, einerseits von Überbelag gekennzeichnet und anderseits auch im Hinblick auf mindestens einen der Indika-

toren für Wohnqualität depriviert war. Prozentuell gesehen schneidet Österreich hier durchaus ähnlich wie der Durchschnitt der europäischen OECD-Länder ab (5,4 Prozent), im Gegensatz zu anderen Ländern ist jedoch Wohndeprivation in Österreich nicht so stark vom Einkommen abhängig.

- Österreich muss seine Anstrengungen zum Abbau sozioökonomischer Benachteiligung von Kindern fortsetzen. Wie Clarke et al. (2022)[1] aufzeigen, wirken sich in Österreich – wie auch in anderen europäischen OECD-Ländern – Benachteiligungen, die eine Person im Kindesalter erfahren musste, negativ auf deren gesamtes späteres Leben aus, wodurch sowohl der einzelnen Person als auch der Gesellschaft insgesamt erhebliche Kosten erwachsen.
- In einer Situation sozioökonomischer Benachteiligung aufzuwachsen hat in Österreich zwar nur geringe Auswirkungen auf die späteren Beschäftigungschancen, aber erhebliche Auswirkungen auf das spätere Einkommen und die Gesundheit der Betroffenen. Unselbstständig erwerbstätige Männer und Frauen, die während ihrer Kindheit am stärksten von Benachteiligung betroffen waren, verdienen 23 Prozent bzw. 15 Prozent weniger als jene mit günstigerer Kindheit. Dies ist größtenteils auf Unterschiede bei den Stundenlöhnen und der jeweiligen beruflichen Tätigkeit zurückzuführen. Betroffene berichten auch über einen schlechteren Gesundheitszustand, der sich pro Jahr im Verlust von zwei bis zweieinhalb Wochen Lebenszeit bei voller Gesundheit niederschlägt.
- Das Verhältnis zwischen sozialer und wirtschaftlicher Benachteiligung in der Kindheit und Jahresverdienst lässt sich vor allem über Mediatoren bzw. förderliche Faktoren wie geringere Bildung, schlechtere Gesundheit und kürzere Lebensarbeitszeit darstellen. Bildung spielt dabei die wichtigste Rolle: In Österreich ist niedrigeres Bildungsniveau der Grund für eine 25-prozentige Verdiensteinbuße bei Männern, bei Frauen beträgt dieser Wert sogar 42 Prozent. Eine andere wichtige Referenzgröße ist der Gesundheitszustand, der bei Männern insgesamt für Verdiensteinbußen von 25 Prozent verantwortlich ist.
- Diese Einbußen schlagen sich in erheblichen Verlusten für die Volkswirtschaften nieder. Die auf Benachteiligung in der Kindheit zurückzuführenden negativen Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt belaufen sich in Österreich auf umgerechnet 1,6 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) pro Jahr, die negativen gesundheitlichen Auswirkungen schlagen mit 2,0 Prozent des BIP zu Buche. Durch Benachteiligung im Kindesalter erwachsen dem Staat also Gesamtkosten von umgerechnet 3,6 Prozent des BIP pro Jahr.
- Diese Kosten beinhalten auch die negativen Auswirkungen auf die Staatsfinanzen. Schätzungen zufolge entgehen dem Fiskus in Österreich aufgrund geringerer Beschäftigung und schwächerer Einkommen bis zu 4,4 Prozent an Steuereinnahmen aus Einkommen und Sozialbeiträgen von Nicht-Pensionist:innen-Haushalten. Darüber hinaus müssen die Betroffenen mit bis zu 1,0 Prozent zusätzlichen Sozialleistungen unterstützt werden. Umgerechnet auf die Wirtschaftsleistung belaufen sich die negativen Auswirkungen, die dem Staat durch entgangene Steuereinnah-

men und zusätzliche Sozialleistungen erwachsen, auf durchschnittlich 1,0 Prozent des BIP.

- Im Hinblick auf Beschäftigung und Gesundheit im Erwachsenenalter sind die negativen Auswirkungen sozioökonomischer Benachteiligung in der Kindheit in Österreich substanzieller als im EU-Durchschnitt, während die Prävalenz von Benachteiligung im Kindesalter – gemessen entweder anhand der Quote für Einkommensarmut oder für materielle Deprivation in der Kindheit – niedriger ist und fast dem europäischen Durchschnitt entspricht. In Österreich besteht die Herausforderung somit darin, sozioökonomisch benachteiligte Kinder dabei zu unterstützen, mit anderen gleichzuziehen oder vertikale soziale Mobilität sicherzustellen.

Box 2: Zusammenfassung der wichtigsten politischen Herausforderungen im Kampf gegen sozioökonomische Benachteiligung von Kindern in Österreich

- Maßnahmen sollten darauf abzielen, dem rezenten Anstieg relativer Einkommensarmut bei Kindern Einhalt zu gebieten und hier eine Trendwende herbeizuführen. Mögliche politische Optionen wären die Förderung von Vollzeitbeschäftigung der Eltern (Mütter) und ziel- bzw. treffsichere einkommensunterstützende Maßnahmen wie z. B. familienbezogene Leistungen (Familienbeihilfe). Darüber hinaus kann eine verstärkte gemeinsame Wahrnehmung bzw. verbesserte Aufteilung von Betreuungsaufgaben zwischen den Eltern nicht nur dazu beitragen, dass Mütter erwerbstätig bleiben, sondern kann auch die sozio-emotionale und kognitive Entwicklung der Kinder fördern[4].

- Weiters sollte der Zugang zu hochwertiger frühkindlicher Betreuung, Bildung und Erziehung und die Nutzung des Betreuungsangebots insbesondere von Kindern unter drei Jahren gefördert werden. Mögliche Maßnahmen sind hier z. B. die Behebung von Angebotsengpässen, die Flexibilisierung von Arbeitszeiten sowie die Beseitigung regionaler Unterschiede bei Kinderbetreuungskosten und -angeboten. Anzudenken wäre zum Beispiel eine Aufstockung von Bundesmitteln für weniger wohlhabende Regionen oder Regionen, die Kinderbetreuung nicht ausreichend

[4] In einer systematischen Analyse der einschlägigen Fachliteratur unterstreichen Diniz et al. (2021)[86] den Zusammenhang zwischen der Beteiligung der Väter am Spiel sowie der direkten Betreuung durch Väter einerseits und einer geringeren Prävalenz externalisierender Verhaltensweisen bei Vorschulkindern, insbesondere Buben, wie auch bessere kognitive Fähigkeiten der Kinder und verbesserten Umgang der Kinder mit Emotionen andererseits. Berichten zufolge hat die Beteiligung des Vaters an der Betreuung der Kinder nicht nur positiven Einfluss auf die Anzahl der Kinder und die Ausgaben bzw. Investitionen der Eltern in Kinderbetreuung und -erziehung, sondern trägt auch dazu bei, dass Schlafstörungen bei Kindern und Stress bei der Mutter reduziert werden.

über lokale Steuern finanzieren können und deshalb hinterherhinken, damit diese zu den fortschrittlicheren Regionen aufschließen können.

- Finanzielle und nicht-finanzielle Hindernisse, die dem Zugang zu und oder der Nutzung von grundlegenden Leistungen durch Familien mit materiell deprivierten Kindern im Wege stehen, sollten beseitigt werden. Seit 2010 wurden die finanziellen Leistungen für Familien seitens der öffentlichen Hand substanziell erhöht (Schratzenstaller, 2022)[17]. Diese vermehrte staatliche Unterstützung trägt im Hinblick auf den Lebensstandard dazu bei, die Kluft zwischen Familien mit Kindern und anderen Haushalten zu verringern (Bauer et al., 2021)[18]. Bei Familien mit zwei Kindern decken familienbezogene Transferleistungen etwa zwei Drittel der Kosten für Kinder ab, bei Alleinerziehenden jedoch nur ein Drittel (BMSGPK, 2021)[19]. Darüber hinaus fällt die Unterstützung für Haushalte mit niedrigsten Einkommen geringer aus, was vor allem darauf zurückzuführen ist, dass sie nicht in vollem Umfang vom Steuerabsetzbetrag für Familien (Familienbonus Plus) profitieren können (Fink und Rocha-Akis, 2021)[20]. Durch eine verbesserte Unterstützung von Familien mit niedrigen Einkommen und/oder Alleinerziehenden könnte das System der Familientransferleistungen gerechter gestaltet werden, was dazu beitragen könnte, die Betroffenheit von Einkommensarmut bei Kindern zu reduzieren. Weiters wäre sicherzustellen, dass alle Kinder in sicherem und angemessenem Wohnraum leben und regelmäßig Freizeitaktivitäten nachgehen können.

- Weiters muss sichergestellt werden, dass sich das Aufwachsen in einer sozioökonomisch benachteiligten Familie nicht in geringeren schulischen Erfolgschancen und schlechterem Gesundheitszustand niederschlägt. Denn Bildung und Gesundheit sind nicht nur per se wichtig, sondern können später auch zu Benachteiligung am Arbeitsmarkt in Österreich führen. Wie in früheren Studien aufgezeigt, ist es dazu notwendig, gegen Ungleichheiten im Bildungsbereich vorzugehen und hier insbesondere bei der frühen Zuweisung in unterschiedliche Schultypen anzusetzen. Weiters gilt es, Schulen in benachteiligten Gebieten zu unterstützen, Schulabbruch zu verhindern bzw. vorzubeugen und die Unterstützung des Übergangs benachteiligter Schüler:innen von der Schule auf den Arbeitsmarkt durch Berufsausbildung oder Jugendcoaching zu gewährleisten.

- Ebenso notwendig ist eine tiefgreifendere Analyse des Zusammenspiels der verschiedenen Formen der Benachteiligung. Darauf aufbauend können anschließend ergänzend zu einkommensunterstützenden Maßnahmen und materieller Unterstützung entsprechende familienbezogene

Unterstützungsleistungen für Kinder mit bildungsbezogenem und anderem familiären bzw. sozialen Bedarf bereitgestellt werden. Die Zahl der Kinder, die über die Kinder- und Jugendhilfe bildungsbezogene Unterstützung bekommen oder deren Eltern Unterstützung bei der Erziehung erhalten, steigt. Eine Herausforderung besteht darin, sicherzustellen, dass Kinder, die Unterstützung benötigen, diese auch im ganzen Land bekommen können.

5.2 Sozioökonomische Benachteiligung in der Kindheit

Der folgende Abschnitt liefert einen vergleichenden Überblick über sozioökonomische Benachteiligung von Kindern in Österreich und umfasst drei unterschiedliche Aspekte der sozioökonomischen Benachteiligung. Die ersten beiden – Betroffenheit von Einkommensarmut und materieller Deprivation in der Kindheit – beziehen sich auf die wirtschaftlichen und materiellen Aspekte der Benachteiligung und auf die Frage, inwieweit Kinder ohne Zugang zu den für Wohlbefinden und gute Entwicklung notwendigen wirtschaftlichen Ressourcen aufwachsen. Die dritte Kategorie – Kinder, die mit Eltern mit niedrigem Bildungsniveau zusammenleben – betrifft eher den sozialen Aspekt sozioökonomischer Benachteiligung.

5.2.1 Einkommensarmut bei Kindern

Die Einkommensarmutsquote bei Kindern ist der am häufigsten verwendete Indikator für Benachteiligung in der Kindheit. Sie misst den Anteil der in einkommensschwachen Haushalten lebenden Kinder, deren materielles Wohlbefinden und Entwicklung durch fehlendes Einkommen beeinträchtigt zu werden drohen. Obwohl dies bei Weitem nicht der einzige Faktor ist, der für das Wohlbefinden von Kindern wichtig ist (OECD, 2021)[6], sind doch Familien mit geringerem Einkommen oft stärker in ihren Möglichkeiten, (hochwertige) materielle Güter und Dienstleistungen für ihre Kinder zu erwerben, eingeschränkt und sehen sich mit geringerer wirtschaftlicher Sicherheit sowie höheren Belastungen bzw. Stress in der Familie konfrontiert. All dies kann erhebliche Auswirkungen auf das Wohlbefinden und die Entwicklung der in einkommensschwächeren Familien aufwachsenden Kinder haben (OECD, 2021)[6].

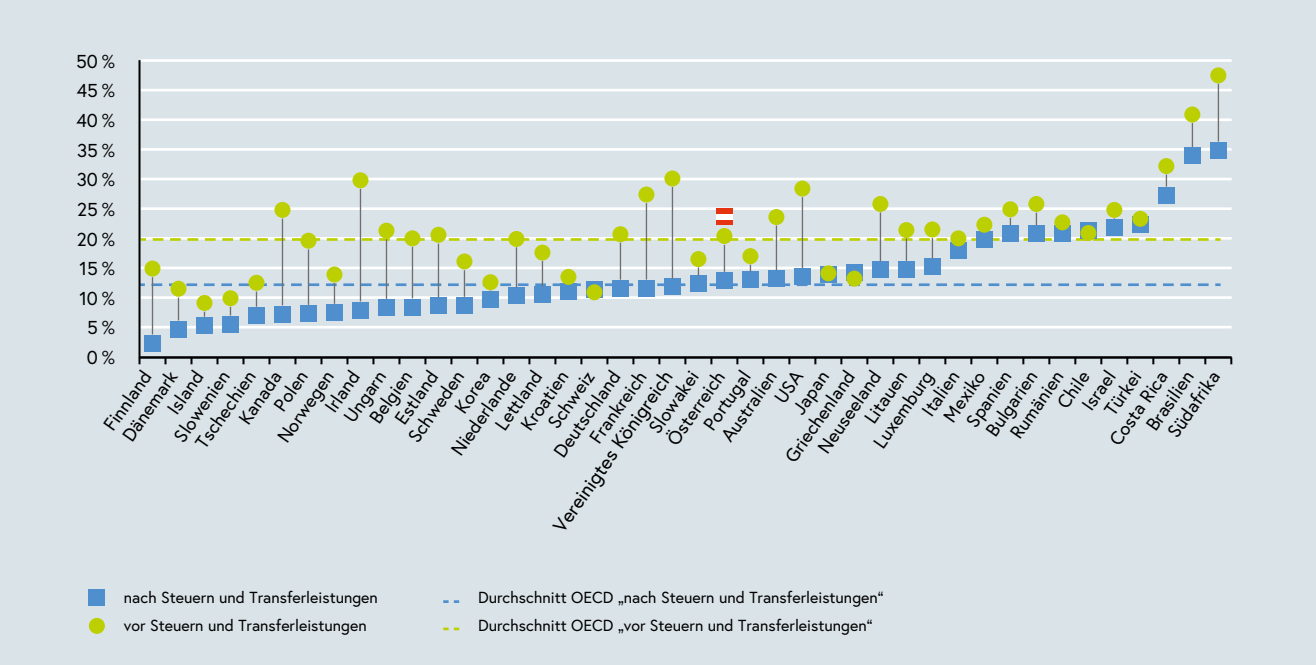
Es gibt verschiedene Möglichkeiten zur Messung von Einkommensarmut. Die jeweiligen Methoden sind abhängig von der Höhe des Einkommens, das als Schwellenwert zur Ermittlung des in Armut lebenden Anteils der Bevölkerung herangezogen wird. Die von der OECD angesetzte Armutsgrenze liegt dabei unter jener des Statistischen Amts der Europäischen Union (Eurostat). Ziel dieses Ansatzes der OECD ist, den Fokus auf sehr niedrige Einkommen und auf jenen Teil der Bevölkerung zu legen, bei dem der Mangel an Einkommen zu materieller Deprivation führen kann (detaillierte Informationen zur Berechnung der Armutsgrenze finden sich in Box 3). Verglichen mit anderen verfügbaren Indikatoren zur Ermittlung des von Einkommensarmut oder sozialer Exklusion bedrohten Anteils der Kinder, sind die von der OECD verwendeten und in den folgenden Abschnitten erörterten Indikatoren für Kinderarmut eng definiert und erfassen eine kleinere Zielgruppe. Diese können daher – wie in Box 3 dargestellt – als Untergrenze bei der Erfassung der Problematik verstanden werden. Allerdings ermöglicht nur die Verwendung des OECD-Indikators einen Vergleich mit nichteuropäischen OECD-Ländern.

Verglichen mit anderen OECD-Ländern liegt Österreich im Hinblick auf Einkommensarmut bei Kindern im Mittelfeld (Abbildung 1). Nach Einkommensumverteilung lebten 13 Prozent der Kinder in Österreich im Jahr 2019 in relativer Einkommensarmut – dieser Prozentsatz liegt etwas über dem OECD-Durchschnitt (12 Prozent) und den

entsprechenden Werten in den Nachbarländern Deutschland (12 Prozent) und Schweiz (11 Prozent) und ist deutlich höher als in Dänemark (5 Prozent) oder Finnland (2 Prozent), die hier die niedrigsten Werte verzeichnen. Darüber hinaus ist die Einkommensarmutsquote bei Kindern in Österreich in den letzten Jahren leicht angestiegen. Ausgehend von einem Tiefstand von 9 Prozent im Jahr 2011 (OECD, 2022)[21], leben in Österreich heute somit mehr – und nicht weniger – Kinder als noch vor zehn Jahren in relativer Einkommensarmut. Im Gegensatz dazu verzeichnete der Durchschnitt der OECD-Länder einen Rückgang bei einkommensbezogener Kinderarmut von 14 Prozent im Jahr 2011 auf etwas über 12 Prozent im Jahr 2020.

Abbildung 1: In Österreich wachsen 13 Prozent der Kinder in relativer Einkommensarmut auf.

Relative Einkommensarmutsquote in % bei Kindern im Alter von 0–17 Jahren, vor und nach Steuern und Transferleistungen, 2020 oder letztverfügbare Daten



Anmerkung: Die Daten basieren auf dem Äquivalenzeinkommen der Haushalte, d. h. dem um die Haushaltsgröße bereinigten Einkommen. Die Armutsgrenze wurde in jedem Land mit 50 Prozent des Medianeinkommens definiert. Als Kinder gelten 0- bis 17-Jährige. Die Daten beziehen sich auf das Jahr 2020, außer für Brasilien (2016), Chile, Island und Südafrika (2017), Irland, Italien, Japan und Polen (2018), Österreich, Belgien, Tschechien, Dänemark, Estland, Frankreich, Deutschland, Griechenland, Ungarn, Israel, Litauen, Luxemburg, Portugal, die Slowakei, Slowenien, Spanien, die Schweiz, die Türkei, Bulgarien, Kroatien und Rumänien (2019) sowie Costa Rica und die USA (2021). Ungewichteter OECD-Durchschnitt.

Quelle: OECD Income Distribution Database, oe.cd/idd (OECD-Datenbank für Einkommensverteilung)

Die relativen Einkommensarmutsquoten bei Kindern spiegeln sowohl die Verteilung des Markteinkommens als auch die Wirksamkeit öffentlicher Bemühungen zur Umverteilung dieses Einkommens wider. Abbildung 1 zeigt die relativen Prozentsätze

für Einkommensarmut bei Kindern vor (graue Markierungen) und nach (blaue Markierungen) Berücksichtigung von Steuer- und Transfermaßnahmen und zeigt das Ausmaß, in dem Markteinkommensarmut bei Kindern durch Umverteilung verringert wird. Nach Berücksichtigung der Steuer- und Transfermaßnahmen sinken die Quoten für von Einkommensarmut betroffene Kinder in Österreich um 7,4 Prozentpunkte (von 20,5 Prozent auf 13,0 Prozent). Dies entspricht in etwa dem OECD-Durchschnitt (7,5 Prozentpunkte, von 19,9 Prozent auf 12,4 Prozent), ist jedoch geringer als in einigen anderen Ländern mit ähnlichen Werten für von Markteinkommensarmut betroffene Kinder, wie z. B. den Niederlanden (9,6 Prozentpunkte, von 20,0 Prozent auf 10,4 Prozent), Belgien (11,6 Prozentpunkte, von 20,1 Prozent auf 8,5 Prozent) und Ungarn (13,0 Prozentpunkte, von 21,4 Prozent auf 8,4 Prozent). Österreich schneidet zwar nicht schlecht ab, könnte aber noch mehr tun, um die Betroffenheit von relativer Einkommensarmut bei Kindern durch Steuer- und Transfermaßnahmen zu verringern (siehe Abschnitt 5.5).

5.2.2 Betroffenheit von materieller Deprivation bei Kindern

Materielle Deprivation bei Kindern beschreibt ein mehrdimensionales Konzept, das den Zugang von Kindern zu einer Reihe von Gütern und Aktivitäten umfasst, die für ihr Wohlbefinden und ihre Entwicklung wichtig sind (OECD, 2021)[6]. Dazu gehört unter anderem der Zugang zu grundlegenden Gütern wie gesunde Ernährung und angemessene Kleidung bzw. Schuhwerk. In der heutigen Zeit inkludiert dies auch den Zugang zu einer Reihe anderer Güter und Aktivitäten, wie z. B. zu sozialen Aktivitäten und Freizeitaktivitäten, die es Kindern ermöglichen, zu lernen, sich zu entwickeln, an der Gesellschaft aktiv teilzuhaben, sich einzubringen und zu engagieren (OECD, 2021)[6]. Materielle Deprivation zu erfassen ist nicht immer einfach, was u. a. ihrer Multidimensionalität geschuldet ist. Ein moderner Maßstab ist hier der EU-Indikator für Betroffenheit von materieller Deprivation bei Kindern – ein von Guio et al. (2018)[22] für die EU entwickelter Sammelindikator. Über diesen werden Kinder erfasst, denen es unfreiwillig an mindestens drei aus einer Liste von 17 Gütern mangelt[5], das heißt, dass sich diese Kinder unter anderem Ausgaben in Bezug auf Ernährung, Kleidung, soziale Aktivitäten, Freizeitaktivitäten und haushaltbezogene Güter wie einen Internetanschluss zu Hause oder Zugang zu einem Auto zur privaten Nutzung nicht leisten können.

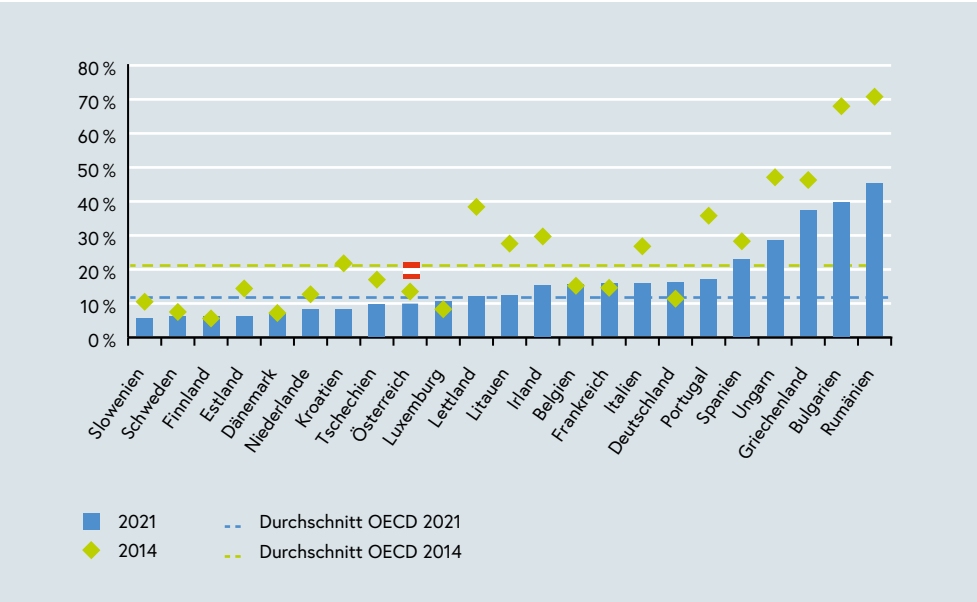
Die Quote der Kinder, die von materieller Deprivation betroffen sind – d. h. der Anteil der Kinder, die keinen Zugang zu in unserer Gesellschaft üblichen Gütern und Aktivitäten haben –, wird häufig in Kombination mit Einkommensarmut verwendet, um den Lebensstandard und das materielle Wohlbefinden von Kindern zu erfassen. Obwohl sie oft stark vom Haushaltseinkommen abhängig ist (Thévenon et al., 2018)[23], überschneidet sich materielle Deprivation nicht immer vollständig mit Einkommensarmut, d. h. nicht

[5] Die im Zuge von EU-SILC gestellten Fragen unterscheiden zwischen „einfachem" Mangel an einem Gut (Menschen, die dieses Gut nicht besitzen / keinen Zugang dazu haben) und „unfreiwilligem" Mangel an diesem Gut (Menschen, die dieses Gut gerne besitzen / gerne Zugang dazu haben würden, es sich aber nicht leisten können).

alle einkommensarmen Kinder erfahren materielle Deprivation, und nicht alle Kinder, die materielle Deprivation erfahren, sind einkommensarm. Wie in diesem Abschnitt weiter unten aufgezeigt wird, ist in vielen europäischen OECD-Ländern ein beträchtlicher Anteil von Kindern materiell depriviert, obwohl sie nicht als „einkommensarm" gelten. Dies lässt darauf schließen, dass materielle Deprivation bei Kindern nicht unbedingt auf mangelndes Einkommen zurückzuführen ist; sie kann auch mit unzureichender Inanspruchnahme bestehender Leistungen und materieller Unterstützung zu tun haben oder damit, dass derartige Unterstützung nur unzureichend bereitgestellt wird und verfügbar ist.

Abbildung 2: Relativ geringe kinderspezifische materielle Deprivation in Österreich.

Prozentsatz der 1- bis 15-Jährigen, die von kinderspezifischer materieller Deprivation betroffen sind, europäische OECD-Länder, 2014 und 2021



Anmerkung: Die Bestimmung der „kinderspezifischen materiellen Deprivation" erfolgt gemäß Eurostat-Definition und wird auch entsprechend gemessen. In diesem Sinne wird ein Kind als von „kinderspezifischer materieller Deprivation" betroffen eingestuft, wenn es diesem Kind unfreiwillig an mindestens drei von 17 Gütern mangelt. Dazu gehören Güter im Zusammenhang mit Nahrung und Ernährung, Kleidung und Schuhwerk, sozialen Aktivitäten, Freizeitaktivitäten und Güter auf Haushaltsebene, wie ein Internetanschluss zu Hause oder Zugang zu einem Auto zur privaten Nutzung. Die hier ausgewerteten Informationen stammen aus Ad-hoc-Modulen mit vergleichbaren Daten über kinderspezifische materielle Deprivation, die 2014 und 2021 erhoben wurden.

Quelle: Berechnungen des OECD-Sekretariats auf Grundlage der EU-Erhebung über Einkommen und Lebensbedingungen (EU-SILC) für die Jahre 2014 und 2021 (vorläufig veröffentlichte Daten)

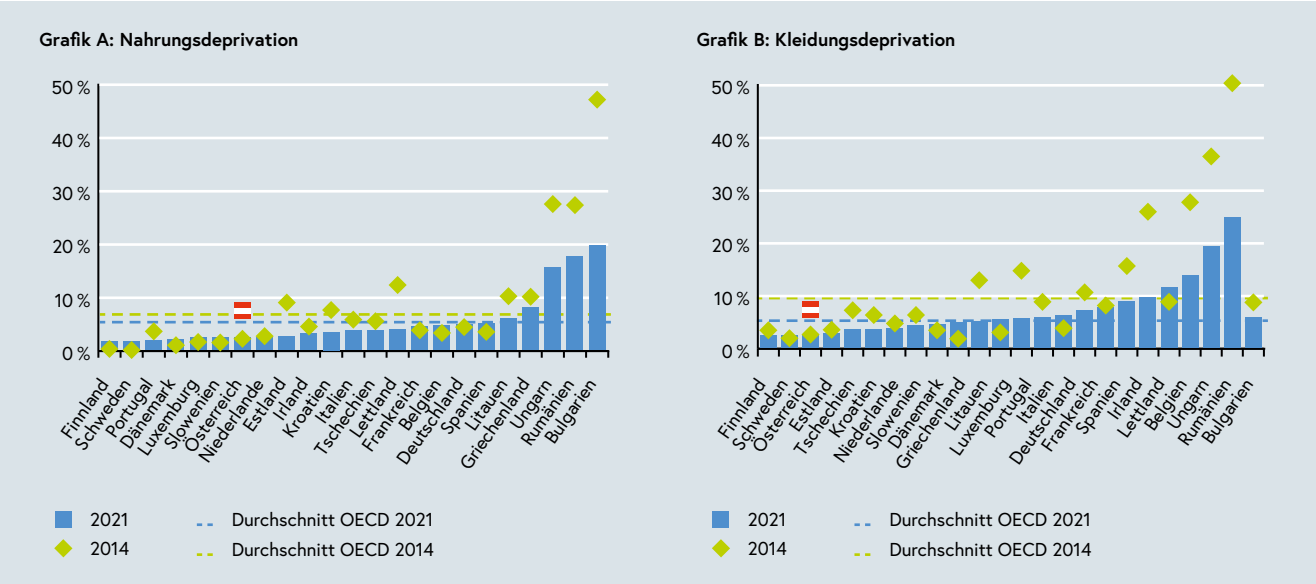
Verglichen mit anderen europäischen OECD-Ländern ist das Ausmaß materieller Deprivation bei Kindern in Österreich, gemessen durch den Indikator für kinderspezifische materielle Deprivation, relativ gering (Abbildung 2). Im Jahr 2021 waren in Österreich weniger als 8 Prozent der Kinder von kinderspezifischer materieller Deprivation betroffen.

Dieser Wert liegt zwar über jenem der *Best Performer* Slowenien (3 Prozent), Schweden und Finnland (jeweils 4 Prozent), ist jedoch niedriger als im Durchschnitt der europäischen OECD-Länder (12 Prozent) und liegt auch unter den Werten einer Reihe großer europäischer OECD-Länder, darunter Frankreich (13 Prozent), Italien und Deutschland (jeweils 14 Prozent). Wie viele andere europäische OECD-Länder auch, hat Österreich seit 2014 (das vor 2021 letzte Jahr mit entsprechenden Daten) bei der Reduktion von kinderspezifischer materieller Deprivation erhebliche Fortschritte gemacht, denn 2014 waren noch 13,5 Prozent der Kinder betroffen.

Bei genauerer Betrachtung der verschiedenen Deprivationsmerkmale zeigt sich, dass Österreich besonders gut bei der Sicherstellung des Zugangs zu grundlegenden Gütern wie Nahrung und Kleidung abschneidet. Im Jahr 2021 war nur 1 Prozent der Kinder in Österreich von Nahrungsdeprivation betroffen, d. h. sie lebten in einem Haushalt, in dem mindestens ein Kind nicht wenigstens einmal am Tag Obst und Gemüse oder eine Mahlzeit mit Fleisch, Huhn oder Fisch (oder einem vegetarischen Äquivalent) erhielt (Abbildung 3, Grafik A). Ebenso litt nur 1 Prozent der Kinder unter Kleidungsdeprivation, d. h. sie lebten in einem Haushalt, in dem nicht mindestens ein Kind entweder einige neue Kleidungsstücke oder zwei Paar gut sitzende Schuhe besaß (Abbildung 3, Grafik B). In beiden Fällen gehören die in Österreich verzeichneten Werte zu den niedrigsten in Europa und liegen deutlich unter dem Durchschnitt der europäischen OECD-Länder (3 Prozent bzw. 5 Prozent). Sie sind auch niedriger als im Jahr 2014, als 2 Prozent bzw. 3 Prozent der Kinder in Österreich von Nahrungs- bzw. Kleidungsdeprivation betroffen waren.

Abbildung 3: Österreich gelingt es besonders gut, Kindern Zugang zu Nahrung und Kleidung sicherzustellen.

Prozentsatz der von „unfreiwilliger“ Nahrungsdeprivation und „unfreiwilliger“ Kleidungsdeprivation betroffenen 1- bis 15-Jährigen, europäische OECD-Länder, 2014 und 2021



Anmerkung: Die Daten in Grafik A beziehen sich auf den Prozentsatz der 1- bis 15-Jährigen, die in Haushalten leben, in denen mindestens ein Kind nicht wenigstens einmal täglich entweder Obst und Gemüse oder mindestens einmal täglich eine Mahlzeit mit Fleisch, Huhn oder Fisch (oder einem vegetarischen Äquivalent) zu sich nimmt, weil dies für den Haushalt nicht leistbar ist. Die Daten in Grafik B beziehen sich auf den Prozentsatz der 1- bis 15-Jährigen, die in Haushalten leben, in denen mindestens ein Kind entweder keine neuen (nicht gebrauchten) Kleidungsstücke oder zwei Paar gut sitzender Schuhe (einschließlich eines Paars Allwetterschuhe) besitzt, weil dies für den Haushalt nicht leistbar ist. „Unfreiwillige“ Deprivation bezieht sich auf Kinder, die in Haushalten leben, in denen es zumindest einem Kind an wenigstens einem Gut mangelt, weil sich der Haushalt laut eigenen Angaben dieses nicht leisten kann.

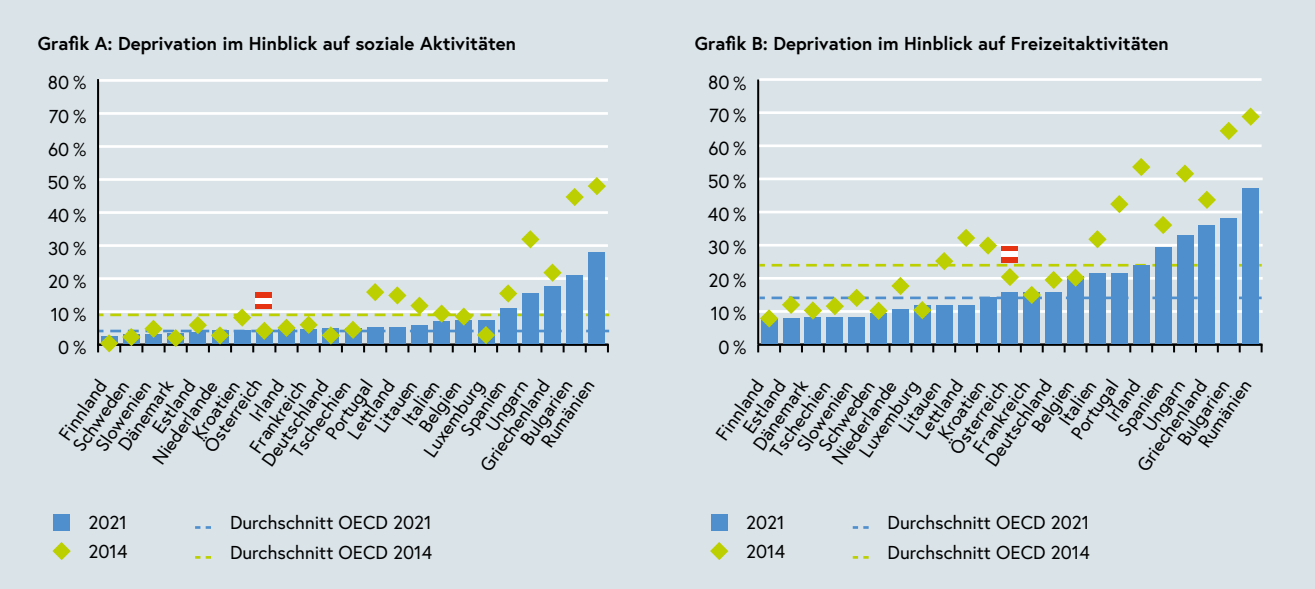
Quelle: Berechnungen des OECD-Sekretariats auf Grundlage der EU-Erhebung über Einkommen und Lebensbedingungen (EU-SILC) für die Jahre 2014 und 2021 (vorläufig veröffentlichte Daten)

Wenn es darum geht, sicherzustellen, dass Kinder Zugang zu grundlegenden sozialen Aktivitäten und Freizeitaktivitäten haben, hat Österreich – wie viele andere europäische OECD-Länder auch – seit Mitte der 2010er-Jahre gute Fortschritte gemacht. Im Jahr 2021 waren in Österreich 2 Prozent der Kinder von sozialer Deprivation betroffen, d. h. sie lebten in einem Haushalt, in dem nicht mindestens ein Kind von Zeit zu Zeit Freund:innen zum Spielen und Essen einladen oder besondere Anlässe feiern konnte (Abb. 4, Grafik A). Darüber hinaus waren 13 Prozent von Deprivation im Hinblick auf Freizeitaktivitäten betroffen – insofern, als sie in einem Haushalt lebten, in dem – laut Definition – mindestens ein Kind nicht an regelmäßiger Freizeitaktivität teilnimmt oder nicht mindestens einen einwöchigen Urlaub pro Jahr an einem anderen Ort als zu Hause verbringt (Abb. 4, Grafik B). Im Jahr 2014 lagen diese Werte noch bei 4 Prozent bzw. 20 Prozent. Die für Österreich ermittelten Quoten für kinderspezifische Deprivation

in Bezug auf soziale Aktivitäten sind im Vergleich zu anderen europäischen OECD-Ländern niedrig; die Werte für kinderspezifische Deprivation bei Freizeitaktivitäten sind zwar niedriger als in der Vergangenheit, entsprechen aber weiterhin dem europäischen OECD-Durchschnitt[6].

Abbildung 4: Die Werte für kinderspezifische Deprivation bei Teilhabe an sozialen Aktivitäten und Ausübung von Freizeitaktivitäten entwickelten sich in Österreich in den letzten Jahren rückläufig.

Prozentsatz der 1- bis 15-Jährigen, die „unfreiwillig" von Deprivation im Hinblick auf Teilhabe an sozialen Aktivitäten sowie „unfreiwillig" von Deprivation in Bezug auf Ausübung von Freizeitaktivitäten betroffen sind, europäische OECD-Länder, in den Jahren 2014 und 2021



Anmerkung: Die Daten in Grafik A beziehen sich auf den prozentualen Anteil der 1- bis 15-Jährigen, die in Haushalten leben, in denen mindestens ein Kind nicht hin und wieder Freund:innen zum Spielen und Essen einladen oder besondere Anlässe feiern kann, weil sich der Haushalt dies nicht leisten kann. Die Daten in Grafik B geben den Prozentsatz der 1- bis 15-Jährigen wieder, die in Haushalten leben, in denen nicht mindestens ein Kind an einer regelmäßigen Freizeitaktivität teilnehmen oder nicht mindestens einen einwöchigen Urlaub pro Jahr außerhalb von zu Hause verbringen kann, weil sich der Haushalt dies nicht leisten kann. Der Ausdruck „unfreiwillige" Deprivation bezieht sich auf Kinder, die in Haushalten leben, in denen es zumindest einem Kind an wenigstens einem Gut mangelt, weil sich der Haushalt laut eigenen Angaben diesen nicht leisten kann.

Quelle: Berechnungen des OECD-Sekretariats auf der Grundlage der EU-Erhebung über Einkommen und Lebensbedingungen (EU-SILC) für die Jahre 2014 und 2021 (vorläufig veröffentlichte Daten)

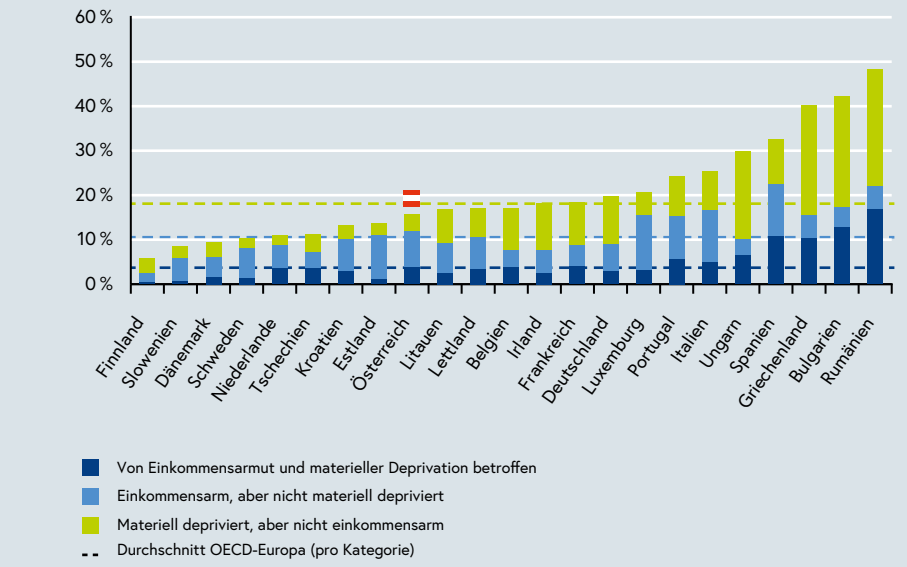
---

6 Die durch den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine verursachte Inflation setzt die Haushalte zunehmend unter Druck und birgt eine gesteigertes Risiko materieller Deprivation in sich. Im ersten Quartal 2023 konnten sich zum Beispiel 10,6 Prozent der österreichischen Haushalte nicht leisten, den Wohnraum entsprechend zu heizen, während dieser Wert im ersten Quartal 2022 lediglich 6,1 Prozent betrug; zu Beginn des Jahres 2023 nahmen 9,5 Prozent jeden zweiten Tag eine Hauptmahlzeit zu sich, im Vergleich zu 7,6 Prozent Anfang 2022 (Statistik Austria, 2023)[85].

Es überrascht nicht, dass sich in Österreich – wie in den meisten anderen europäischen OECD-Ländern – materielle Deprivation und Einkommensarmut bei Kindern in beträchtlichem Ausmaß (allerdings bei Weitem nicht vollständig) überschneiden. Abbildung 5 zeigt den prozentualen Anteil der Kinder, die von Einkommensarmut, materieller Deprivation (ermittelt anhand des kinderspezifischen Sammelindikators für materielle Deprivation der EU) oder beidem betroffen sind. Im Jahr 2021 waren 4 Prozent der Kinder in Österreich sowohl von materieller Deprivation als auch von Einkommensarmut betroffen – der gleiche Prozentsatz wie im Durchschnitt der europäischen OECD-Länder (4 Prozent). Allerdings waren weitere 8 Prozent der Kinder zwar von Einkommensarmut betroffen, nicht jedoch als materiell depriviert einzustufen, während 4 Prozent von materieller Deprivation betroffen waren, nicht jedoch als einkommensarm einzustufen waren. Die Größe dieser letztgenannten Gruppe (d. h. der nicht einkommensarmen, aber materiell deprivierten Kinder) lässt darauf schließen, dass, wiewohl es wichtig ist, Maßnahmen gegen Einkommensarmut zu ergreifen, dies allein jedoch in Österreich, wie in vielen anderen europäischen OECD-Ländern auch, möglicherweise nicht ausreicht, um umfassend gegen Betroffenheit von materieller Deprivation bei Kindern vorzugehen.

Abbildung 5: In Österreich gibt es – wie in vielen anderen europäischen OECD-Ländern auch – erhebliche (wenn auch nicht vollständige) Überschneidungen zwischen Betroffenheit von Einkommensarmut und Betroffenheit von materieller Deprivation bei Kindern.

Prozentsatz der 1- bis 15-Jährigen, die von relativer Einkommensarmut und/oder kinderspezifischer materieller Deprivation betroffen sind, europäische OECD-Länder, 2021



Anmerkung: „Einkommensarmut" bezieht sich auf 1- bis 15-Jährige, die in Haushalten mit einem verfügbaren Haushaltsäquivalenzeinkommen leben (d. h. einem Einkommen nach Steuern und Transferleistungen, bereinigt um die Haushaltsgröße), das unterhalb der Armutsgrenze liegt (50 Prozent des verfügbaren Medianeinkommens). Die Bestimmung der „kinderspezifischen materiellen Deprivation" erfolgt gemäß Eurostat-Definition und wird auch entsprechend gemessen. In diesem Sinne wird ein Kind als von „kinderspezifischer materieller Deprivation" betroffen eingestuft, wenn es diesem Kind unfreiwillig an mindestens drei von 17 Gütern mangelt. Dazu gehören Güter im Zusammenhang mit Nahrung und Ernährung, Kleidung und Schuhwerk, sozialen Aktivitäten, Freizeitaktivitäten und Güter auf Haushaltsebene, wie ein Internetanschluss zu Hause oder Zugang zu einem Auto zur privaten Nutzung.

Quelle: Berechnungen des OECD-Sekretariats auf Grundlage der EU-Erhebung über Einkommen und Lebensbedingungen (EU-SILC) für die Jahre 2014 und 2021 (vorläufig veröffentlichte Daten)

Box 3: Wie wird Kinderarmut auf europäischer Ebene gemessen?

Die Bekämpfung von Kinderarmut und sozialer Ausgrenzung ist ein Ziel von EU-Maßnahmen wie etwa der Europäischen Garantie für Kinder. Dazu gibt es keinen bestimmten vom Ausschuss für Sozialschutz formell gebilligten Indikator zur Messung der Prävalenz von Kinderarmut und sozialer Ausgrenzung, dafür einige unterschiedliche Indikatoren, die von Eurostat zur Messung von Kinderarmut und des Risikos der sozialen Ausgrenzung von Kindern entwickelt wurden (Europäische Kommission, 2022)[24].

Indikatoren für Einkommensarmut

Die Einkommensarmutsquote ist ein in den OECD-Ländern häufig eingesetzter Indikator zur Ermittlung jenes Anteils der Bevölkerung, der in einem Land mit einer bestimmten Einkommensverteilung unter einer bestimmten Einkommensschwelle lebt. Die Analyse basiert auf Äquivalenzeinkommen, d. h. die Haushaltseinkommen werden durch die Quadratwurzel der Größe des Haushalts dividiert, um die durch die Größe der Familie bedingten Unterschiede im Lebensstandard zu ermitteln. Die Auswahl eines bestimmten Schwellenwerts ist arbiträr, jedoch ermöglicht die Darstellung der Ergebnisse anhand unterschiedlicher Schwellenwerte (40 Prozent, 50 Prozent und 60 Prozent des medianen Äquivalenzeinkommens) den Nutzer:innen, Ländervergleiche anzustellen. Im OECD-Rahmen werden hauptsächlich 50 Prozent des verfügbaren medianen Äquivalenzeinkommens der Haushalte als Schwellenwert angesetzt, vor allem auch, weil dies eine bessere Vergleichbarkeit mit den in einigen anderen Ländern – wie z. B. den USA – verwendeten Indikatoren für absolute Armut ermöglicht. Im Gegensatz dazu kommt ein Schwellenwert von 60 Prozent des medianen Äquivalenzeinkommens bei den von der Europäischen Kommission eingesetzten Indikatoren zur Überwachung der Fortschritte bei der Verwirklichung der EU-Ziele in den Bereichen Sozialschutz und soziale Inklusion zur Anwendung (Europäische Kommission, 2022)[24]. Der Wert von 60 Prozent des medianen Äquivalenzeinkommens wird unter anderem deshalb als *Benchmark* angewendet, um zu vermeiden, dass Armutsschätzungen zu sensibel auf wenige sehr niedrige Einkommen reagieren. Darüber hinaus wird die Armutsquote von Eurostat für verschiedene Altersgruppen berechnet, darunter auch für Personen unter 18 Jahren. Abbildung 5 gibt jedoch die Armutsquote für Kinder unter 15 Jahren wieder, damit sie mit dem im nächsten Absatz beschriebenen Indikator für materielle Deprivation bei Kindern konsistent ist.

Materielle Deprivation bei Kindern

Die Quote für kinderspezifische materielle Deprivation (*Child Specific Material Deprivation Rate*, CSMDR) ist ein weiterer Indikator, der vom Ausschuss für Sozialschutz zur Überwachung sozialer Inklusion auf EU-Ebene vorgeschlagen wurde. Dieser Indikator misst den Anteil jener Kinder, denen es aus finanziellen Gründen an mindestens drei von 17 Gütern mangelt. Das betrifft unter anderem kinderspezifische Güter in den Bereichen Nahrung und Ernährung, Kleidung und Schuhwerk, soziale Aktivitäten und Freizeitaktivitäten sowie Güter auf Haushaltsebene, wie Internetanschluss zu Hause oder Zugang zu einem Auto zur privaten Nutzung[1)]. Grundlage für die Annahme dieses Indikators im März 2018 waren die Arbeiten von Guio et al. (2018)[25] zur Entwicklung eines gültigen und zuverlässigen Indikators. Die CSMDR kommt in Abbildung 5 zur Anwendung, wobei für die Gruppe materiell deprivierter Kinder eine weitere

Unterscheidung zwischen Kindern aus einkommensschwachen Familien und Kindern aus nicht einkommensschwachen Familien vorgenommen wird.

Von Armut und sozialer Ausgrenzung bedrohte Kinder
Der auf EU-Ebene verwendete Indikator AROPE (*At Risk of Poverty and Social Exclusion*), d. h. „von Armut und sozialer Ausgrenzung bedrohte" Kinder, ist breiter angelegt und misst, wie viele Kinder unter 18 Jahren entweder von Einkommensarmut betroffen sind (wobei die Armutsschwelle bei 60 Prozent des medianen Äquivalenzeinkommens liegt), erheblich materiell und sozial depriviert sind oder in einem Haushalt mit sehr geringer Erwerbsintensität leben. Dieser Indikator basiert keineswegs auf Informationen über die spezifische materielle Situation von Kindern, sondern stützt sich auf Informationen, die sich auf die Gesamtbevölkerung beziehen. Über den AROPE-Indikator wird der Anteil jener Kinder ermittelt, die entweder in einem einkommensarmen Haushalt leben oder von erheblicher materieller Deprivation betroffen sind, weil es ihnen an mindestens sieben der 13 auf der Liste für materielle und soziale Deprivation auf Haushaltsebene definierten Güter mangelt, da sie sich diese nicht leisten können oder in Haushalten leben, in denen die erwachsenen Mitglieder des Haushalts nicht erwerbstätig sind oder im Vorjahr weniger als 20 Prozent ihres gesamten gemeinsamen Arbeitszeitpotenzials erwerbstätig waren.

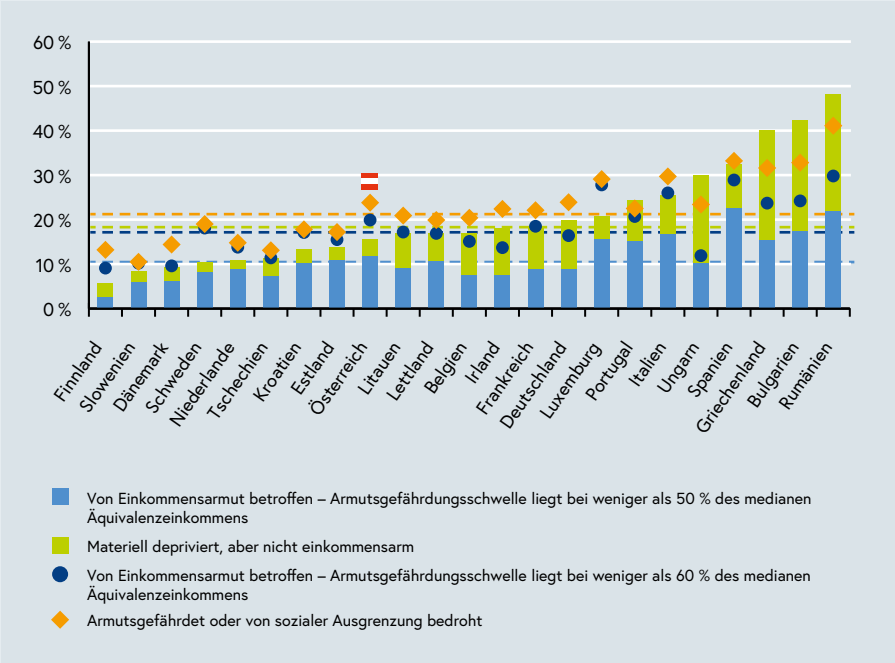
Der Vorteil dieses Indikators ist, dass er einen Vergleich von Risiken zwischen unterschiedlichen Altersgruppen der Bevölkerung auf derselben Grundlage ermöglicht. Er berücksichtigt jedoch nicht die spezifischen Entbehrungen, die Kinder in für ihre Entwicklung wesentlichen Bereichen möglicherweise erfahren. Es ist auch möglich, dass ein Kind in einem als materiell depriviert eingestuften Haushalt lebt, ohne persönlich davon betroffen zu sein, d. h. wenn es in einem Haushalt lebt, in dem Ausgaben für das materielle Wohlbefinden der Kinder Vorrang haben (Cooper und Stewart, 2013)[26].

Abbildung B1 vergleicht einerseits, wie hoch der Anteil der Kinder ist, die bei Armutsgefährdungsschwellen von 50 Prozent und 60 Prozent (des verfügbaren medianen Äquivalenzeinkommens) als von Einkommensarmut betroffen eingestuft werden und andererseits, wie hoch jeweils der Anteil der Kinder ist, die von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht sind sowie jener Kinder, die als arm und/oder materiell depriviert einzustufen sind (vgl. Abbildung 5).

Ganz allgemein fällt bei einer Armutsgefährdungsschwelle von 60 Prozent des medianen Äquivalenzeinkommens die Kinderarmutsquote signifikant höher aus, als wenn diese mit 50 Prozent des medianen Äquivalenzeinkommens angesetzt

wird: Die entsprechenden Unterschiede belaufen sich in den europäischen OECD-Ländern auf durchschnittlich +6 Prozentpunkte und in Österreich auf +8 Prozentpunkte. Diese Prozentsätze geben auch das zusätzliche Segment von Kindern wieder, die in Haushalten mit einem Äquivalenzeinkommen leben, das nicht sehr niedrig ist, aber zwischen 50 und 60 Prozent des Medianwertes liegt. Der Anteil der Kinder, die „von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht" sind, übersteigt in den meisten Ländern – ebenso wie in Österreich – auch den in Abbildung 5 geschätzten Gesamtanteil der Kinder, die von Einkommensarmut oder materieller Deprivation betroffen sind. Dies deutet wiederum darauf hin, dass ein erheblicher Anteil von Kindern, obwohl sie zwar derzeit nicht von Armut oder Deprivation betroffen sind, dennoch Gefahr laufen, in eine solche Situation zu geraten, weil der Haushalt, in dem sie leben, entweder von Deprivation betroffen ist oder weil die Erwerbsintensität der im Haushalt lebenden Erwachsenen zu gering ist.

Abbildung B1: Kinderarmut und materielle Deprivation anhand unterschiedlicher Indikatoren



Quelle: Berechnung der Autoren anhand von EU-SILC-Daten und Eurostat-Indikatoren für Armutsgefährdung und soziale Ausgrenzung sowie für Einkommensarmut. Der geschätzte Anteil der Kinder, die „von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht" (AROPE) sind, wurde anhand einer Armutsgefährdungsschwelle von 60 Prozent des medianen Äquivalenzeinkommens ermittelt.

[1] Die vollständige Liste der Elemente, die zur Ermittlung von materieller Deprivation bei Kindern berücksichtigt werden, enthält Informationen über gewisse Ausgaben, die sich der Haushalt nicht leisten kann, um mindestens

einem Kind in der Familie Folgendes zu bieten: einige neue Kleidungsstücke; zwei Paar Schuhe; täglich frisches Obst und Gemüse; täglich Fleisch, Huhn, Fisch; geeignete Bücher; Freizeitausrüstung für Aktivitäten im Freien; Spiele für drinnen; Freizeitaktivitäten; Feiern veranstalten; Freund:innen einladen; an Schulausflügen teilnehmen; und in den Urlaub fahren. Ebenso enthalten sind nicht-kinderspezifische Informationen über Ausgaben, die sich der Haushalt nicht leisten kann, wie zum Beispiel: Zahlungsrückstände vermeiden; angemessene Beheizung der Wohnung; ein Auto bzw. Zugang zu einem Auto; abgewohnte Möbel ersetzen; Internetzugang.

5.2.3 Kinder mit Eltern mit niedrigem Bildungsniveau

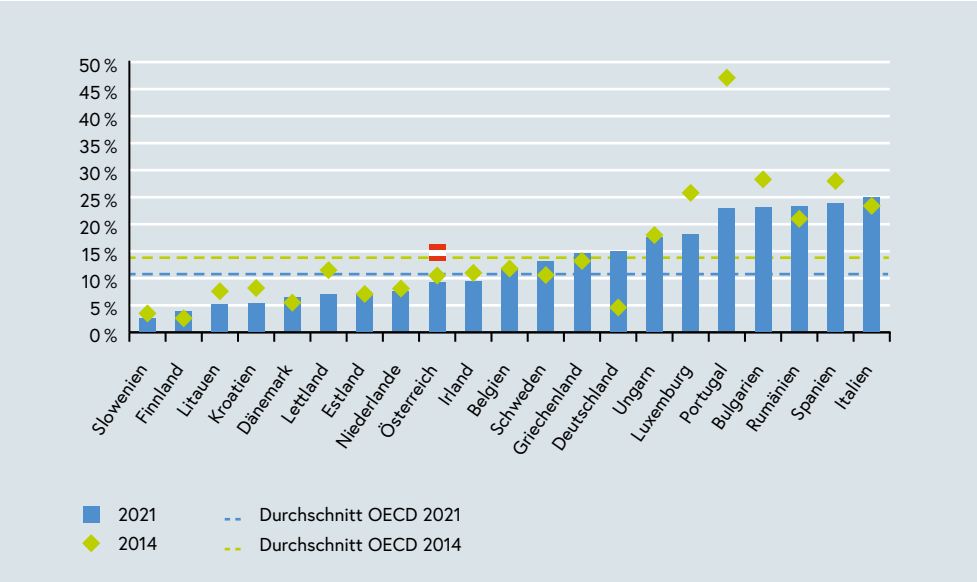
Sozioökonomische Benachteiligung von Kindern beschränkt sich nicht ausschließlich auf rein finanzielle und materielle Aspekte. Eine gewichtige Rolle spielt auch die soziale und kulturelle Dimension der Benachteiligung von Kindern, die mit Unterschieden im Funktionieren der Familie und mit dem Erziehungsverhalten der Eltern zusammenhängt (Kalil, 2015;[27] Kalil und Ryan, 2020)[28]. So bieten Eltern in bessergestellten Familien ihren Kindern häufig ein vielfältigeres sprachförderndes und anregenderes Umfeld, indem sie mehr sprechen, unterschiedliche Wörter, komplexere und vielfältigere Satzstrukturen verwenden und eine größere Zahl an gesprächsanregenden und -fördernden Fragen stellen (Golinkoff et al., 2019)[29].

Das Bildungsniveau der Eltern wird üblicherweise als Ersatzvariable verwendet, um Unterschiede im sozialen Umfeld der Familie zu erfassen (Clarke und Thévenon, 2022)[2] und hat sich auch als zuverlässigerer Prädiktor für Unterschiede in der frühen Sprachentwicklung erwiesen als das Familieneinkommen (Volodina et al., 2022)[30]. Ebenso ist die elterliche Bildung ein wichtiger erklärender Faktor im Hinblick auf Probleme bzw. Leistungsunterschiede von Kindern in den ersten Grund- / Volksschuljahren (Drager, Schneider und Washbrook, 2022)[31].

Im Gegensatz zu den Haushalten vieler anderer europäischer OECD-Länder haben in Österreich vergleichsweise wenig Eltern ein niedriges Bildungsniveau. So lebten im Jahr 2021 nur knapp 8 Prozent der Kinder in Österreich in Haushalten mit Eltern, die höchstens Sekundarstufe I abgeschlossen hatten. Dieser Wert liegt unter dem europäischen OECD-Durchschnitt (11 Prozent) und ist wesentlich niedriger als in manchen anderen europäischen OECD-Ländern wie Spanien (22 Prozent) und Italien (24 Prozent). Wie in den meisten europäischen OECD-Ländern ist auch ein Rückgang im Vergleich zum Jahr 2014 zu beobachten, als in Österreich noch 10 Prozent der Kinder bei Eltern mit niedrigem Bildungsniveau lebten.

Abbildung 6: Das Bildungsniveau des elterlichen Haushalts ist in Österreich vergleichsweise selten niedrig.

Prozentsatz der 1- bis 15-Jährigen, deren Eltern über ein niedriges Bildungsniveau verfügen, europäische OECD-Länder, 2014 und 2021



Anmerkung: „Eltern mit niedrigem Bildungsniveau" bezieht sich auf das höchste Bildungsniveau aller im selben Haushalt lebenden Elternteile gemäß ISCED 2011, Stufen 0–2 (unterhalb der Sekundarstufe II).

Quelle: Berechnungen des OECD-Sekretariats auf der Grundlage der EU-Erhebung über Einkommen und Lebensbedingungen (EU-SILC) für die Jahre 2014 und 2021 (vorläufig veröffentlichte Daten)

Insgesamt ist der Anteil der Kinder in Österreich, die von einem der drei Indikatoren für sozioökonomische Benachteiligung – Einkommensarmut, materielle Deprivation oder niedrige Bildung der Eltern – betroffen sind, im Vergleich zu vielen anderen europäischen OECD-Ländern relativ gering. Im Jahr 2021 waren insgesamt 18 Prozent der Kinder in Österreich von mindestens einer der drei Benachteiligungen betroffen. Diese Quote ist höher als bei den positiven Spitzenreitern Dänemark (12 Prozent), Slowenien (9 Prozent) und vor allem Finnland (7 Prozent), aber niedriger als im Durchschnitt der europäischen OECD-Länder (23 Prozent) und deutlich niedriger als in einer Reihe anderer großer europäischer OECD-Länder, darunter Deutschland (26 Prozent), Italien (37 Prozent) und Spanien (40 Prozent).

5.2.4 Multiple und überlappende sozioökonomische Benachteiligung von Kindern

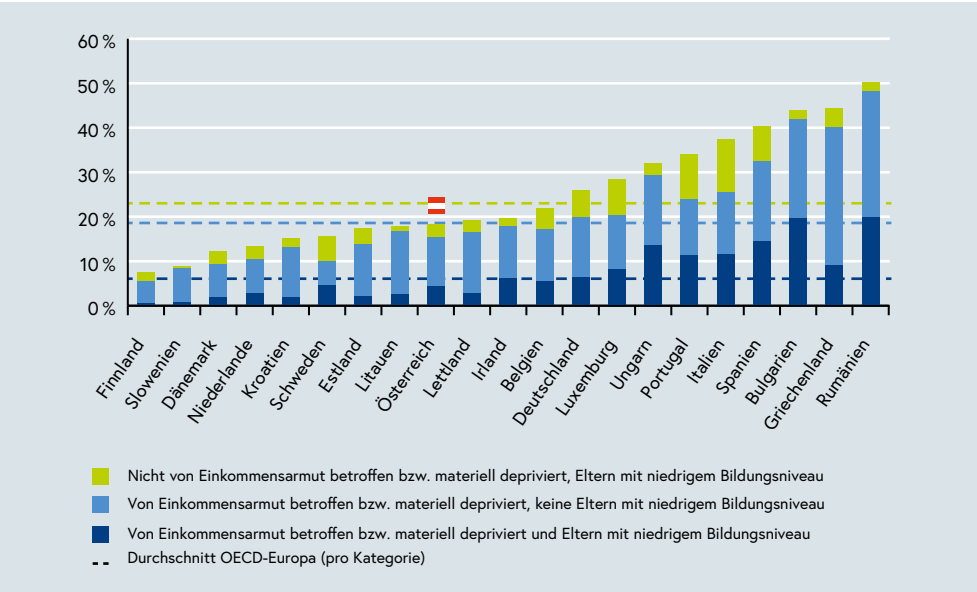
Im Kampf gegen sozioökonomische Benachteiligung von Kindern ist es für politische Entscheidungsträger wichtig abzuklären, inwieweit wirtschaftliche Benachteiligung und soziale bzw. kulturelle Benachteiligung von Kindern zusammenfallen. Obwohl sie oft in einer Wechselbeziehung zueinander stehen, können wirtschaftliche Benachteiligung (z. B. niedriges Einkommen) und soziale oder kulturelle Benachteiligung (z. B. niedriges Bildungsniveau der Eltern) auch unabhängig voneinander erhebliche Auswirkungen auf das Wohlbefinden und die Entwicklung von Kindern haben (Cooper und Stewart, 2021)[32].

Abbildung 7 veranschaulicht, wie materielle Benachteiligung von Kindern manchmal mit sozialer und kultureller Benachteiligung von Kindern zusammenfällt. Die Grafik zeigt nicht nur, wie hoch der Anteil der Kinder ist, die ausschließlich von Einkommensarmut und/oder kinderspezifischer materieller Deprivation betroffen sind, sondern auch, wie hoch der Anteil jener Kinder ist, die ausschließlich bei Eltern mit niedrigem Bildungsniveau leben und wie hoch der Prozentsatz der Kinder ist, die zugleich von Einkommensarmut oder materieller Deprivation betroffen sind und in Haushalten mit Eltern leben, die höchstens Sekundarstufe I abgeschlossen haben.

In Österreich wie auch in vielen anderen europäischen OECD-Ländern ist die Gruppe der Kinder, die sowohl von materieller als auch von sozialer Benachteiligung betroffen sind, relativ groß (Abbildung 7). Im Jahr 2021 waren knapp 5 Prozent der Kinder in Österreich einkommensarm bzw. materiell depriviert und lebten bei Eltern mit niedrigem Bildungsniveau – dieser Prozentsatz ist etwas niedriger als im Durchschnitt der europäischen OECD-Länder (6 Prozent). Es ist durchaus möglich, dass sowohl diese als auch andere Kinder, die von multiplen Benachteiligungen betroffen sind, verstärkte Unterstützung benötigen. Der Anteil der Kinder, die in elterlichen Haushalten mit niedrigem Bildungsniveau leben, ist in Österreich relativ gering. Die wesentlich größere Gruppe von Kindern in Österreich – insgesamt 11 Prozent – ist entweder einkommensarm oder materiell depriviert, lebt aber nicht bei Eltern mit niedrigem Bildungsniveau. Darüber hinaus leben 3 Prozent in Haushalten bei Eltern mit niedrigem Bildungsniveau, sind aber weder von Einkommensarmut betroffen noch materiell depriviert.

Abbildung 7: In Österreich sind 5 Prozent der Kinder von Einkommensarmut betroffen oder materiell depriviert und leben bei Eltern mit niedrigem Bildungsniveau.

Prozentsatz der 1- bis 15-Jährigen, die von relativer Einkommensarmut bzw. kinderspezifischer materieller Deprivation betroffen sind und/oder bei Eltern mit niedrigem Bildungsniveau leben, europäische Länder, 2021



Anmerkung: Von „Einkommensarmut" betroffen bezieht sich auf 1- bis 15-Jährige mit einem verfügbaren Haushaltsäquivalenzeinkommen (d. h. einem Einkommen nach Steuern und Transferleistungen, bereinigt um die Haushaltsgröße) unterhalb der Armutsgefährdungsschwelle (weniger als 50 Prozent des Medianeinkommens zur Verfügung). Die Bestimmung der „kinderspezifischen materiellen Deprivation" erfolgt gemäß Eurostat-Definition und wird auch entsprechend gemessen. In diesem Sinne wird ein Kind als von „kinderspezifischer materieller Deprivation" betroffen eingestuft, wenn es diesem Kind unfreiwillig an mindestens drei von 17 Gütern mangelt. Dazu gehören Güter im Zusammenhang mit Nahrung und Ernährung, Kleidung und Schuhwerk, sozialen Aktivitäten, Freizeitaktivitäten und Güter auf Haushaltsebene, wie Internetanschluss zu Hause oder Zugang zu einem Auto zur privaten Nutzung. „Eltern mit niedrigem Bildungsniveau" bezieht sich auf das höchste Bildungsniveau, das ein Elternteil im selben Haushalt erreicht hat und entspricht den ISCED 2011, Stufen 0–2 (unterhalb der Sekundarstufe II).

Quelle: Berechnungen des OECD-Sekretariats auf der Grundlage der EU-Erhebung über Einkommen und Lebensbedingungen (EU-SILC) für die Jahre 2014 und 2021 (vorläufig veröffentlichte Daten)

Insgesamt ist der Anteil der Kinder in Österreich, die von einem der drei Indikatoren für sozioökonomische Benachteiligung – Einkommensarmut, materielle Deprivation oder niedrige Bildung der Eltern – betroffen sind, im Vergleich zu vielen anderen europäischen OECD-Ländern relativ gering. Im Jahr 2021 waren insgesamt 18 Prozent der Kinder in Österreich von mindestens einer der drei Benachteiligungen betroffen. Diese Quote ist höher als bei den positiven Spitzenreitern Dänemark (12 Prozent), Slowenien (9 Prozent) und vor allem Finnland (7 Prozent), aber niedriger als im Durchschnitt der europäischen OECD-Länder (23 Prozent) und deutlich niedriger als in einer Reihe anderer großer europäischer OECD-Länder, darunter Deutschland (26 Prozent), Italien (37 Prozent) und Spanien (40 Prozent).

5.3 Auswirkung sozioökonomischer Benachteiligung auf den Zugang von Kindern zu essenziellen Leistungen

Sozioökonomische Benachteiligung beeinträchtigt die Entwicklung und das Wohlbefinden von Kindern unter anderem auch deshalb, weil sie als Hemmschuh für den Zugang zu wichtigen Aktivitäten und die Inanspruchnahme essenzieller Leistungen wirken kann. In Ermangelung eines kostenlosen und leicht zugänglichen Angebots sehen sich benachteiligte Familien – wie bereits ausgeführt – häufiger in ihren Möglichkeiten eingeschränkt, da sie sich oft Aktivitäten und Leistungen für ihre Kinder nicht leisten können (OECD, 2021)[6]. Unterschiede in Bezug auf Informationsstand, Bildung, Normen, Werte und Einstellungen können zudem dazu führen, dass benachteiligte und nicht benachteiligte Eltern ein unterschiedliches Konsumverhalten aufweisen und auch unterschiedliche Entscheidungen über die Inanspruchnahme von Leistungen treffen.

Die Einführung der Europäischen Garantie für Kinder (Europäischer Rat, 2021)[15] hat dazu beigetragen, die Aufmerksamkeit auf die bedeutende Rolle zu lenken, die der Zugang zu Leistungen für das Wohlbefinden von Kindern spielt. Im Mittelpunkt der Garantie stehen sechs Leistungsschwerpunkte (Zugang zu frühkindlicher Betreuung, Bildung und Erziehung, zu inklusiven Bildungsangeboten und schulbezogenen Aktivitäten, zu mindestens einer kostenlosen gesunden Mahlzeit pro Schultag, Zugang zu Gesundheitsversorgung, zu gesunder Ernährung und zu angemessenem Wohnraum). Dadurch soll sichergestellt werden, dass alle Kinder – auch jene aus sozioökonomisch benachteiligten Verhältnissen – unabhängig von ihren Lebensumständen effektiven Zugang zu diesen Leistungen haben (Europäischer Rat, 2021)[15]. Mit Blick auf die Europäische Garantie für Kinder wird in diesem Abschnitt untersucht, welche Auswirkungen sozioökonomische Benachteiligung aktuell auf den Zugang von Kindern zu drei dieser essenziellen Leistungen – frühkindliche Betreuung, Bildung und Erziehung, Gesundheitsversorgung und angemessener Wohnraum – in Österreich hat, und zwar aus einer vergleichenden Perspektive.

5.3.1 Frühkindliche Betreuung, Bildung und Erziehung

Frühkindlicher Betreuung, Bildung und Erziehung (FBBE) kommt eine bedeutende Rolle zu, da benachteiligte Kinder dadurch unterstützt werden können, ihr Potenzial voll auszuschöpfen. Daten aus mehreren OECD-Ländern lassen darauf schließen, dass einige FBBE-Programme dazu beitragen, die dauerhafte Entwicklung von Fähigkeiten bei benachteiligten Kindern zu fördern, auch wenn die Evidenz für Kinder aus wohlhabenderen Familien uneinheitlich ist (Shuey und Kankaraš, 2018;[33] Duncan et al., 2022)[34]. Wichtig ist jedoch, dass die Teilhabe von Kindern aus benachteiligten Verhältnissen in vielen OECD-Ländern nach wie vor eine Herausforderung darstellt, dies gilt insbesondere für sehr kleine Kinder unter drei Jahren (OECD, 2020)[35]. Im Jahr 2019 war in den europäischen OECD-Ländern die Wahrscheinlichkeit, dass null bis zwei Jahre alte Kinder aus einkommensschwachen Verhältnissen an FBBE teilnehmen, im Durchschnitt etwa um

ein Drittel geringer als bei 0- bis 2-Jährigen aus einkommensstarken Verhältnissen, wobei die Unterschiede in Frankreich und Irland am größten waren (Abbildung 8).

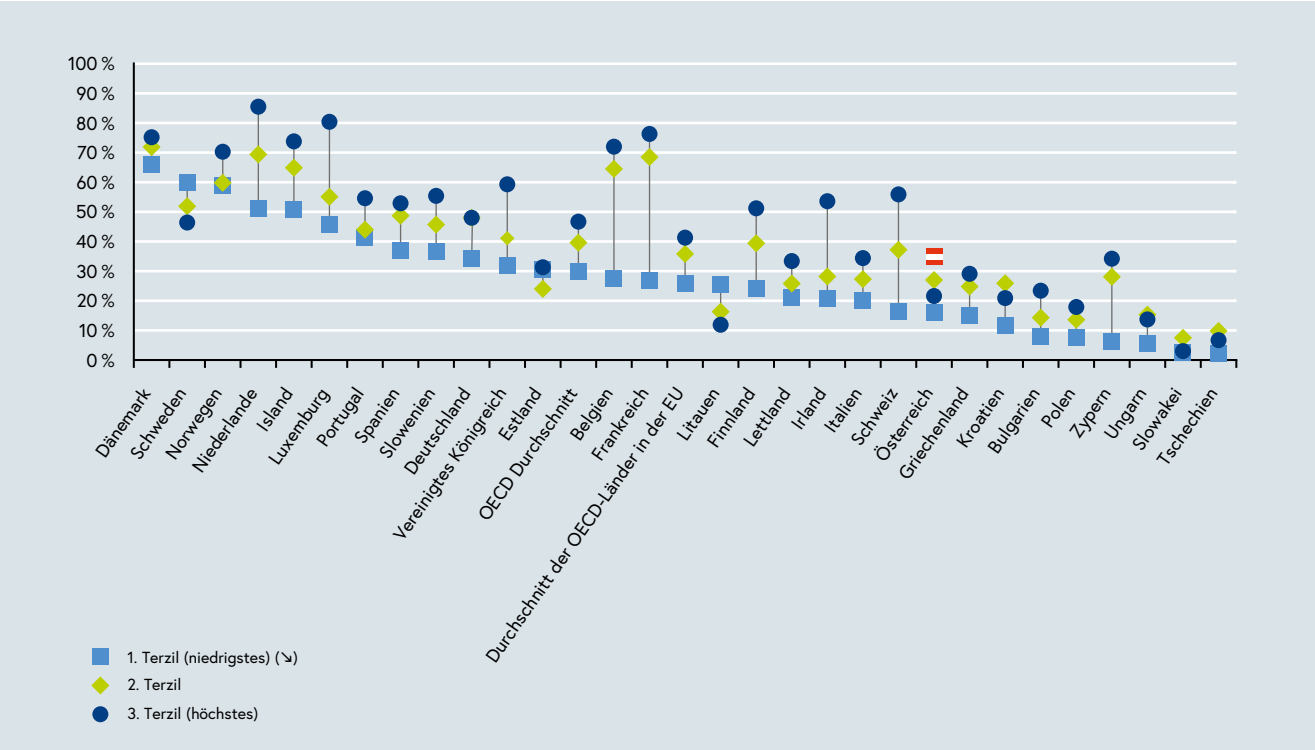
Obwohl in den letzten Jahren Fortschritte erzielt wurden, sind die Teilnahmequoten an FBBE in Österreich nach wie vor vergleichsweise niedrig, und zwar sowohl für Kinder aus begünstigteren als auch aus benachteiligten Verhältnissen. Die Gesamtbeteiligung ist besonders niedrig bei sehr kleinen Kindern unter drei Jahren: Während die Teilnahmequoten bei 3- bis 5-Jährigen in Österreich inzwischen leicht über dem OECD-Durchschnitt liegen (OECD, 2021)[36], rangieren jene für null bis zwei Jahre alte Kinder nach wie vor deutlich unter dem Durchschnitt der europäischen OECD-Länder und hinken Spitzenreitern wie Dänemark, Portugal und Spanien weit hinterher (Abbildung 8). Mit durchschnittlich 29 Prozent der Kinder unter drei Jahren in formaler Kinderbetreuung im Zeitraum 2021/22 (Statistik Austria, 2022)[37] liegt die Teilnahmequote unter dem Barcelona-Ziel für Österreich von 32 Prozent bis 2030 und weit hinter den 45 Prozent, die als absolutes Ziel für die EU-Mitgliedstaaten festgelegt wurden (Rat der Europäischen Union, 2022)[16][7].

Trotz der in den letzten Jahren getätigten Investitionen – die öffentlichen Ausgaben für FBBE wurden im Verhältnis zum BIP seit 2000 fast verdoppelt (OECD, 2021)[38] – gibt es große geografische Unterschiede im Kinderbetreuungsangebot. Zurückzuführen ist dies auf das fragmentierte FBBE-System in Österreich: Verwaltung und Finanzierung fallen in den Zuständigkeitsbereich der neun österreichischen Bundesländer, die einen Großteil der Verantwortung an die Gemeinden weitergeben. Daher ist der Anteil der unter Dreijährigen in formaler Kinderbetreuung in Wien mehr als doppelt so hoch (44 Prozent im Jahr 2020/21) wie in den Bundesländern Steiermark und Oberösterreich (19 Prozent bzw. 20 Prozent) (Statistik Austria, 2022)[37]. Nur die Bundesländer Wien und Burgenland (37 Prozent im Jahr 2020/21) erreichen das Barcelona-Ziel.

[7] In der Empfehlung des Rates von 2022 heißt es: „Es wird empfohlen, dass die Mitgliedstaaten die Teilnahme an FBBE im Verhältnis zu ihren jeweiligen aktuellen Teilnahmequoten erhöhen, und zwar um mindestens 45 Prozent oder bis eine Teilnahmequote von mindestens 45 Prozent erreicht ist für Mitgliedstaaten, deren Teilnahmequote zwischen 20 Prozent und 33 Prozent liegt." Ferner heißt es: „Die aktuelle Teilnahmequote ist als durchschnittliche FBBE-Teilnahmequote von Kindern unter drei Jahren in den Jahren 2017–2021 gemäß EU-SILC-Daten zu berechnen." Unter Anwendung der vorgeschlagenen Methodik ergibt sich für Österreich ein Zielwert von 32 Prozent für 2030, ausgehend von einer durchschnittlichen Teilnahmequote von 22 Prozent zwischen 2017 und 2021 (Eurostat).

Abbildung 8: Ungleichheiten bei der Teilnahme an FBBE sind in Österreich vergleichsweise sehr gering.

Teilnahmequoten an frühkindlicher Betreuung, Bildung und Erziehung, 0- bis 2-Jährige, auf Basis des verfügbaren Äquivalenzeinkommens-Terzils, 2020 oder jeweils aktuellste Daten



Anmerkung: Die Daten für Island, Litauen und das Vereinigte Königreich beziehen sich auf 2018. Die Daten sind OECD-Schätzungen auf der Basis von EU-SILC-Informationen. Die Daten beziehen sich auf Kinder, die Betreuungseinrichtungen (z. B. Kinderkrippen oder Kindertagesstätten und Vorschulen, sowohl öffentlich als auch privat), organisierte familiäre Tagesbetreuung und Betreuungsdienste von (bezahlten) professionellen Tagesmüttern nutzen – unabhängig davon, ob diese Betreuungsdienste eingetragen bzw. ISCED-anerkannt sind oder nicht. Die Terzile des verfügbaren Äquivalenzeinkommens werden anhand des verfügbaren Einkommens (nach Steuern und Transferleistungen) des Haushalts, in dem das Kind lebt, berechnet – äquivalisiert mit der Quadratwurzelskala, um die Auswirkungen der Familiengröße auf den Lebensstandard des Haushalts zu berücksichtigen – und basieren auf dem verfügbaren Äquivalenzeinkommen von Kindern unter oder gleich 12 Jahren. In den mit * gekennzeichneten Ländern sind die Unterschiede zwischen den Gruppen auf einem statistisch signifikanten Niveau von 5 Prozent ($p < 0{,}05$).

Quelle: OECD Family Database (Familiendatenbank), oe.cd/fdb, basierend auf der Erhebung der Europäischen Union über Einkommen und Lebensbedingungen (EU-SILC)

Im Gegensatz zu vielen anderen europäischen Ländern sind die vom elterlichen Einkommen abhängigen Unterschiede bei den Teilnahmequoten in Österreich eher gering: Im Jahr 2020 war die Wahrscheinlichkeit, dass 0- bis 2-Jährige aus einkommensschwachen Verhältnissen an FBBE teilnehmen, um knapp 9 Prozentpunkte geringer als bei Gleichaltrigen aus einkommensstarken Verhältnissen. Der Unterschied zwischen beiden Gruppen lag deutlich unter dem europäischen Durchschnittswert von 16 Prozentpunkten (Abbildung 8). Dies ist jedoch in erster Linie auf eine vergleichsweise geringe Beteili-

gung der begünstigten Kinder zurückzuführen und nicht auf eine hohe Beteiligung der benachteiligten Kinder. In Österreich besteht die Herausforderung – zumindest bei den Jüngsten – nicht so sehr darin, die FBBE-Teilnahme von Kindern aus benachteiligten Verhältnissen zu fördern, sondern vielmehr darin, die Teilnahmen aller Kinder an FBBE zu erreichen.

Es gibt eine Reihe von Erklärungen für die nach wie vor geringe Teilnahme sehr kleiner Kinder an FBBE in Österreich. Zum Teil ist sie auf das Kinderbetreuungsgeld zurückzuführen, das Eltern, die ihre Kinder nach der Geburt betreuen, in Österreich beziehen (Box 4). Diese Leistung kann von Eltern bis zu 426 Tage nach der Geburt bezogen werden, wenn sie sich für eine einkommensabhängige Leistung entscheiden, und bis zu 1.063 Tage, wenn sie sich für eine Pauschalleistung entscheiden. Infolgedessen ist ausgehend von 100 Geburten der Anteil der Mütter, die in Österreich Kinderbetreuungsgeld beziehen, verglichen mit Müttern, die eine vergleichbare Leistung in anderen Ländern erhalten, hoch (OECD, 2022)[39]. Die Entscheidung, Kinderbetreuungsgeld und lange Elternkarenz in Anspruch zu nehmen, kann durchaus auch eine bewusste Entscheidung der Eltern sein – andererseits aber auch durch einen Mangel an Kinderbetreuungsplätzen bedingt sein.

Obwohl das Angebot an Kinderbetreuungsplätzen für Kleinkinder in Österreich insgesamt stark gestiegen ist, gibt es Anhaltspunkte für möglicherweise weiterhin ungedeckten Bedarf, der der einerseits auf einen Mangel an Plätzen zurückzuführen ist und andererseits auf die angespannte finanzielle Situation, zwei Umstände, denen sich insbesondereFamilien mit niedrigen Einkommen gegenübersehen (Abbildung 9) (Förster und Königs, 2020)[40]. Im Jahr 2016 gaben Eltern von insgesamt 28 Prozent der Kinder aus einkommensschwachen Haushalten in Österreich an, dass ihr Bedarf nicht gedeckt sei, sie formelle Kinderbetreuung aber nicht stärker nutzen konnten, weil sie sich diese entweder nicht leisten konnten (9 Prozent oder weil es keine freien Betreuungsplätze gab (7 Prozent (Abbildung 9).

Der Großteil der Eltern gab an, keinen ungedeckten Kinderbetreuungsbedarf zu haben. Dies ist jedoch zum Teil auf die großzügige Unterstützung durch das Kinderbetreuungsgeld und die Elternkarenzansprüche zurückzuführen. Diese stellen für Eltern einen starken Anreiz dar, sich selbst um ihre kleinen Kinder zu kümmern (Box 4). Neben der langen Bezugsdauer und dem relativ großzügig bemessenen Kinderbetreuungsgeld kommen Bezieher:innen von Kinderbetreuungsgeld in den Genuss eines erheblichen Einkommensfreibetrags. Bezieher:innen des Pauschalbetrages haben Anspruch auf bis zu 60 Prozent ihres früheren Verdienstes (sofern sie einen solchen hatten), mindestens jedoch 16.200 EUR pro Jahr; Bezieher:innen des in der Regel wesentlich großzügigeren einkommensabhängigen Kinderbetreuungsgeldes kommen in den Genuss eines Einkommensfreibetrags von 7.300 EUR. Angesichts des begrenzten Angebots an formeller Kinderbetreuung machen diese Leistungen familieninterne Regelungen attraktiv, bei denen eine:r der beiden Partner:innen – in der Regel die Mutter – Teilzeit oder gar nicht arbeitet und sich untertags zu Hause um die Kinderbetreuung kümmert (informelle Tagesbetreuung).

Box 4: Kinderbetreuungsgeld in Österreich

In Österreich haben alle Familien, die die Beihilfekriterien erfüllen, Zugang zu Kinderbetreuungsgeld, unabhängig davon, ob sie Elternkarenz nehmen oder nicht. Um diese Leistung in Anspruch nehmen zu können, müssen sämtliche allgemein gültigen Anspruchsvoraussetzungen für den Bezug von Sozialleistungen erfüllt sein, darunter der Anspruch auf und der Bezug von Familienbeihilfe für das Kind, der „Mittelpunkt der Lebensinteressen“[8] muss in Österreich liegen und der rechtmäßige Wohnsitz muss sich ebenfalls in Österreich befinden. Eltern können zwischen dem flexiblen pauschalen Kinderbetreuungsgeld und dem einkommensabhängigen Kinderbetreuungsgeld wählen (in diesem Fall müssen die Antragsteller:innen zusätzliche erwerbstätigkeitsbezogene Bedingungen erfüllen).

Das flexible pauschale Kinderbetreuungsgeld (Kinderbetreuungsgeld-Konto) ermöglicht es den Eltern, einen Gesamtbetrag von ca. 12.366 EUR im Jahr 2022 (wenn nur ein Elternteil Kinderbetreuungsgeld bezieht) oder 15.449 EUR (wenn diese Leistung von beiden Elternteilen bezogen wird) über einen gewählten Zeitraum, berechnet in Tagen, aufzuteilen. Dieses pauschale Kinderbetreuungsgeld kann zwischen 365 und bis zu 851 Tage nach der Geburt in Anspruch genommen werden. Die Eltern können sich auch abwechseln; in diesem Fall verlängert sich die Gesamtbezugsdauer (die Länge hängt von der jeweils gewählten Option ab). Die Variante mit der kürzesten Laufzeit impliziert einen Wechsel von einem Elternteil auf den anderen nach 91 Tagen, jene mit der längsten Bezugszeit einen Wechsel nach 212 Tagen.

Wenn nur ein Elternteil das Kinderbetreuungsgeld beantragt, kann er oder sie den Gesamtbetrag über einen Zeitraum von 365 Tagen (täglich 33,88 EUR) bis zu maximal 851 Tagen (täglich 14,53 EUR) aufteilen. Wenn die Inanspruchnahme des Kinderbetreuungsgelds durch beide Elternteile erfolgt (wobei mindestens 20 Prozent aller vom Elternteil beantragten Kinderbetreuungsgeld-Bezugstage nicht übertragbar sind), kann das Geld über einen Zeitraum von 456 Tagen (täglich 33,88 EUR) bis zu 1.063 Tagen (täglich 14,53 EUR) bezogen

[8] Mit ordentlichem Wohnsitz in Österreich gemeldet zu sein und/oder die österreichische Staatsbürgerschaft allein reicht nicht aus, um den Lebensmittelpunkt in Österreich zu haben. Der Begriff „Mittelpunkt der Lebensinteressen“ wird bei Personen oder Haushalten, die in zwei oder mehreren Ländern leben, verwendet, um festzustellen, mit welchem Land engere persönliche und wirtschaftliche Beziehungen bestehen. Letztlich kommt es darauf an, welcher der Wohnorte unter Berücksichtigung der persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse als der für den:die Steuerpflichtige:n bedeutendere anzusehen ist. Um Anspruch auf Kinderbetreuungsgeld zu haben, müssen die Antragsteller:innen und ihre Kinder den Mittelpunkt der Lebensinteressen in Österreich haben. In Zweifelsfällen wird eine eingehende Prüfung der Lebensverhältnisse eingeleitet, bei der Antragsteller:innen mitwirken und die erforderlichen Unterlagen und Nachweise erbringen müssen.

werden. Ein Elternteil darf außerdem 60 Prozent des Einkommens, das er/sie im Kalenderjahr vor der Geburt des Kindes bezogen hat, dazuverdienen (d. h. maximal 16.200 EUR).

Das einkommensabhängige Kinderbetreuungsgeld beträgt 80 Prozent des Nettoeinkommens, das der Elternteil in den letzten sechs Monaten vor der Geburt verdient hat und kann 365 Tage lang (wenn nur ein Elternteil das Kinderbetreuungsgeld in Anspruch nimmt) und bis zu 426 Tage nach der Geburt (wenn die Inanspruchnahme aufgeteilt durch beide Elternteile erfolgt) bezogen werden. Der Tagessatz beträgt maximal 66 EUR pro Tag (rund 2.000 EUR pro Monat). Wenn der Elternteil Teilzeit arbeitet, kann dieser bis zu 7.300 EUR pro Jahr dazuverdienen.

Bei erwerbstätigen Eltern muss die Dauer des Kinderbetreuungsgeldbezugs nicht mit der Dauer der Elternkarenz übereinstimmen. Der Krankenversicherungsschutz ist jedoch häufig an den Bezug von Kinderbetreuungsgeld gekoppelt und kann auch dann enden, wenn sich dieser Elternteil noch in Elternkarenz befindet. Wenn sich die Eltern den Bezug des Kinderbetreuungsgelds zu mindestens 40 Prozent der von jedem Elternteil in Anspruch genommenen Elternkarenzzeit teilen, haben sie Anspruch auf einen „Partnerschaftsbonus“ in Höhe von jeweils 500 EUR. Zusammen erhalten sie also insgesamt 1.000 EUR.

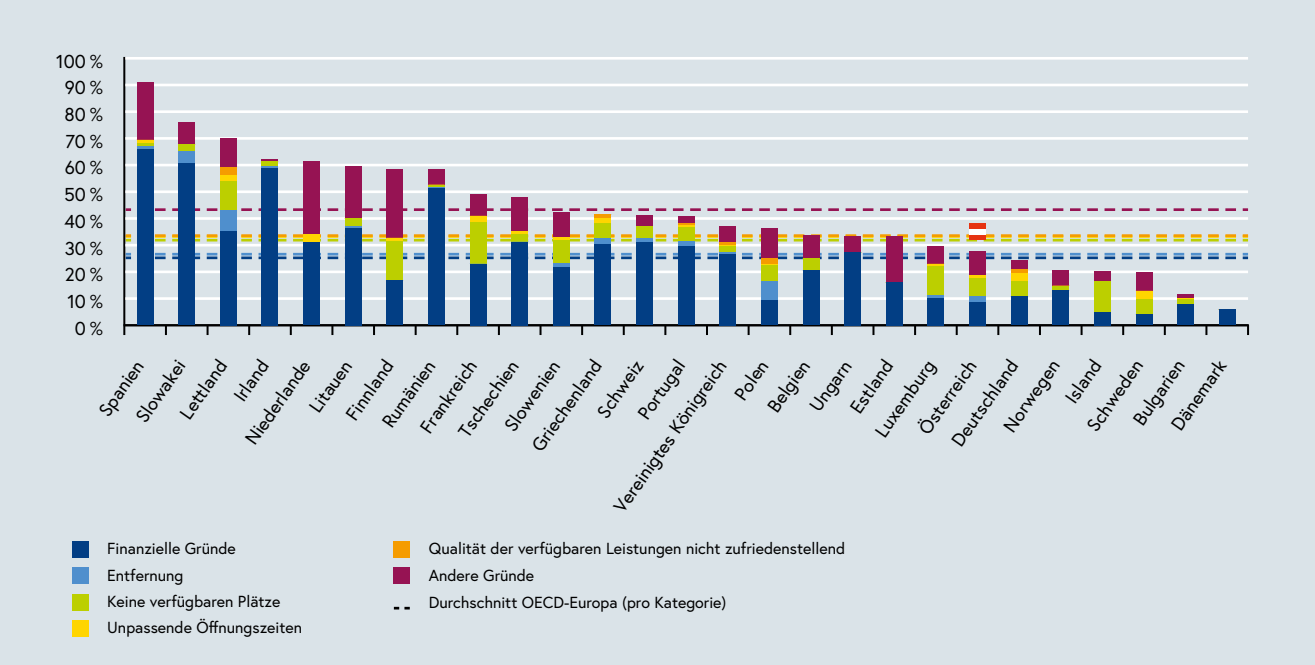
Kinderbetreuungsgeld kann nur für das jüngste Kind bezogen werden. Bei Mehrlingsgeburten (Zwillingen) gibt es für jedes weitere Kind einen Zuschlag von 50 Prozent des Kinderbetreuungsgeldbetrags.

Familien mit geringem Einkommen erhalten unter bestimmten Voraussetzungen einen Zuschlag zum Kinderbetreuungsgeld (6,06 EUR pro Tag über maximal 365 Tage ab Antragsdatum, unabhängig von der gewählten Variante). Dieser Zuschlag kann jedoch nicht bei Inanspruchnahme des einkommensabhängigen Kinderbetreuungsgelds beantragt werden.

Quelle: Kinderbetreuungsgeld (oesterreich.gv.at), (OECD, 2023)[41] und (Schmidt und Schmidt, 2022)[42]

Abbildung 9: In Österreich lebt eines von vier von Einkommensarmut betroffenen Kindern in einem Haushalt, der angibt, ungedeckten Bedarf an Kinderbetreuung zu haben.

Prozentualer Anteil der 0- bis 12-Jährigen, die in einkommensschwachen Haushalten leben, die angeben, ungedeckten Bedarf an Kinderbetreuung zu haben – aufgeschlüsselt nach Grund für ungedeckten Bedarf, 2016



Anmerkung: Die Daten beziehen sich auf den Anteil der Kinder (im Alter von 0- bis 12 Jahren), die in einkommensarmen Haushalten leben, die die Frage, ob sie ungedeckten Bedarf an (mehr) formellen Kinderbetreuungsleistungen hätten, mit „Ja" beantworteten, aufgeschlüsselt nach dem Hauptgrund für die geringe bzw. Nicht-Inanspruchnahme formeller Kinderbetreuungsdienste. „Einkommensarm" bezieht sich auf Haushalte mit einem äquivalisierten verfügbaren Einkommen von weniger als 60 Prozent des Medianeinkommens.

Quelle: Eurostat-Datenbank, Indikator ILC_ATS04, https://ec.europa.eu/eurostat/web/main/data/database

5.3.2 Gesundheitsversorgung

Körperliche und psychische Gesundheit sind von zentraler Bedeutung für das Wohlbefinden von Kindern (OECD, 2021)[6], und effektiver Zugang zu Gesundheitsleistungen ist wichtig für den Schutz ihrer Gesundheit. So wie in den meisten OECD-Ländern, gibt es auch in Österreich eine (nahezu) flächendeckende Gesundheitsversorgung für ein Kernangebot von Gesundheitsleistungen, das in der Regel Arztbesuche, Tests und Untersuchungen sowie Behandlung / Versorgung im Krankenhaus umfasst (OECD, 2022)[43]. Dennoch kann es ein, dass Kinder (und andere Personen) aus verschiedensten Gründen, wie z. B. Kosten, Wartezeiten oder örtliche Entfernung, nur eingeschränkten effektiven Zugang zu Gesundheitsleistungen haben (OECD, 2022)[43].

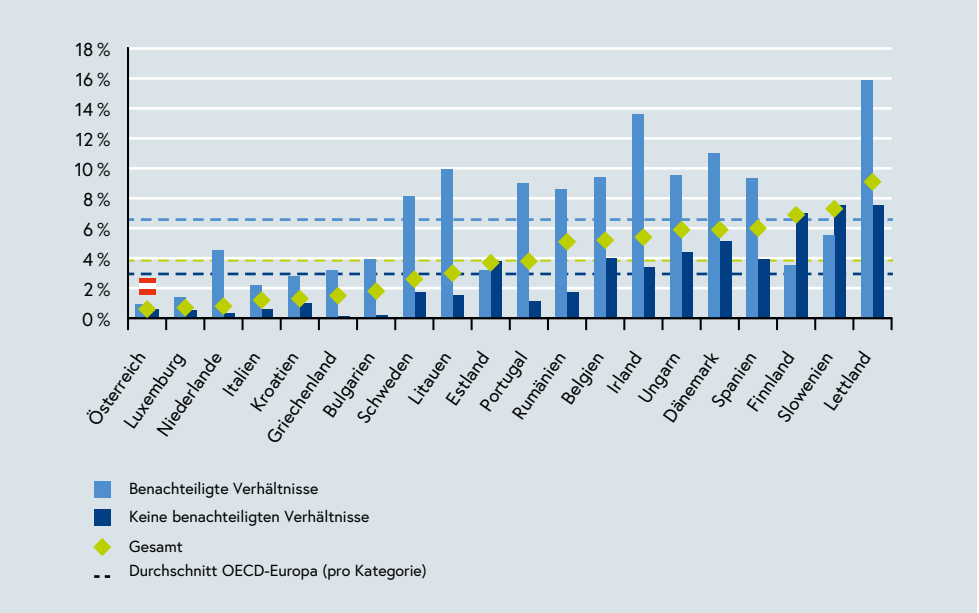
Eine Analyse des ungedeckten Bedarfs an medizinischer Versorgung gibt Aufschluss darüber, inwieweit Gesundheitsleistungen zugänglich sind und medizinischer

Bedarf wirksam gedeckt wird. Abbildung 10 veranschaulicht, wie hoch der Anteil der Kinder ist, die in Haushalten leben, die angeben, zumindest mit einem gewissen ungedeckten Bedarf an (medizinischen oder zahnmedizinischen) Gesundheitsleistungen für ihre Kinder konfrontiert zu sein. In Österreich haben nur sehr wenige Kinder ungedeckten Bedarf an (physischer) Gesundheitsversorgung: 2021 lebten weniger als 1 Prozent der Kinder in Haushalten, die angaben, für zumindest ein Kind mit ungedecktem Bedarf an ärztlicher oder zahnärztlicher Untersuchung konfrontiert zu sein. Dieser Wert liegt deutlich unter dem Durchschnitt der europäischen OECD-Länder (4 Prozent). Was den von den Haushalten berichteten ungedeckten Bedarf an medizinischer Versorgung für Kinder betrifft, gibt es darüber hinaus in Österreich – anders als in den meisten anderen europäischen OECD-Ländern – kaum Unterschiede im Hinblick auf den sozioökonomischen Hintergrund. Im Jahr 2021 waren nur 0,9 Prozent der Kinder aus benachteiligten Verhältnissen – d. h. Einkommensarmut, materielle Deprivation oder Eltern mit niedrigem Bildungsniveau – mit ungedecktem Bedarf an medizinischer Versorgung konfrontiert. Im Vergleich dazu lag der Durchschnittswert in den europäischen OECD-Ländern bei 6,7 Prozent (Abbildung 10).

Das gute Abschneiden Österreichs beim Zugang zu Gesundheitsversorgung spiegelt sich in den Angaben der Eltern über den Gesundheitszustand ihrer Kinder wider. Abbildung 11 zeigt den Anteil der Kinder, deren Gesundheitszustand von ihren Eltern als „schlecht“ oder „sehr schlecht“ eingestuft wurde. In Österreich gaben 2021 nur 0,2 Prozent der Eltern an, dass der Gesundheitszustand ihrer Kinder „schlecht“ oder „sehr schlecht“ sei – das ist zugleich der niedrigste Wert aller europäischen OECD-Länder. Auch hier gibt es nur vergleichsweise geringe, durch sozioökonomische Verhältnisse bedingte Unterschiede: 2021 hatten in Österreich 0,7 Prozent der benachteiligten Kinder ihren Eltern zufolge einen „schlechten“ oder „sehr schlechten“ Gesundheitszustand. Obwohl dieser Wert im Vergleich zur übrigen Kinderpopulation höher ist (0,1 Prozent), liegt er doch weit unter dem Durchschnittswert für Kinder aus benachteiligten Verhältnissen in den europäischen OECD-Ländern (1,4 Prozent).

Abbildung 10: Österreich hat den niedrigsten Anteil an Kindern mit ungedecktem Bedarf an Gesundheitsversorgung in Europa.

Prozentualer Anteil der 1- bis 15-Jährigen in Haushalten, die angeben, mit ungedecktem Bedarf an Gesundheitsleistungen für ihre Kinder konfrontiert zu sein, aufgeschlüsselt nach sozioökonomischem Hintergrund, 2021

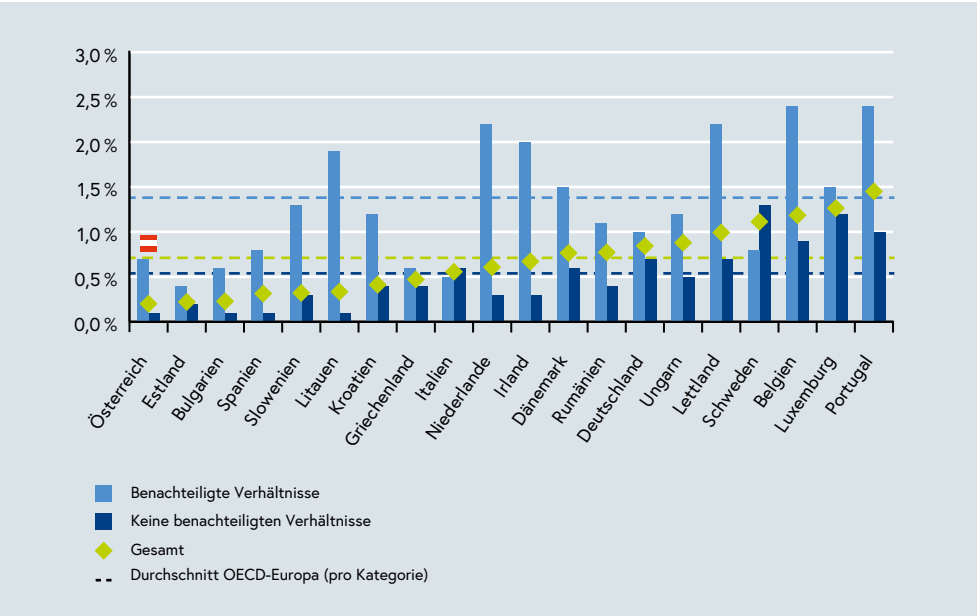


Anmerkung: Die Daten beziehen sich auf den Prozentsatz der 1- bis 15-Jährigen in Haushalten, die angeben, mit ungedecktem Bedarf an ärztlichen oder zahnärztlichen Untersuchungen für mindestens ein im Haushalt lebendes Kind (im Alter von 0- bis 15 Jahren) konfrontiert zu sein. „Benachteiligte Verhältnisse“ bezieht sich auf Kinder, die von Einkommensarmut (verfügbares Äquivalenzeinkommen des Haushalts unter 50 Prozent des Medians) oder materieller Deprivation (gemessen anhand des kinderspezifischen Indikators für materielle Deprivation der EU) betroffen sind oder bei Eltern mit niedrigem Bildungsniveau leben (höchstes Bildungsniveau aller im Haushalt lebender Elternteile entspricht ISCED 2011, Stufen 0–2).

Quelle: Berechnungen des OECD-Sekretariats auf der Grundlage der EU-Erhebung über Einkommen und Lebensbedingungen (EU-SILC) für die Jahre 2014 und 2021 (vorläufig veröffentlichte Daten)

Abbildung 11: Unabhängig von ihren sozioökonomischen Verhältnissen sind in Österreich nur sehr wenige Kinder ihren Eltern zufolge bei „schlechter“ oder „sehr schlechter“ Gesundheit.

Prozentsatz der 1- bis 15-Jährigen, deren Gesundheitszustand ihren Eltern zufolge schlecht ist, nach sozioökonomischen Verhältnissen, 2021



Anmerkung: Die Daten beziehen sich auf den Prozentsatz der 1- bis 15-Jährigen, deren Gesundheitszustand von ihren Eltern als „schlecht“ oder „sehr schlecht“ beschrieben wird. „Benachteiligte Verhältnisse“ bezieht sich auf Kinder, die von Einkommensarmut (verfügbares Äquivalenzeinkommen des Haushalts unter 50 Prozent des Medians) oder materieller Deprivation (gemessen anhand des kinderspezifischen Indikators für materielle Deprivation der EU) betroffen sind oder bei Eltern mit niedrigem Bildungsniveau leben (höchstes Bildungsniveau aller im Haushalt lebender Elternteile entspricht ISCED 2011, Stufen 0–2).

Quelle: Berechnungen des OECD-Sekretariats auf der Grundlage der EU-Erhebung über Einkommen und Lebensbedingungen (EU-SILC) für die Jahre 2014 und 2021 (vorläufig veröffentlichte Daten)

Obwohl diese Angaben wichtige Einblicke in den Zugang zu Gesundheitsversorgung für Kinder ermöglichen, fokussieren sie lediglich auf eine bestimmte Gruppe von Gesundheitsleistungen (d. h. ärztliche und zahnärztliche Untersuchungen). Es können allerdings größere Unterschiede im Hinblick auf den Zugang zu anderen Arten der Gesundheitsversorgung bestehen, wie z. B. fachärztliche Gesundheitsversorgung und psychologische Betreuung. Außerdem berücksichtigen diese Daten möglicherweise nicht die vollen Auswirkungen der COVID-19-Pandemie. Aus den verfügbaren Angaben geht hervor, dass sich Schulschließungen und die Schließung von Freizeiteinrichtungen und -treffpunkten, Kinder und Jugendliche besonders getroffen hat. Viele europäische Länder, darunter auch Österreich, haben als Reaktion auf die COVID-19-Pandemie die psychosoziale und psychische Betreuung für Schüler:innen verstärkt, vor allem in Grund- und Sekundarschulen (OECD, 2022)[43]. Durch die COVID-19-Krise wurde es auch immer notwendiger, Kinder zu gesunden Verhaltensweisen zu bewegen. Unterstrichen wird

diese Notwendigkeit beispielsweise durch den Anstieg der Prävalenz von Übergewicht und Adipositas. Laut einer im März 2021 durchgeführten Erhebung sind in Österreich 25 Prozent der 7- bis 10-jährigen Buben und 27 Prozent der Mädchen übergewichtig oder fettleibig, verglichen mit 17 Prozent bzw. 24 Prozent im September 2019 (Jarnig et al., 2022)[44].

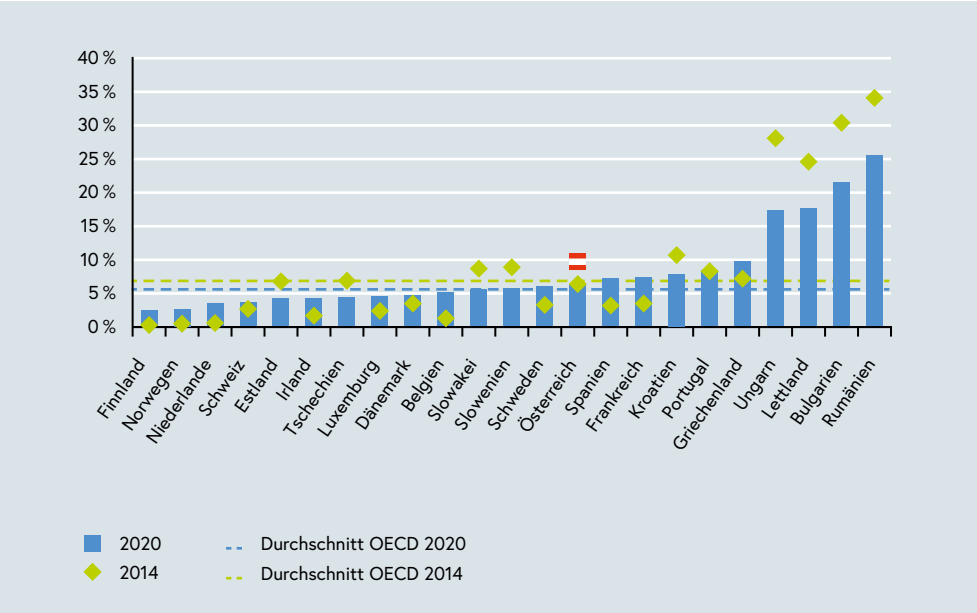
5.3.3 Angemessener Wohnraum

Der Zugang zu qualitativ hochwertigem Wohnraum spielt eine wichtige Rolle für das Wohlbefinden von Kindern (OECD, 2021;[6] Clair, 2019)[45]. Überbelegte oder unhygienische Wohnverhältnisse können die körperliche Gesundheit von Kindern gefährden, unter anderem durch Infektionen und Atemwegserkrankungen wie Asthma (OECD, 2021[6]; Beasley, Semprini und Mitchell, 2015)[46]. Die Wohnqualität ist aber auch für verschiedene andere Aspekte des Wohlbefindens und der Entwicklung von Kindern von Bedeutung, einschließlich ihres sozialen und emotionalen Wohlergehens. Kinder, die in qualitativ minderwertigen Wohnräumen aufwachsen, sind beispielsweise eher anfällig für emotionale und Verhaltensprobleme sowie einen insgesamt schlechteren psychischen Gesundheitszustand (OECD, 2021)[6]. Ein möglicher Grund dafür ist, dass schlechte Wohnqualität für benachteiligte Familien und Kinder eine weitere zusätzliche Belastung darstellen kann.

Im Vergleich zu anderen europäischen OECD-Ländern schneidet Österreich bei Wohnqualität eher mäßig ab. Im Jahr 2020 lebten 5,0 Prozent der Kinder in Österreich in Haushalten, die von „schwerer Wohndeprivation“ betroffen waren, d. h. in Haushalten, die sowohl überbelegt als auch im Hinblick auf mindestens einen der Indikatoren für angemessenen Wohnraum depriviert sind (Abbildung 12). Dieser Wert ist ähnlich wie im Durchschnitt der europäischen OECD-Länder (5,4 Prozent), aber wesentlich höher als jener der Spitzenreiter wie Finnland und Norwegen (1,3 Prozent) und liegt nur geringfügig unter dem Wert, den Österreich im Jahr 2014 verzeichnete (6,4 Prozent).

Abbildung 12: In Österreich sind, ähnlich wie im OECD-Durchschnitt, 5 Prozent der Kinder von schwerer Wohndeprivation betroffen.

Prozentsatz der 1- bis 15-Jährigen, die in von schwerer Wohndeprivation betroffenen Haushalten leben, europäische OECD-Länder, 2014 und 2020



Anmerkung: „Schwere Wohndeprivation" wird gemäß Eurostat-Definition bestimmt und gemessen. Im Einklang mit der Eurostat-Definition ist ein Haushalt von „schwerer Wohndeprivation" betroffen, wenn dieser überbelegt ist und wenn einer oder mehrere der folgenden Punkte zutreffen: Die Wohnung hat ein undichtes Dach, feuchte Wände, Böden oder Fundamente bzw. Fäulnis in den Fensterrahmen oder im Fußboden; die Wohnung hat weder ein Bad noch eine Dusche; die Wohnung hat keine Toilette mit Wasserspülung zur ausschließlichen Nutzung durch den Haushalt; die Wohnung gilt als zu dunkel.

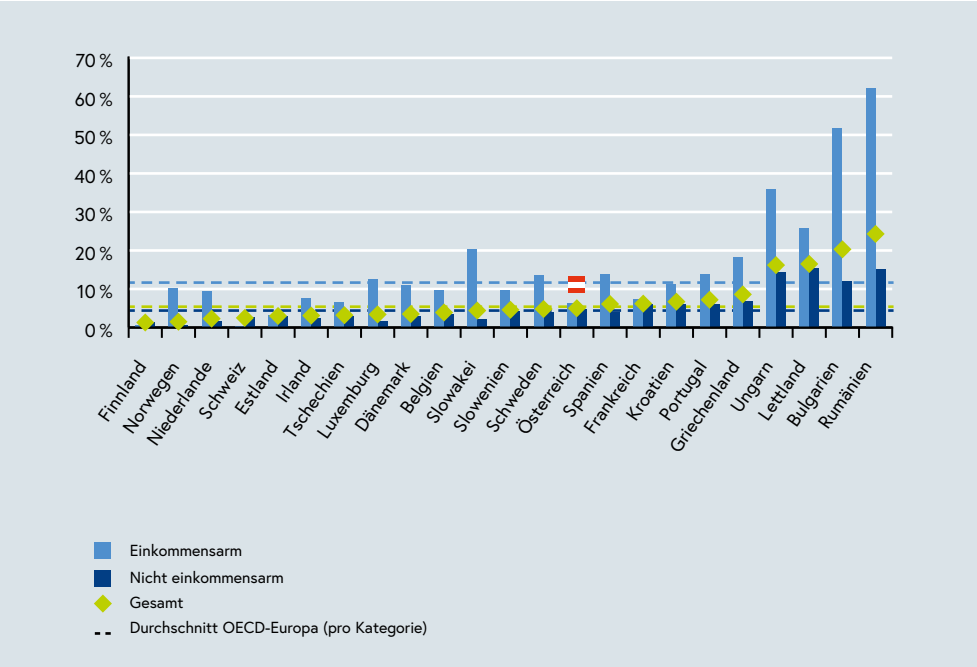
Quelle: Berechnungen des OECD-Sekretariats auf der Grundlage der EU-Erhebung über Einkommen und Lebensbedingungen (EU-SILC) für die Jahre 2014 und 2021 (vorläufig veröffentlichte Daten)

Im Gegensatz zu vielen anderen europäischen OECD-Ländern ist die Betroffenheit von Wohndeprivation in Österreich jedoch nicht stark vom Einkommen abhängig (Abbildung 13). Im Jahr 2020 lebten in Österreich 6,3 Prozent der von Einkommensarmut betroffenen Kinder in Haushalten, die von schwerer wohnbezogener Deprivation betroffen waren – eine Quote, die nur geringfügig höher ist als bei den nicht von Einkommensarmut betroffenen Kindern (4,8 Prozent und deutlich unter dem europäischen OECD-Durchschnitt für von Einkommensarmut betroffene Kinder (11,9 Prozent) liegt. Die Quoten für Wohndeprivation sind in Österreich sowohl bei von Einkommensarmut betroffenen als auch bei nicht von Einkommensarmut betroffenen Kindern jedoch immer noch höher als in den Ländern, die diesbezüglich am besten abschneiden (z. B. Estland, Schweiz und insbesondere Finnland); Österreich hat noch Luft nach oben, wenn es darum geht, Kinder besser vor schlechter Wohnqualität zu schützen. Wie bei frühkindlicher Betreuung, Bildung und Erziehung liegt die Herausforderung für Österreich jedoch eher

in der Verbesserung der Wohnqualität für Kinder im Allgemeinen als im Vorgehen gegen schlechte Wohnqualität bei einkommensschwachen Kindern im Besonderen.

Abbildung 13: Im Gegensatz zu vielen anderen europäischen OECD-Ländern hängt die Exposition von Kindern gegenüber Wohndeprivation in Österreich nicht stark vom Einkommen ab.

Anteil der 1- bis 15-Jährigen, die in von schwerer Wohndeprivation betroffenen Haushalten leben, europäische OECD-Länder, nach Einkommensarmutsstatus, 2020



Anmerkung: „Schwere Wohndeprivation“ wird gemäß Eurostat-Definition bestimmt und gemessen. Im Einklang mit der Eurostat-Definition ist ein Haushalt von „schwerer Wohndeprivation“ betroffen, wenn dieser überbelegt ist und wenn einer oder mehrere der folgenden Punkte zutreffen: Die Wohnung hat ein undichtes Dach, feuchte Wände, Böden oder Fundamente bzw. Fäulnis in den Fensterrahmen oder im Fußboden; die Wohnung hat weder ein Bad noch eine Dusche; die Wohnung hat keine Toilette mit Wasserspülung zur ausschließlichen Nutzung durch den Haushalt; die Wohnung gilt als zu dunkel. „Einkommensarm“ bezieht sich auf 1- bis 15-Jährige mit einem verfügbaren Haushaltsäquivalenzeinkommen (d. h. einem Einkommen nach Steuern und Transferleistungen, bereinigt um die Haushaltsgröße) unterhalb der Armutsgefährdungsschwelle (50 Prozent des verfügbaren Medianeinkommens).

Quelle: Berechnungen des OECD-Sekretariats auf der Grundlage der EU-Erhebung über Einkommen und Lebensbedingungen (EU-SILC) für die Jahre 2014 und 2021 (vorläufig veröffentlichte Daten)

5.4 Die wirtschaftlichen Kosten sozioökonomischer Benachteiligung in der Kindheit

Wie bereits einleitend erwähnt, führt frühe Benachteiligung häufig zu schlechteren Ergebnissen im späteren Leben. Dies gilt für den Gesundheitszustand genauso wie für die Erwerbstätigkeit, wobei sich die Auswirkungen nicht ausschließlich auf die betroffenen Personen selbst beschränken, sondern den sozialen und wirtschaftlichen Wohlstand der Gesellschaft insgesamt entsprechend beeinflussen. Eingeschränkte Chancen am Arbeitsmarkt für Erwachsene aus benachteiligten Verhältnissen bedeuten beispielsweise ungenutzte Talente und verlorenes Leistungspotenzial, was sowohl für Haushalte (durch Einkommensverluste) als auch für Arbeitgeber (durch ungenutztes Potenzial) und für Staaten (durch entgangene Einnahmen) negative Folgen haben kann. Ebenso geht schwächerer Gesundheitszustand mit einem Verlust an Produktivität und Wohlergehen einher.

Dies wirft die Frage nach den Folgekosten von Benachteiligung in der Kindheit auf und ob bzw. welche Unterschiede es in Bezug auf die Höhe dieser Kosten in den einzelnen Ländern gibt. Ausgehend von den in der entsprechenden Fachliteratur zur Ermittlung der „Kosten" von Kinderarmut (Holzer et al., 2008[47]; Blanden, Hansen und Machin, 2008[13]; Blanden, Hansen und Machin, 2010[14]; McLaughlin und Rank, 2018)[11] eingesetzten Methoden untersuchen wir in unserem Strategiepapier „*The economic costs of childhood socio-economic disadvantage in European OECD countries*" (Clarke et al., 2022)[1], inwieweit eine Beziehung zwischen Benachteiligung in der Kindheit und schlechteren Ergebnissen im Hinblick auf Gesundheitszustand und Chancen und Erfolg am Arbeitsmarkt in den europäischen OECD-Ländern, einschließlich Österreich, besteht. Darüber hinaus wird der geschätzte BIP-Anteil dieser Nachteile ermittelt.

Im folgenden Abschnitt werden die wichtigsten Erkenntnisse von Clarke et al. (2022)[1] unter besonderer Beachtung der österreichbezogenen Ergebnisse zusammengefasst. Es sei darauf hingewiesen, dass diese Schätzungen auf einigen wichtigen Annahmen beruhen, u. a. dass die Nachfrage nach Arbeit in der Lage wäre, das höhere Angebot an Personen, die im Kindesalter Benachteiligung erfuhren, vollständig aufzunehmen und dass dies keine Auswirkungen auf die Beschäftigung und das Einkommen anderer Gruppen hätte. Auch wenn dies langfristig der Fall wäre, ist es zumindest kurzfristig möglich, dass es nicht genügend Chancen am Arbeitsmarkt für alle als sogenannte *Lost Employed* bezeichneten Mitglieder der ersten Gruppe geben könnte. Es wäre auch durchaus möglich, dass höherer Verdienst der benachteiligten Gruppen Einfluss auf die Erwerbstätigkeit anderer Gruppen am Arbeitsmarkt haben könnte (und sogenannte „allgemeine Gleichgewichtseffekte" zum Tragen kommen), insbesondere, wenn Arbeitskräftemangel herrscht. Die nachstehenden Schätzungen geben daher den errechneten „Wert" der Einbußen bzw. Nachteile wieder, die von sozioökonomischer Benachteiligung in der Kindheit betroffene Erwachsene unter den derzeitigen Bedingungen erfahren – ohne allerdings jene Sachzwänge, die Einschränkungen zu berücksichtigen, die möglicherweise im Zusammenhang mit dem Erreichen eines anderen Gleichgewichts bestehen.

5.4.1 Arbeitsmarktbezogene und gesundheitliche Nachteile durch sozioökonomische Benachteiligung in der Kindheit

Als ersten Schritt in diesem Prozess stellen wir in Clarke et al. (2022)[1] vergleichende Schätzungen zu den Auswirkungen, die Benachteiligung in der Kindheit auf spätere Arbeitsmarktergebnisse und den Gesundheitszustand im Erwachsenenalter haben kann, an. Auf Grundlage einer retrospektiven Erhebung, die erwachsene Personen zu ihren familiären Verhältnissen und Lebensbedingungen im Alter von etwa 14 Jahren befragte, stellten wir länder- und geschlechtsspezifische Schätzungen zum Zusammenhang zwischen sozioökonomischer Benachteiligung in der Kindheit und Beschäftigung, Arbeitseinkommen sowie Gesundheit im späteren Leben an (siehe Box 5). Dabei wird ein Sammelindex zum sozioökonomischen Status in der Kindheit (*Childhood Socio-Economic Status, ICSES*) verwendet. Die Ergebnisse zeigen, dass in fast allen europäischen OECD-Ländern Erwachsene, die in ihrer Kindheit sozioökonomische Benachteiligung erfuhren, seltener erwerbstätig sind, weniger verdienen und bei schlechterer Gesundheit sind als Erwachsene mit einer „durchschnittlicheren" Kindheit.

In puncto Erwerbstätigkeit stellen wir fest, dass das Aufwachsen in sozioökonomischer Benachteiligung in Österreich – im Gegensatz zu den meisten anderen europäischen OECD-Ländern – nur begrenzten Einfluss auf die Wahrscheinlichkeit hat, dass jemand im Jahr vor der Befragung erwerbstätig war. Wir schätzen, dass in Österreich im Jahr 2018 die Wahrscheinlichkeit, dass Männer und Frauen im ersten (untersten) Quintil unseres ICSES-Index – also die Personen, die im Zuge ihrer Kindheit die stärkste Benachteiligung erfuhren – überhaupt erwerbstätig waren, um 1 bzw. 2 Prozentpunkte geringer war als bei Personen im dritten (mittleren) Quintil, und zwar unter sonst unveränderten Bedingungen (siehe Clarke et al. (2022)[1], Abbildung 2). Diese Auswirkungen sind geringer als im Durchschnitt der 24 in der Studie erfassten europäischen OECD-Länder (3 bzw. 6 Prozentpunkte) und weitaus geringer als in manch anderen europäischen OECD-Ländern wie Irland, Italien und Spanien. Bei Männern lässt jedoch einiges darauf schließen, dass sich Benachteiligung in der Kindheit auf die Wahrscheinlichkeit einer kontinuierlichen Vollzeitbeschäftigung auswirken könnte, ohne dass sich diese auf die Erwerbswahrscheinlichkeit als solche auswirken würde: In Österreich war die Wahrscheinlichkeit, dass Männer im ersten (untersten) Quintil der ICSES-Skala während des gesamten Jahres 2018 Vollzeit erwerbstätig waren, um 11 Prozentpunkte geringer als bei Männern im mittleren Bereich der ICSES-Skala (siehe Clarke et al. (2022)[1], Online-Anhang Tabelle A3.7). Dies impliziert einen möglichen kausalen Effekt im Hinblick auf die Chancen, eine sichere und stabile Vollzeitbeschäftigung zu finden. Bei Frauen finden wir, was die Wahrscheinlichkeit einer das ganze Jahr währenden Vollzeiterwerbstätigkeit betrifft, keinen signifikanten Unterschied zwischen dem untersten und dem mittleren Quintil des ICSES.

Box 5: „*The Economic Costs of Childhood Socio-Economic Disadvantage in European OECD Countries*“ untersucht Zusammenhänge zwischen Benachteiligung in der Kindheit und späteren Auswirkungen im Hinblick auf Gesundheitszustand und Arbeitsmarktergebnisse

Wir untersuchen mittels Lebensverlaufsansatz die Zusammenhänge zwischen Benachteiligung in der Kindheit, dem Gesundheitszustand und der Erwerbstätigkeit im Erwachsenenalter. Wir ermitteln den Grad der sozioökonomischen Benachteiligung in der Kindheit anhand eines zusammengesetzten Index (*Index of Childhood Socio-Economic Status*, ICSES), der aus Informationen über die familiären Umstände und Lebensbedingungen von heute Erwachsenen im Alter von etwa 14 Jahren aus EU-SILC 2019 erstellt wurde. Die Komponenten des Index umfassen Werte zur materiellen Deprivation und finanziellen Situation der Haushalte sowie zur Bildung und zum Erwerbsstatus der Eltern. Personen, die im jeweiligen Land dem untersten Quintil dieses Index zuzuordnen sind, wurden von uns als „in sozioökonomischer Benachteiligung aufgewachsen“ definiert.

Zur Ermittlung der Ergebnisse im Erwachsenenalter setzen wir drei zentrale Parameter ein: Beschäftigungsstatus, Jahreseinkommen sowie selbstberichteter Gesundheitszustand und Aktivitätseinschränkungen. Wir ermitteln die Jahreseinkommen aus unselbstständiger und selbstständiger Tätigkeit während des gesamten Einkommensreferenzjahrs (2018), nicht bereinigt um Erwerbsausmaß, Zweitjobs oder Erwerbsunterbrechungen. Wir wählten diesen Ansatz, damit unregelmäßige / saisonale Beschäftigung in der Berechnung Berücksichtigung findet. Im Einklang mit unserer Einkommensvariable ermitteln wir den Beschäftigungsstatus mithilfe einer Dummy-Variable, die auf eins gesetzt wird, wenn die befragte Person angibt, in mindestens einem der zwölf Bezugsmonate des Einkommensbezugsjahrs (2018) entweder selbstständig oder unselbstständig (Vollzeit oder Teilzeit) beschäftigt gewesen zu sein. Schließlich messen wir den Gesundheitszustand und die Aktivitätseinschränkungen mittels *Health and Activity Limitation Index (HALex)* – einem zusammengesetzten Parameter, der ursprünglich von den *U.S. Centers for Disease Control and Prevention* (Erickson, 1998)[48] entwickelt wurde, um die gesundheitsbezogene Lebensqualität auf Bevölkerungsebene zu messen. HALex-Werte liegen zwischen 0 und 1, wobei 1 ein Jahr bei voller Gesundheit ohne Einschränkungen und 0 einen Gesundheitszustand äquivalent zum Tod bedeutet. Der HALex kann so interpretiert werden, dass er für jede:n Befragte:n im jeweils erhobenen Bezugsjahr den Prozentsatz ermittelt, den der:die Befragte eigenen Angaben zufolge bei voller Gesundheit gelebt hat, ähnlich wie bei einem qualitätsbereinigten Lebensjahr (QALY).

Es gibt zahlreiche Mechanismen, über die sich sozioökonomische Benachteiligungen in der Kindheit auf die späteren Ergebnisse im Erwachsenenalter auswirken können. Bildung und Qualifizierung sind vielleicht die geläufigsten Faktoren. Darüber hinaus können hier auch andere Faktoren, wie z. B. Gesundheit und Familienstrukturen, eine Rolle spielen. In Clarke et al. (2022)[1] ersuchen wir nicht nur die übergeordneten Verbindungen zu finden, sondern auch Pfade und Mediatoren / förderlichen Faktoren, durch die Benachteiligungen im Kindesalter das Leben im Erwachsenenalter beeinflussen können. Dazu gehören das Bildungsniveau (gemessen am Abschluss der Sekundarstufe II), die Lebensarbeitszeiterfahrung (gemessen am Verhältnis tatsächlicher zu potenzieller Lebensarbeitszeiterfahrung größer als 60 Prozent), Partner- und Familienstatus (gemessen am Vorhandensein eines:einer Partneri:in bzw. von Kindern im Haushalt) und – im Hinblick auf Arbeitsmarktergebnisse – auch der Gesundheitszustand und Aktivitätseinschränkungen (gemessen anhand des HALex).

Wir untersuchen die Zusammenhänge zwischen Benachteiligung in der Kindheit (gemessen anhand des ICSES), unseren Mediatoren und unseren drei Ergebnisindikatoren mittels SEM (*Structural Equation Modelling*). Die Schätzung für unsere Ergebnisvariablen Jahreseinkommen und HALex erfolgt mittels linearer Regression, für unsere Variable zum Beschäftigungsstatus mittels logistischer Regression. Wir vergleichen in erster Linie die Antworten von Befragten aus dem ersten (untersten oder am stärksten benachteiligten) Quintil und dem dritten (mittleren) Quintil des ICSES, da die Befragten aus dem mittleren Quintil repräsentativ für jene Personen sind, die eine „durchschnittliche" Kindheit in ihrem jeweiligen Land erlebt haben. Wir arbeiteten anhand von getrennten zweistufigen Modellen für Männer und Frauen und für jedes der 27 erfassten Länder.

Quelle: Clarke et al. (2022)[1] „*The economic costs of childhood socio-economic disadvantage in European OECD countries*", OECD Papers on Well-being and Inequalities, Nr. 9, OECD Publishing, Paris, https://doi.org/10.1787/8c0c66b9-en.

Was das Einkommen betrifft, so stellen wir in Österreich wie auch in anderen europäischen Ländern fest, dass Arbeitnehmer:innen, die in sozioökonomisch benachteiligten Verhältnissen aufgewachsen sind, oft viel weniger verdienen als ihre „begünstigteren" Altersgenoss:innen. Wir schätzen, dass im Jahr 2018 Männer und Frauen aus dem ersten (untersten) Quintil des ICSES in Österreich im Laufe des Jahres 23 Prozent bzw. 15 Prozent weniger verdienten als vergleichbare Personen aus dem dritten (mittleren) Quintil des ICSES (Abbildung 14). Bei Männern ist der „Verdienstnachteil" höher als im Durchschnitt der 24 erfassten europäischen OECD-Länder (20 Prozent), dennoch

aber immer noch geringer als in einigen anderen großen europäischen OECD-Ländern wie Italien (25 Prozent) und Spanien (35 Prozent). In Österreich liegen die Einbußen der Frauen (15 Prozent) unter dem Durchschnitt der europäischen OECD-Länder (21 Prozent).

In Österreich ist diese Einkommenseinbuße bei Männern – nicht aber bei Frauen – auf eine Kombination aus niedrigeren Löhnen und Gehältern und geringerer Arbeitszeit zurückzuführen. Wie in Box 5 dargestellt, erfasst die Einkommensvariable, die wir in „*The Economic Costs of Childhood Socio-Economic Disadvantage in European OECD Countries*" verwenden, das Einkommen aus unselbstständiger und selbstständiger Tätigkeit von Personen, die angaben, im Einkommensbezugszeitraum (2018) mindestens einen Monat lang gearbeitet zu haben. Daher können die Einkommensunterschiede zwischen Personen im ersten und dritten Quintil der ICSES nicht nur Unterschiede im Hinblick auf Löhne und Gehälter widerspiegeln, sondern auch mögliche Unterschiede in Bezug auf Arbeitsausmaß und Erwerbsunterbrechungen. Wir schätzen, dass bei Männern in Österreich etwa ein Drittel der jährlichen kindheitsbedingten Verdiensteinbußen auf geringes Arbeitsausmaß und unregelmäßige Beschäftigung zurückzuführen ist. Wenn um diesen Faktor bereinigt wird, sinkt der Verdienstunterschied von 23 Prozent auf 15 Prozent (siehe Clarke et al. (2022)[1], Abbildung 4). Bei Frauen hingegen bleiben die prozentuellen Erwerbseinbußen bei Berücksichtigung dieses Faktors weitgehend unverändert. Dementsprechend kann man darauf schließen, dass dieser fast ausschließlich auf niedrigere Löhne bzw. Gehälter zurückzuführen ist.

In Österreich wie auch in anderen europäischen Länder läuft der Zusammenhang zwischen sozioökonomischer Benachteiligung im Kindheitsalter und Einkommen im Erwachsenenalter indirekt über Mediatoren wie Bildung, Gesundheit und Lebensarbeitserfahrung (Abbildung 14). Die stärkste Rolle spielt der Faktor Bildung: In Österreich ist geringere Bildung der Grund für ein um 6 Prozentpunkte geringeres Jahreseinkommen sowohl bei Männern (etwa 25 Prozent der gesamten Verdiensteinbuße) als auch bei Frauen (etwa 42 Prozent der gesamten Verdiensteinbuße) im untersten ICSES-Quintil. In beiden Fällen sind diese Unterschiede etwas größer als im Durchschnitt der europäischen OECD-Länder (4 bzw. 5 Prozentpunkte). Gesundheit spielt bei Männern eine ebenso wichtige Mediatorenrolle und ist für ein um 6 Prozentpunkte geringeres Jahreseinkommen bei Männern im untersten Quintil (bzw. etwa 25 Prozent der gesamten Verdiensteinbuße) verantwortlich – was wesentlich höher ist als der durchschnittliche gesundheitsbezogene Einkommensnachteil in den anderen europäischen OECD-Ländern (14 Prozent).

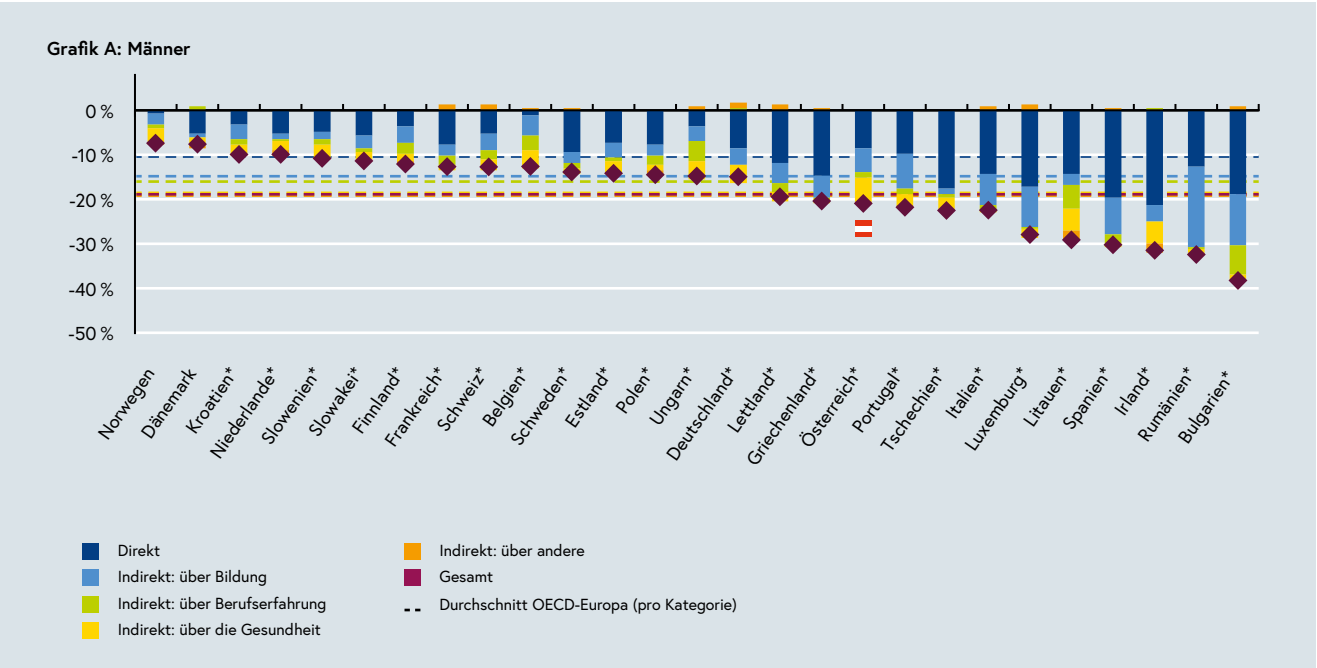
Wenn man die Auswirkung sozioökonomischer Benachteiligung in der Kindheit auf die Gesundheit an sich betrachtet, so ist festzustellen, dass in Österreich wie auch in den meisten anderen europäischen OECD-Ländern Erwachsene, die in ihrer Kindheit sozioökonomisch benachteiligt waren, häufig einen schlechteren Gesundheitszustand aufweisen als jene, die eine „durchschnittlichere" Kindheit hatten (Abbildung 15). Für Österreich schätzen wir, dass auf Basis des Health and Activity Limitation Index (HALex) zur Ermittlung des Gesundheitszustands erwachsene Männer und Frauen im ersten (untersten) Quintil des ICSES um 5 bzw. 4 Prozentpunkte schlechter abschneiden als Personen im dritten (mittleren) Quintil des ICSES. Dies bedeutet, dass diese Person

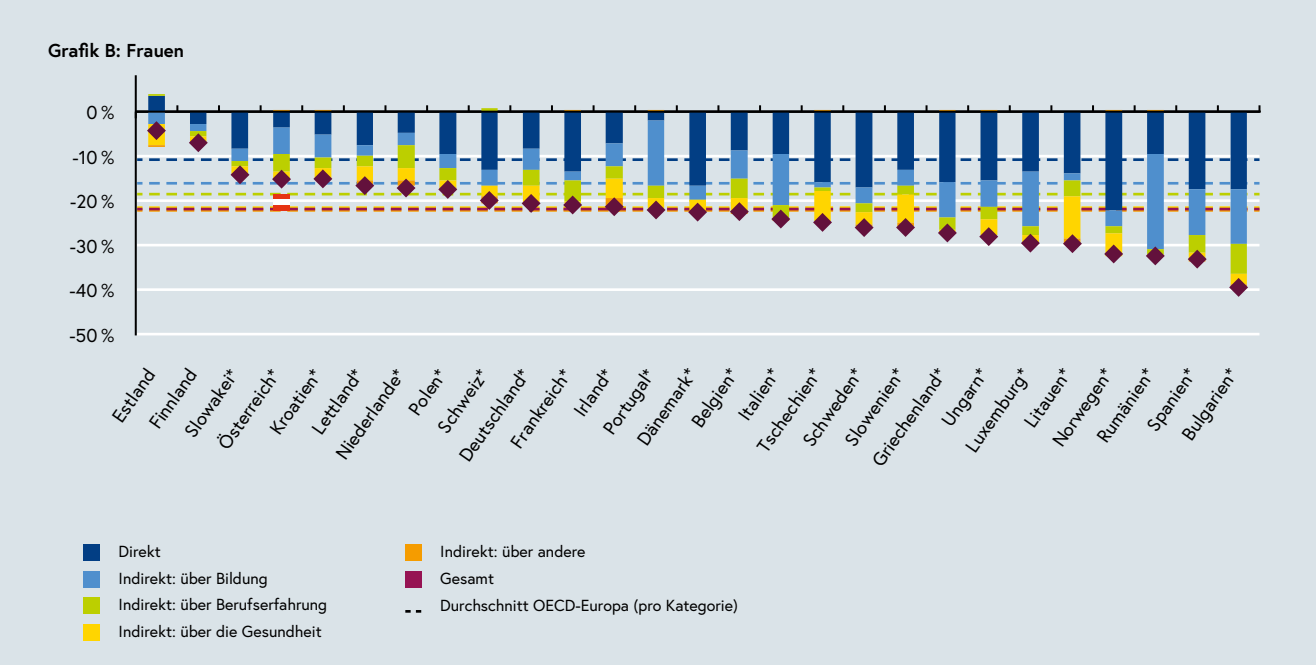
im Jahr zwei bzw. zweieinhalb Wochen weniger uneingeschränkt bei voller Gesundheit zubringen kann. Bei Männern ist dieser mit Benachteiligung in der Kindheit verbundene „Gesundheitsnachteil“ erheblich größer als im Durchschnitt der europäischen OECD-Länder (3 Prozentpunkte). Bei Frauen ist er ähnlich hoch wie im europäischen Durchschnitt (4 Prozentpunkte).

Im Gegensatz zu den meisten anderen von der Studie erfassten OECD-Ländern scheinen in Österreich die mit sozialer und wirtschaftlicher Benachteiligung in der Kindheit verbundenen gesundheitlichen Nachteile bei Männern größer zu sein als bei Frauen (Abbildung 15). Dies steht im Widerspruch zu vorhandenen Studien, die zeigen, dass dieser Konnex bei Frauen oft ausgeprägter ist (Flores und Kalwij, 2014)[4]. Dies gilt ebenso für Studien, die zeigen, dass ein niedriger (aktueller) sozioökonomischer Status oft besonders negative Auswirkungen auf den (selbtsberichteten) Gesundheitszustand von Frauen hat (Roxo, Bambra und Perelman, 2021)[49].

Abbildung 14: Erwerbstätige Männer und Frauen, die als Kind die stärksten Benachteiligungen erfuhren, verdienen in Österreich im Jahr um 23 Prozent bzw. 15 Prozent weniger als ihre Kolleg:innen mit einer eher „durchschnittlichen“ Kindheit.

Geschätzter Unterschied in Prozent des jährlichen Einkommens aus Arbeit zwischen erwerbstätigen Personen im ersten (untersten) und dritten (mittleren) Quintil des Index für sozioökonomischen Status in der Kindheit (Childhood Socio-Economic Status), aufgeschlüsselt nach Geschlecht und Land sowie nach direkten und indirekten Zusammenhängen, 2018



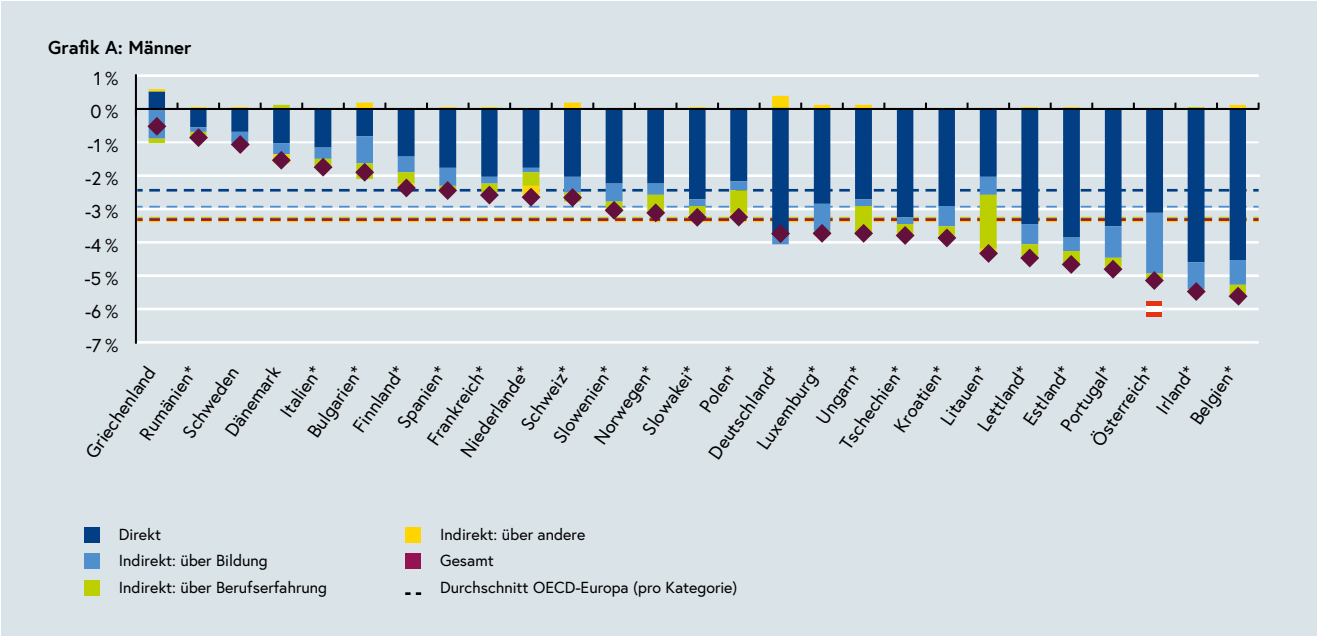


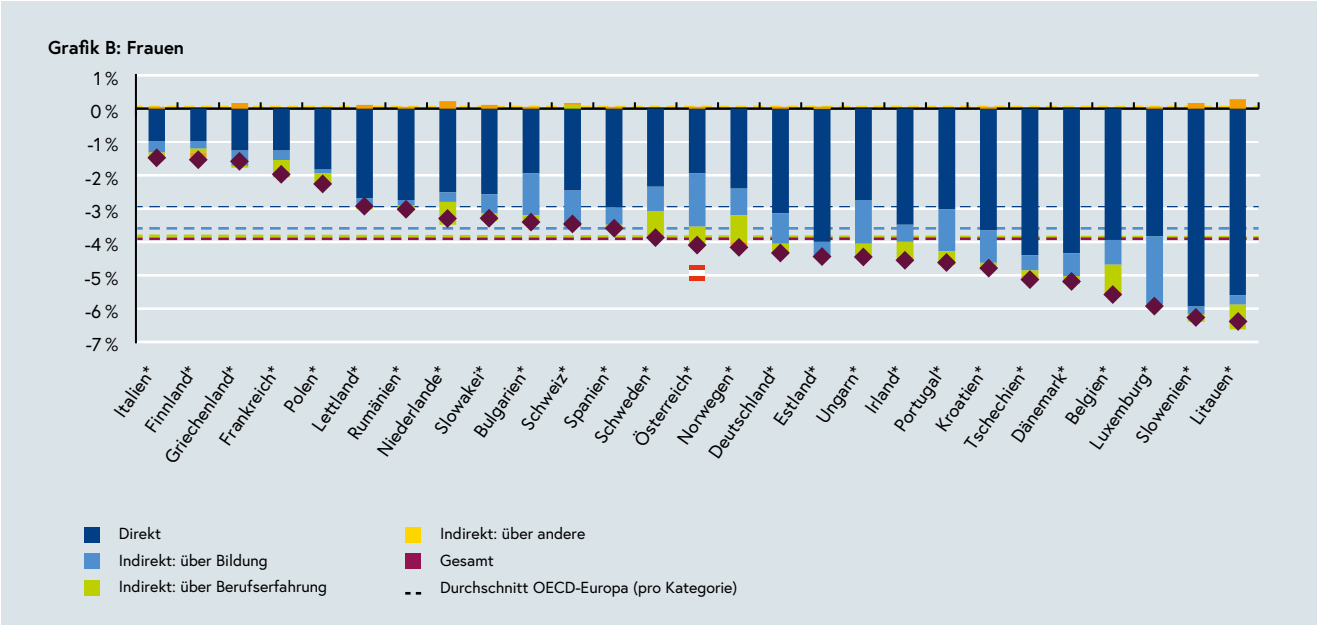
Anmerkung: Konsolidierte Darstellung der auf Basis von länder- und geschlechtsspezifischen zweistufigen GSEM-Mediationsmodellen ermittelten Schätzwerte mit fixen altersgruppenspezifischen Effekten in der Fünfjahresbetrachtung. Die Werte für das (logarithmierte) Jahreseinkommen aus Arbeit werden anhand einer (gewichteten) linearen Regression geschätzt. Die Schätzungen werden der Einfachheit halber als exp(b)-1 (d. h. als prozentuale Unterschiede) dargestellt. In den mit * gekennzeichneten Ländern ist der Gesamtzusammenhang mit 10 Prozent statistisch signifikant ($p < 0{,}1$). Die Signifikanztests werden anhand der mittleren Durchschnittswerte der Kontrollvariablen durchgeführt. „Erwerbstätig" bezieht sich auf Personen, die unter „vorrangiger Status der Erwerbstätigkeit" angaben, in mindestens einem der zwölf Monate des Einkommensbezugszeitraums (2018) entweder selbstständig oder unselbstständig erwerbstätig gewesen zu sein (Vollzeit oder Teilzeit). „Jahreseinkommen aus Arbeit" bezieht sich auf die Summe der Einkünfte in Form von Geld- oder geldwerten Leistungen von Arbeitnehmer:innen sowie Geldleistungen oder Verluste aus selbstständiger Tätigkeit im Einkommensbezugsjahr. Befragte, die angaben, kein Einkommen oder Verluste generiert zu haben, wurden ausgeschlossen. „Indirekt: über andere" bezieht sich auf die Summe der indirekten Zusammenhänge, die sich durch den Partner:innenstatus und das Vorhandensein von mindestens einem Kind im Haushalt ergeben. „Durchschnitt OECD Europa" bezieht sich auf den ungewichteten Durchschnitt der 24 erfassten europäischen OECD-Länder – ausgenommen Bulgarien, Kroatien und Rumänien. Für weitere bzw. detailliertere Informationen siehe: Clarke et al. (2022)[1].

Quelle: Clarke et al. (2022)[1] auf der Grundlage der Erhebung der Europäischen Union zu Einkommen und Lebensbedingungen (EU-SILC) 2019

Abbildung 15: Im Vergleich zu anderen europäischen Ländern sind die mit Benachteiligung in der Kindheit verbundenen gesundheitlichen Einbußen in Österreich relativ groß, insbesondere für Männer.

Geschätzter, anhand des Health and Activity Limitation Index (Index für Gesundheit & Aktivitätseinschränkungen) ermittelter Unterschied in Prozentpunkten zwischen Personen im ersten (untersten) und im dritten (mittleren) Quintil des Index für sozioökonomischen Status in der Kindheit (Childhood Socio-Economic Status), aufgeschlüsselt nach Geschlecht und Land sowie nach direkten und indirekten Zusammenhängen, 2019





Anmerkung: Konsolidierte Darstellung der auf Basis von länder- und geschlechtsspezifischen zweistufigen GSEM-Mediationsmodellen ermittelten Schätzwerte mit fixen altersgruppenspezifischen Effekten in der Fünfjahresbetrachtung. Die anhand des Health and Activity Limitation Index (Index für Einschränkungen in Bezug auf Gesundheit und Erwerbstätigkeit) ermittelten Schätzwerte wurden mittels (gewichteter) linearer Regression errechnet. Die Schätzwerte wurden zur Erleichterung der Interpretation mit 100 multipliziert. In den mit * gekennzeichneten Ländern ist der Gesamtzusammenhang mit $p < 0{,}1$ statistisch signifikant. Die Signifikanztests werden anhand der mittleren Durchschnittswerte der Kontrollvariablen durchgeführt. ^: kein Test verfügbar. Der Health and Activity Limitation Index ist ein Summenindikator für gesundheitsbezogene Lebensqualität auf einer Skala von null bis eins, wobei eins für ein Jahr steht, das bei voller Gesundheit ohne Einschränkungen gelebt wird, und null für ein Lebensjahr mit einem dem Tode vergleichbaren Gesundheitszustand. „Indirekt: über andere" bezieht sich auf die Summe der indirekten Zusammenhänge, die sich durch den Partner:innenstatus und das Vorhandensein von mindestens einem Kind im Haushalt ergeben. „Durchschnitt OECD Europa" bezieht sich auf den ungewichteten Durchschnitt der 24 erfassten europäischen OECD-Länder – ausgenommen Bulgarien, Kroatien und Rumänien. Für weitere bzw. tiefergehende Informationen siehe: Clarke et al. (2022)[1].

Quelle: Clarke et al. (2022)[1] auf Grundlage der Erhebung der Europäischen Union zu Einkommen und Lebensbedingungen (EU-SILC) 2019

Wie auch bei Einkommenseinbußen ist der Gesamtzusammenhang zwischen sozialer und wirtschaftlicher Benachteiligung in der Kindheit und Gesundheit im Erwachsenenalter zum Teil indirekt auf Mediatoren zurückzuführen (Abbildung 15). In Österreich spielt hier ebenfalls Bildung die wichtigste Rolle: Wir schätzen, dass sozioökonomisch bedingte Bildungsunterschiede sowohl bei Männern als auch bei Frauen für einen um 2 Prozentpunkte niedrigeren HALex verantwortlich sind (etwa 35 Prozent bzw. 39 Prozent der gesundheitlichen Nachteile bei Männern bzw. Frauen). Bei beiden Gruppen sind diese bildungsbedingten Effekte größer als im Durchschnitt der europäischen OECD-Länder (0,5 bzw. 0,7 Prozentpunkte). In Österreich wie auch in den meisten anderen erfassten OECD-Ländern bleibt jedoch ein Großteil des Gesamtzusammenhangs zwischen sozioökonomischer Benachteiligung in der Kindheit und Gesundheit im Erwachsenenalter unerklärt. Ein Grund könnte sein, dass die sozioökonomischen Lebensbedingungen in der Kindheit direkten Einfluss auf die Gesundheit des Kindes haben, was – neben anderen Faktoren, die im Laufe des Lebens dazukommen – ein wichtiger Prädiktor für die Gesundheit im Erwachsenenalter (und im Alter) an sich ist (Case, Lubotsky und Paxson, 2002;[50] Flores und Wolfe, 2020[51]; Pakpahan, Hoffmann und Kröger, 2016)[52].

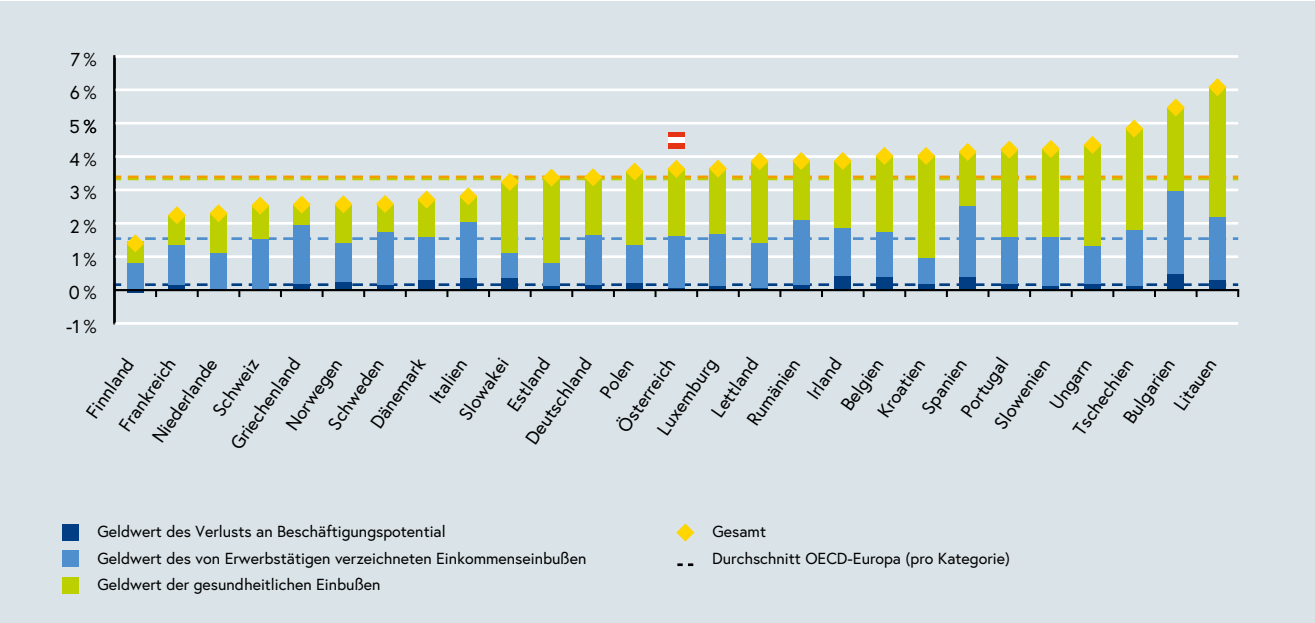
5.4.2 Der monetäre Wert der arbeitsmarktbezogenen und gesundheitlichen Nachteile durch sozioökonomische Benachteiligung in der Kindheit

In einem zweiten Schritt werden diese auf Benachteiligung während der Kindheit zurückzuführenden Einbußen in Geldwerte bzw. BIP umgewandelt. Basierend auf Monetarisierungsverfahren, die in der Fachliteratur zur Ermittlung der Kosten von Einkommensarmut im Kindesalter eingesetzt werden (Box 6), ermitteln wir für das jeweilige Land die mit sozioökonomischer Benachteiligung im Kindesalter verbundenen Kosten. Diese setzen sich zusammen aus dem aggregierten Verlust an Beschäftigungspotenzial, den aggregierten Einkommenseinbußen und den aggregierten gesundheitlichen Einbußen. Wie aus Abbildung 16 ersichtlich, sind diese auf Länderebenen ermittelten Kosten oft hoch.

Unseren Annahmen zufolge dürften sich die mit sozioökonomischer Benachteiligung in der Kindheit verbundenen Nachteile am Arbeitsmarkt in Österreich jährlich mit einem Gegenwert von 1,6 Prozent des BIP zu Buche schlagen und die gesundheitlichen Einbußen mit einem Gegenwert von 2,0 Prozent des BIP pro Jahr (Abbildung 16). Wird der Effekt beider Faktoren addiert, ergeben sich jährliche Gesamtkosten sozioökonomischer Benachteiligung im Kindesalter, die 3,6 Prozent des BIP entsprechen, d. h. Benachteiligung von Kindern verursacht in Österreich vor allem aufgrund des schlechteren Gesundheitszustands und der geringeren Einkommen der Betroffenen im Erwachsenenalter umgerechnet 3,6 Prozent des BIP oder fast 14 Mrd. EUR pro Jahr[9].

Abbildung 16: Die durch beschäftigungs-, einkommens- und gesundheitsbezogene Einbußen verursachten Kosten historischer Benachteiligung in der Kindheit belaufen sich in Österreich auf umgerechnet 3,6 Prozent des BIP, was in etwa dem Durchschnitt der europäischen OECD-Länder entspricht.

Geschätzter Gesamtgeldwert der beschäftigungs-, einkommens- und gesundheitsbezogenen Einbußen in der Gruppe der 25- bis 59-Jährigen, die in relativer Benachteiligung aufwuchsen (ermittelt anhand des Index für sozioökonomischen Status in der Kindheit), in % des BIP, aufgeschlüsselt nach Ländern, 2018–2019



Anmerkung: „Durchschnitt OECD Europa" bezieht sich auf den ungewichteten Durchschnitt der 24 erfassten europäischen OECD-Länder – ausgenommen Bulgarien, Kroatien und Rumänien. Für weitere Einzelheiten siehe Clarke et al. (2022)[1].

Quelle: Clarke et al. (2022)[1] auf der Grundlage der Erhebung der Europäischen Union zu Einkommen und Lebensbedingungen (EU-SILC) 2019

[9] Detaillierte Informationen über die Ermittlung der obigen Schätzwerte einschließlich der jeweiligen absoluten Werte finden sich in Tabelle A13 im Anhang unter: https://www.oecd.org/wise/OECD-Cost-Childhood-Socio-Economic-Disadvantage-Online-Annex-Tables.xlsx

Im Vergleich konnten wir feststellen, dass die durch Benachteiligung in der Kindheit verursachten Kosten in Österreich etwas höher sind als im Durchschnitt der erfassten europäischen OECD-Länder (3,4 Prozent des BIP). Sie sind wesentlich höher als bei den diesbezüglichen Spitzenreitern wie z. B. Finnland (1,4 Prozent des BIP) – wo die auf Benachteiligung im Kindesalter und während des Aufwachsens zurückzuführenden Einbußen insgesamt vergleichsweise gering sind –, Frankreich (2,2 Prozent) und den Niederlanden (2,3 Prozent). Allerdings sind die Kosten in Österreich geringer als in Ländern wie Ungarn (4,3 Prozent des BIP), Tschechien (4,8 Prozent) und vor allem Litauen (6,1 Prozent), wo sich vergleichsweise große gesundheitliche Nachteile im Erwachsenenalter in hohen Gesamtkosten niederschlagen.

Obwohl es weiterer Studien bedarf, um jene Faktoren zu ermitteln, die für länderspezifische Unterschiede verantwortlich sind, enthält die besprochene Studie (Clarke et al., 2022)[1] einige Deutungsversuche. Was die Beschäftigungs- / Einkommenseffekte angeht, zeigen wir auf, dass Länder mit geringerer absoluter Benachteiligung in der Kindheit und weniger Ungleichheiten im Hinblick auf sozioökonomische Ressourcen in der Kindheit auch weniger auf Benachteiligung zurückzuführende Einbußen verzeichnen (siehe Clarke et al., 2022[1], Abschnitt 5.2.3).

Die oben dargestellten Ergebnisse deuten darauf hin, dass Kinder in Österreich mit weniger materieller Deprivation konfrontiert sind als im EU-Durchschnitt, obwohl die Einkommensarmutsquote von Kindern in Österreich leicht überdurchschnittlich ist. Die arbeitsmarktbezogenen und gesundheitlichen Einbußen, mit denen Personen, die in ihrer Kindheit sozioökonomisch benachteiligt waren, im Erwachsenenalter konfrontiert sind, sind höher als im EU-Durchschnitt. Das deutet darauf hin, dass es dem Wohlfahrts- und Bildungssystem in Österreich noch nicht gelingt, sozioökonomisch benachteiligte Kinder dabei zu unterstützen, den Rückstand gegenüber anderen aufzuholen bzw. eine höhere vertikale soziale Mobilität zu erreichen. Ebenso sind die Kosten für Benachteiligung in der Kindheit in Österreich etwas höher als im Durchschnitt der erfassten europäischen OECD-Länder – und das in einem Land, in dem das Einkommensgefälle im Vergleich zu anderen Ländern relativ gering ist. Dieses Ergebnis steht im Gegensatz zur bekannten Feststellung, dass wirtschaftliche Ungleichheit die Chancen jener Personen, die am unteren Ende der sozioökonomischen Leiter aufwachsen, einschränken kann – mit anderen Worten, dass es in Ländern mit höheren Einkommensunterschieden dem:der Einzelnen schwererfällt, aus der Einkommensklasse, in die er:sie hineingeboren wurde, in eine höhere aufzusteigen (OECD, 2018)[10].

Die Struktur des Arbeitsmarktes und die Nachfrage nach hoch qualifizierten Arbeitskräften können ebenfalls eine Rolle im Zusammenhang mit der Schlechterstellung spielen, die von Benachteiligung in der Kindheit betroffene Personen am Arbeitsmarkt erfahren. Insgesamt ist festzustellen, dass Nachteile bzw. Einbußen bei Beschäftigung und Einkommen, die auf Benachteiligung in der Kindheit zurückzuführen sind, in Arbeitsmärkten mit mehrheitlich hoch qualifizierten Arbeitsplätzen gravierender ausfallen. Dies kann darauf zurückzuführen sein, dass relative Benachteiligung im Kindesalter die Chancen und Möglichkeiten der Betroffenen einschränkt, wenn es darum

geht, jene Fähigkeiten zu entwickeln, die sie benötigen, um Arbeit zu finden, auf hoch qualifizierten Arbeitsmärkten zu reüssieren und langfristig beruflich erfolgreich zu sein (Clarke et al., 2022)[1]. Auch hier liegt Österreich beim Anteil der in hoch qualifizierten Berufen Beschäftigten im Mittelfeld (mit einem Anteil von 42 Prozent an der Gesamtbeschäftigung). Wobei sich „in hoch qualifizierten Berufen Beschäftigte" auf Berufe der ISCO-Qualifikationsstufen 3 und 4 bezieht.

Box 6: Ansatz zur Monetarisierung der mit Benachteiligung in der Kindheit verbundenen gesundheits- und arbeitsmarktbezogenen Nachteile bzw. Einbußen in „*The Economic Costs of Childhood Socio-Economic Disadvantage in European OECD Countries*"

Zur Ermittlung des Geldwerts der mit sozioökonomischer Benachteiligung in der Kindheit verbundenen Nachteile am Arbeitsmarkt wählten wir einen Ansatz, der sich weitgehend an Blanden, Hansen und Machin (2008[13]; 2010)[14] orientiert. Zur Ermittlung etwaiger beschäftigungsbezogener Nachteile berechnen wir den Gesamtwert der beschäftigungsbezogenen Einbußen, indem wir die geschätzte auf Benachteiligung in der Kindheit zurückzuführende Reduktion des Beschäftigungspotenzials (in Prozentpunkten) mit den 20 Prozent der Bevölkerung (im Alter zwischen 25 und 59) multiplizieren, von denen wir annehmen, dass sie relativ benachteiligt aufwuchsen. Anschließend rechnen wir dieses verlorene Beschäftigungspotenzial in Geldwert um, und zwar basierend auf der Annahme, dass sich das Einkommen dieser Personen, wären sie erwerbstätig gewesen, im 25. Perzentil ihrer länder- und geschlechtsspezifischen Einkommensverteilung befunden hätte. Zur Ermittlung etwaiger Verdiensteinbußen berechnen wir den Wert des entgangenen Verdienstes pro Arbeitnehmer:in, indem wir die mit Benachteiligung in der Kindheit verbundene Verdiensteinbuße mit dem (länder- und geschlechtsspezifischen) mittleren Jahresverdienst von Arbeitnehmer:innen im mittleren (dritten) Quintil der ICSES multiplizieren. Anschließend aggregieren wir diese geldwerten Verdiensteinbußen für alle in ihrer Kindheit benachteiligten Arbeitnehmer:innen.

Zur Ermittlung der auf Benachteiligung in der Kindheit zurückzuführenden gesundheitsbezogenen Einbußen verfolgen wir einen Ansatz, der weitgehend jenem von Holzer et al. (Holzer et al., 2008)[47] entspricht. Wir nützen die Tatsache, dass unser Parameter zur Beurteilung des Gesundheitszustands und Aktivitätseinschränkungen (HALex) einem qualitätsbereinigten Lebensjahr entspricht und ermitteln den Geldwert der mit Benachteiligung in der Kindheit verbundenen gesundheitsbezogenen Einbußen, indem wir die geschätzten gesundheitsbezogenen Einbußen der gesamten Population, die Benachteiligung in der Kindheit erfuhr, addieren um so einen Schätzwert für die Gesamtanzahl der qualitätsbereinigten „verlorenen" Lebensjahre zu erhalten. Anschließend

weisen wir jedem dieser qualitätsbereinigten Lebensjahre einen länderspezifischen Geldwert zu, der auf dem von Holzer et al. geschätzten Betrag von 200.000 USD (2006) für den annualisierten Wert eines statistischen Lebensjahres beruht.

Quelle: Clarke et al, (2022)[1] „*The economic costs of childhood socio-economic disadvantage in European OECD countries*", OECD Papers on Well-being and Inequalities, Nr. 9, OECD Publishing, Paris, https://doi.org/10.1787/8c0c66b9-en.

5.4.3 Auswirkung sozioökonomischer Benachteiligung in der Kindheit auf die öffentlichen Finanzen

Obwohl sich Benachteiligung in der Kindheit vor allem auf Individuen auswirkt, kann sie durchaus auch ihren Niederschlag in den Staatsfinanzen finden. Geringere Beschäftigung und geringeres Einkommen bedeuten beispielsweise potenziell geringere Steuereinnahmen für den Staat. Darüber hinaus kann zusätzliche Unterstützung durch die öffentliche Hand erforderlich sein, damit Betroffene ihren Lebensstandard aufrechterhalten können.

Im Zusammenhang damit ermitteln wir in Clarke et al. (2022)[1] auch, welche Auswirkungen Benachteiligung in der Kindheit auf die öffentlichen Finanzen hat, insofern als sie sich auf Beschäftigung und Einkommen im Erwachsenalter auswirkt – und somit auf Staatseinnahmen und Ausgaben für öffentliche Leistungen. Wie in Box 4 dargestellt, erfolgt dies auf Basis des EUROMOD-Mikrosimulationsmodells für Steuern und Leistungen der Gemeinsamen Forschungsstelle der Europäischen Kommission (Joint Research Centre, JRC), (Gemeinsame Forschungsstelle, 2023)[53]. Angesichts des Zusammenhangs zwischen Benachteiligung im Kindesalter und Beschäftigung sowie Einkommen stellen wir wenig überraschend fest, dass Benachteiligung in der Kindheit in vielen europäischen Ländern einen durchaus negatives Potenzial für öffentliche Haushalte birgt.

Beginnend mit den Staatseinnahmen schätzen wir, dass aufgrund der Auswirkungen, die Benachteiligung in der Kindheit auf Beschäftigung und Einkommen hat, dem österreichischen Staat bis zu 4,4 Prozent (rund 3,9 Mrd. EUR) der gesamten potenziellen Einnahmen aus Einkommensteuer und Sozialbeitragszahlungen von Nicht-Pensionist:innen-Haushalten entgehen (siehe Abbildung 18 in Clarke et al. [2022][1]). Dieser Prozentsatz ist zwar niedriger als in einigen anderen großen europäischen Ländern wie Spanien (6,7 Prozent) und Irland (7,0 Prozent), aber höher als im Durchschnitt der erfassten Länder (3,6 Prozent) und deutlich höher als in den diesbezüglichen Spitzenreitern Finnland und den Niederlanden (jeweils 1,5 Prozent).

Entgangene Einnahmen sind jedoch nur die eine Seite; die andere Seite ist, dass sich Benachteiligung in der Kindheit erheblich auf öffentliche Haushalte auswirken kann, wenn nämlich die damit verbundenen Beschäftigungs- und Einkommenseinbußen zu einem erhöhten Bezug von Sozialleistungen seitens der Betroffenen führen. Auf Grundlage der aktuellen (2019) Regelungen schätzen wir den potenziellen Anstieg der Ausgaben für Nicht-Pensionsleistungen, die an Haushalte mit Mitgliedern im erwerbsfähigen Alter

aufgrund schlechterer Arbeitsmarktergebnisse infolge kindlicher Benachteiligung gehen (siehe Abbildung 19 in Clarke et al. [2022][1]). In diesem Bereich fallen die Kosten für den österreichischen Staat geringer aus als die entgangenen Steuereinnahmen: Wir stellen fest, dass in Österreich die als Folge von Benachteiligung in der Kindheit entstehenden Mehrleistungen nur knapp 1 Prozent der Gesamtausgaben für Nicht-Pensionsleistungen, die an Haushalte mit Mitgliedern im erwerbsfähigen Alter gehen, ausmachen. Dies ist weniger als im Durchschnitt der erfassten europäischen Länder (2 Prozent) und wesentlich weniger als z. B. in Griechenland (5,6 Prozent) und Irland (6,1 Prozent).

Box 7: Ansatz zur Untersuchung der Auswirkungen von Benachteiligung in der Kindheit auf die öffentlichen Finanzen in „*The Economic Costs of Childhood Socio-Economic Disadvantage in European OECD Countries*“

Die Auswirkungen von Benachteiligung in der Kindheit auf die öffentlichen Finanzen wurden mithilfe des Mikrosimulationsmodells EUROMOD der Gemeinsamen Forschungsstelle der Europäischen Kommission (JRC) ermittelt. Ausgehend von den oben dargestellten geschätzten schlechteren Arbeitsmarktergebnissen infolge sozioökonomischer Benachteiligung im Kindesalter vergleichen wir anhand des EUROMOD-Modells die direkten Steuereinnahmen, die aktuell von Haushalten mit Mitgliedern im erwerbsfähigen Alter erzielt werden, sowie die Ausgaben, die für Nicht-Pensionsleistungen für Haushalte mit Mitgliedern im erwerbsfähigen Alter getätigt werden mit jenen in einem kontrafaktischen Szenario (d. h. keine mit Benachteiligung in der Kindheit verbundene Beschäftigungs- und Einkommenseinbußen). In diesem alternativen Szenario werden alle steuer- und leistungsbezogenen Regelungen konstant gehalten, wobei sich nur der Beschäftigungs- und Einkommensstatus (und das daraus resultierende Haushaltseinkommen) derjenigen Personen ändert, die in ihrer Kindheit sozial und wirtschaftlich benachteiligt wurden. Da sich die ermittelten arbeitsmarktbezogenen Einbußen nur auf Erwachsene im erwerbsfähigen Alter zwischen 25 und 59 Jahren konzentrieren, beziehen sich unsere Steuer- und Leistungsschätzungen auch nur auf Haushalte mit mindestens einem Mitglied im Alter von 25 bis 59 Jahren.

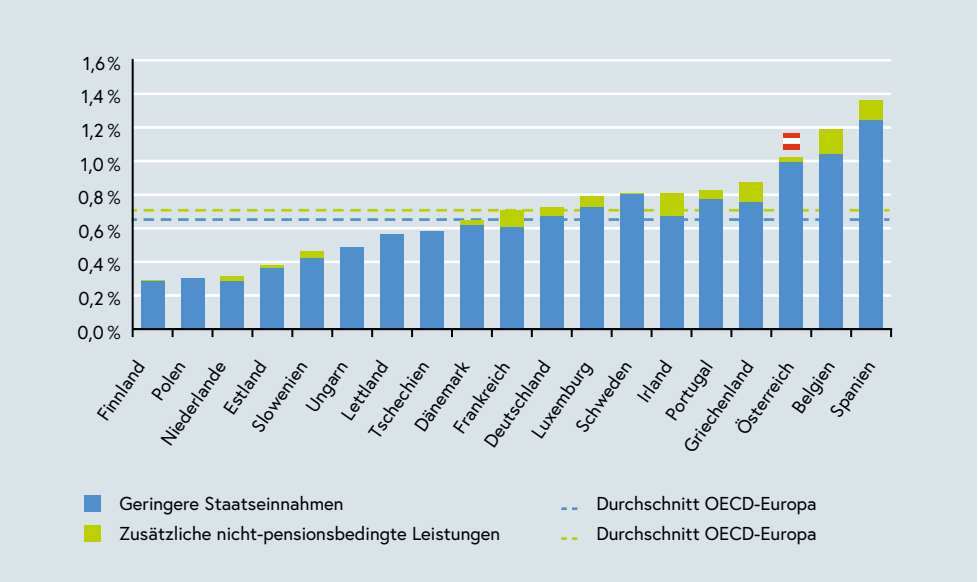
Quelle: Clarke et al, (2022)[1] „*The economic costs of childhood socio-economic disadvantage in European OECD countries*“, OECD Papers on Well-being and Inequalities, Nr. 9, OECD Publishing, Paris, https://doi.org/10.1787/8c0c66b9-en.

Wir rechnen diese prozentualen Nachteile (entgangene Einnahmen und Mehrausgaben) in BIP-Äquivalente um (Abbildung 17) und schätzen, dass sich die gesamten beschäftigungsbedingten Kosten, die der öffentlichen Hand in Österreich durch Benachteiligung in der Kindheit entstehen, auf knapp über 1,0 Prozent des BIP (2019) belaufen.

Der überwiegende Teil der Kosten (0,99 Prozent des BIP) ist auf entgangene Einnahmen zurückzuführen. Diese Kosten liegen deutlich über dem Durchschnitt der erfassten Länder (0,6 Prozent des BIP) und sind höher als in allen erfassten Ländern mit Ausnahme von Belgien (1,2 Prozent des BIP) und Spanien (1,4 Prozent des BIP). Dieses Ergebnis ist auf die hohe Besteuerung von Einkommen in Österreich zurückzuführen, da ein geringerer relativer Verlust an Steuereinnahmen mit einem im Verhältnis zum BIP vergleichsweise höheren Betrag korreliert.

Abbildung 17: In Österreich belaufen sich die gesamten auf Benachteiligung in der Kindheit zurückzuführenden Kosten für den Staatshaushalt auf umgerechnet etwas mehr als 1 Prozent des BIP.

Geschätzter Geldwert der entgangenen Staatseinnahmen und der gestiegenen Ausgaben für nicht-pensionsbedingte Sozialleistungen, die auf sozioökonomische Benachteiligung in der Kindheit und die entsprechenden beschäftigungs- und verdienstbezogenen Auswirkungen im Erwachsenenalter zurückzuführen sind (in % des BIP), keine Pensionist:innen-Haushalte, 2019



Anmerkung: Zu den „nicht-pensionsbedingten Leistungen" gehören Arbeitslosengeld, Familien- und Ausbildungsgeld, Sozialhilfe und Wohnbeihilfe, Leistungen bei Krankheit und Invalidität gemäß der Definition in (JRC, 2022)[54]. „Nicht-Pensionist:innen-Haushalte" bezieht sich auf Haushalte mit mindestens einem Mitglied im Alter von 25–59 Jahren. Für Bulgarien, Kroatien, Italien, Litauen, Luxemburg, Norwegen, Rumänien, die Slowakei und die Schweiz liegen keine Schätzungen vor. „Durchschnitt OECD Europa" bezieht sich auf den ungewichteten Durchschnitt der 19 europäischen OECD-Länder, für die Daten vorliegen. Für weitere Einzelheiten siehe Clarke et al. (2022)[1].

Quelle: Clarke et al. (2022)[1] auf der Grundlage der Erhebung der Europäischen Union über Einkommen und Lebensbedingungen (EU-SILC) 2019 und statischer EUROMOD-Mikrosimulationen

5.5 Wichtigste politische Herausforderungen

Die oben zusammengefassten Kostenschätzungen unterstreichen, wie wichtig es ist, in Österreich – wie auch in anderen OECD-Ländern – gegen sozioökonomische Benachteiligung in der Kindheit vorzugehen. Allen Kindern einen gleichberechtigten Start ins Leben zu ermöglichen ist nicht nur moralische Pflicht, sondern durchaus auch wirtschaftlich indiziert. Die potenziellen Vorteile, die durch eine Reduktion der aktuellen Einbußen in puncto Wirtschaftsleistung und Gesundheit – in Österreich umgerechnet immerhin 3,6 Prozent des BIP – generiert werden könnten, sind beträchtlich. Dabei sind die sozialen und wirtschaftlichen Kosten, etwa durch Kindesmisshandlung und erhöhtes Risiko von Kriminalität und Obdachlosigkeit im Laufe des Lebens, in diesen Berechnungen noch nicht einmal berücksichtigt.

Insgesamt unterstreichen die Erkenntnisse dieser Studie, wie wichtig es ist, die politischen Bemühungen im Kampf gegen sozioökonomische Benachteiligung von Kindern in Österreich wie auch in anderen entwickelten Ländern zu verstärken. Es gilt, auf politischer Ebene gegen Benachteiligung in der Kindheit vorzugehen, um durch entsprechende Maßnahmen sowohl die Wahrscheinlichkeit von Benachteiligung zu verhindern als auch die Folgen, die sie auf das ganze Leben der Betroffenen hat, abzumildern (OECD, 2018;[55] OECD, 2019)[56]. Entscheidend ist, Familien dabei zu unterstützen, die Grundbedürfnisse ihrer Kinder von Geburt an erfüllen zu können. Dazu gehört, Familien beim Zugang zu angemessenem Wohnraum und beim Erlangen finanzieller Sicherheit zu unterstützen sowie Kindern Zugang zu grundlegender Kinderbetreuung und Gesundheitsdiensten zu verschaffen, wie es in der Europäischen Garantie für Kinder empfohlen wird (Europäischer Rat, 2021)[15].

Im Kampf gegen sozioökonomische Benachteiligung in der Kindheit ist Österreich in vielerlei Hinsicht auf dem richtigen Weg. Wie in Abschnitt 5.2 dargelegt, verzeichnet Österreich in den letzten Jahren sinkende Quoten bei Betroffenheit von materieller Deprivation bei Kindern. Bei der Sicherung des Zugangs von Kindern zur Erfüllung grundlegender materieller Bedürfnisse wie Nahrung und Kleidung schneidet Österreich sogar besonders gut ab. Auch ist der Anteil der Kinder, die bei Eltern mit niedrigem Bildungsniveau aufwachsen, in Österreich vergleichsweise niedrig und in den letzten Jahren weiter gesunken. Insgesamt war im Jahr 2021 der Anteil der Kinder, die von einem der drei Hauptkriterien aktueller sozioökonomischer Benachteiligung von Kindern betroffen waren – d. h. relative Einkommensarmut, kinderspezifische materielle Deprivation und Eltern mit niedrigem Bildungsniveau –, in Österreich (18 Prozent) niedriger als im Durchschnitt der europäischen OECD-Ländern (23 Prozent). Gleichzeitig war dieser Prozentsatz immer noch mehr als doppelt so hoch wie in Finnland (7,4 Prozent) und Slowenien (8,8 Prozent).

Österreich kann mehr tun, um gegen sozioökonomische Benachteiligung von Kindern vorzugehen. Erstens ist der Gesamtanteil der Kinder, die in Österreich von schwerer Wohndeprivation betroffen sind (5,0 Prozent), immer noch relativ hoch. Obwohl dieser Prozentsatz zwar etwas unter dem Durchschnitt der europäischen OECD-Länder

(5,4 Prozent) liegt, ist er in den letzten Jahren nur leicht gesunken. Und dies, obwohl die Kosten, die österreichische Haushalte für Wohnen zu tragen haben, im Vergleich zu anderen OECD-Ländern meist relativ niedrig sind (OECD, 2022)[57] und Wohnraum im Allgemeinen – trotz gestiegener Immobilienpreise – nach wie vor leistbar ist (OECD, 2022)[58]. Österreich ist nach wie vor führend bei der Bereitstellung von sozialem Wohnraum – ein zentraler Bestandteil des Politikmixes zur Sicherstellung von qualitativ hochwertigem, leistbarem Wohnraum (OECD, 2020)[59]. Vor dem Hintergrund der Europäischen Garantie für Kinder könnten weitere vertiefende Arbeiten erforderlich sein, um herauszufinden, wo und wie sich Österreich verbessern kann, um allen Kindern, einschließlich den am stärksten benachteiligten, noch besseren Zugang zu qualitativ hochwertigem Wohnraum zu ermöglichen.

Darüber hinaus ist, wie in Abschnitt 5.2 erläutert, die Einkommensarmutsquote (weniger als 50 Prozent des Medians) bei Kindern unter 15 Jahren in Österreich in den letzten Jahren gestiegen – von 9 Prozent im Jahr 2011 auf 13 Prozent im Jahr 2019 – und liegt nun über dem OECD-Durchschnitt (12 Prozent). Rund 8 Prozent der Kinder in dieser Altersgruppe gelten zudem nach der Eurostat-Definition als materiell depriviert, d. h. ein Kind wird als von „kinderspezifischer materieller Deprivation" betroffen eingestuft, wenn es unter einem unfreiwilligen Mangel an mindestens drei von 17 Gütern leidet, dazu gehören Güter in Bezug auf Nahrung und Ernährung, Kleidung und Schuhwerk, soziale Aktivitäten, Freizeitaktivitäten und Güter auf Haushaltsebene, wie Internetanschluss zu Hause oder Zugang zu einem Auto für den privaten Gebrauch. Fast jeder fünfte junge Mensch unter 18 Jahren ist von Einkommensarmut betroffen, wenn als Armutsgefährdungsschwelle der höhere Grenzwert von 60 Prozent des medianen Äquivalenzeinkommens angesetzt wird. Angesichts dieser Zahlen sollte eine Trendumkehr politische Priorität haben.

Frühere Arbeiten der OECD (Thévenon et al., 2018)[23] haben gezeigt, dass eine der wirksamsten und nachhaltigsten Maßnahmen im Kampf gegen Kinderarmut die Förderung von qualitativ hochwertigeren und besser bezahlten Beschäftigungsmöglichkeiten für die Eltern, insbesondere Mütter, ist. In Österreich sind relativ wenige Mütter mit kleinen Kindern erwerbstätig bzw. beruflich aktiv, fast ein Drittel ist karenziert und ein weiteres Drittel ist nicht erwerbstätig (OECD, 2020)[60]. Wenn sie auf den Arbeitsmarkt zurückkehren, arbeitet die Mehrheit dieser Mütter nur Teilzeit (OECD, 2020)[60]. Maßnahmen zur Förderung besser bezahlter Vollzeitbeschäftigung der Eltern, insbesondere der Mütter, könnten dazu beitragen, der Hauptursache für Kinderarmut – geringes Familieneinkommen – den Kampf anzusagen. Mögliche politische Maßnahmen wären hier die weitere Förderung des Angebots an hochwertiger frühkindlicher Betreuung, Bildung und Erziehung, um so die Teilnahme der Eltern am Arbeitsmarkt zu unterstützen, sich erneut der Themen Kinderbetreuungsgeld und längere Elternkarenz anzunehmen und eine ausgewogenere, partnerschaftliche Aufteilung der Betreuungsaufgaben zwischen den Eltern zu fördern. Darüber hinaus sollten gewisse Elemente des Steuersystems (z. B. Alleinverdiener:innenabsetzbetrag), die nur schwache finanzielle Anreize für Zweitverdie-

nende schaffen, Vollzeit zu arbeiten, überarbeitet werden (Förster und Königs, 2020;[40] OECD, 2019[61]; OECD, 2022)[58].

Das österreichische Steuer- und Transfersystem ist zwar im Allgemeinen gut strukturiert, es könnte aber dennoch besser zur Verringerung von Kinderarmut beitragen. In früheren Arbeiten der OECD wurde gezeigt, dass das österreichische Sozialleistungssystem im Allgemeinen gut vor Einkommensverlusten durch Arbeitslosigkeit schützt und die Sozialhilfe / Mindestsicherung großzügiger als im OECD-Durchschnitt (Förster und Königs, 2020)[40] ist. Die jüngsten Maßnahmen zur Verringerung der Steuerlast für Arbeitnehmer:innen mit niedrigen Einkommen sind ebenfalls zu begrüßen, auch wenn sie möglicherweise nicht denjenigen mit den niedrigsten Einkommen zugutekommen, da diese häufig arbeitslos sind oder aufgrund ihres geringen Einkommens ohnehin bereits einkommensteuerbefreit waren. Die jüngsten Reformen der Transferleistungssysteme zielten auch speziell auf Familien mit Kindern ab, um im Hinblick auf den Lebensstandard die Kluft zwischen Familien mit Kindern und ohne Kinder zu verringern (d. h. die Kosten für Kindererziehung auszugleichen) und Familien mit niedrigen Einkommen zu unterstützen. Allerdings sind die Geldtransferleistungen für Familien mit hohen und mittleren Einkommen höher als für Familien mit niedrigen Einkommen (Box 8). Das ließe darauf schließen, dass das Transferleistungssystem entsprechend angepasst werden sollte, um Kinder und ihre Familien wirksamer vor Einkommensarmut zu schützen.

Darüber hinaus zeigt eine Analyse des Anteils der geschätzten auf Kinder entfallenden Kosten am Lebensstandard der Haushalte, die durch die öffentliche Hand über Transferzahlungen an Familien ausgeglichen werden, dass diese – bei einer Familie mit zwei Elternteilen – etwa zwei Drittel der durchschnittlichen für ein Kind anfallenden Kosten abdecken. Bei Alleinerzieher:innen-Haushalten decken sie jedoch nur 36 Prozent dieser Kosten ab (BMSGPK, 2021)[19]. Daher könnten die Transferleistungen zur Deckung der auf Kinder entfallenden Kosten für Alleinerzieher:innen-Familien erhöht werden. Das könnte auch dazu beitragen, deren viel höheres Einkommensarmutsrisiko zu verringern. Dies auch vor dem Hintergrund, dass im Jahr 2020 etwa 37 Prozent der Alleinerzieher:innen-Haushalte als einkommensarm galten, verglichen mit 9 Prozent der Familien mit zwei Elternteilen (OECD, 2023)[62].

Box 8: Öffentliche Transferleistungen für Familien mit Kindern in Österreich

In Österreich gibt es auf Bundesebene eine allgemeine Familienbeihilfe, die beitragsunabhängig, nicht bedarfsorientiert und nicht steuerpflichtig ist und deren Höhe mit dem Alter der Kinder variiert. Der Gesamtbetrag der Familienbeihilfe erhöht sich mit jedem Kind. Darüber hinaus wird dieser Betrag über den Mehrkindzuschlag weiter aufgestockt. Dieser wird für das dritte und jedes weitere Kind ausbezahlt, wenn das zu versteuernde Haushaltseinkommen unter der Jahresgrenze von 55.000 EUR liegt. Außerdem gibt es mit dem Schulstartgeld einen Zuschlag für Familien mit schulpflichtigen Kindern, eine einmalige Leistung für Kinder zwischen 6 und 15 Jahren. Diese Leistungen erfolgen als Ergänzung zum Kinderbetreuungsgeld, das unabhängig davon, ob Familien Kinderbetreuung in Anspruch nehmen oder nicht, ausbezahlt wird.

Darüber hinaus gibt es einen Kinderabsetzbetrag, der in Form einer Steuergutschrift zusammen mit der Familienbeihilfe ausbezahlt wird und erstattungsfähig ist, d. h. nicht mit der Einkommensteuerveranlagung zusammenhängt (auch Familien, die keine Steuern zahlen, erhalten ihn als Negativsteuer).

Im Jänner 2019 wurde ein neuer Familienabsetzbetrag, der Familienbonus Plus, eingeführt. Dieser Absetzbetrag für Familien reduziert die Einkommensteuer real um bis zu 1.500 EUR pro Jahr und Kind unter 18 Jahren und um bis zu 500 EUR pro Jahr und Kind bis zum Alter von 24 Jahren, wenn die Familie auch Familienbeihilfe für dieses Kind erhält. Die Gutschrift ist jedoch nicht erstattungsfähig, was bedeutet, dass nicht steuerpflichtige Familien sie nicht als Negativsteuer erhalten. Aus diesem Grund gibt es mit dem Kindermehrbetrag eine zusätzliche Gutschrift für niedrige Einkommen, die gewährt wird, wenn die Einkommensteuer weniger als 550 EUR pro Jahr beträgt. Alleinverdienende, Alleinerziehende und in Partnerschaft lebende Erwerbstätige mit Kindern und niedrigen Einkommen können einen Kindermehrbetrag in der Höhe von maximal 550 EUR pro Kind und Jahr beantragen.

Im Zuge einer Evaluierung der Geldtransferleistungen für Familien (ohne Kinderbetreuungsgeld) im Jahr 2021 wurde geschätzt, dass Familien mit Kindern im Durchschnitt 328 EUR pro Kind erhalten, davon 210 EUR in Form von Familienbeihilfe und 118 EUR in Form von Steuervergünstigungen für Familien (Fink und Rocha-Akis, 2021)[20]. Alleinerzieher:innenhaushalte erhalten im Durchschnitt etwas geringere Transferleistungen (321 EUR) als Familien mit zwei Elternteilen. Die direkten Leistungen – hier verstanden als die Summe aus Familienbeihilfe (einschließlich Kinderabsetzbetrag und Schulstartgeld) und Mehrkindzuschlag – sind für Alleinerzieher:innen-Familien höher (217 EUR im Vergleich zu 209 EUR), während die Steuerentlastung für Zwei-Eltern-Haus-

halte höher ist (119 EUR im Vergleich zu 104 EUR). Aufgrund der geringeren Einkommen in Alleinerziehendenhaushalten, machen der Familienbonus und der Kindermehrbetrag für Alleinerziehende nur zwei Drittel des Betrags aus, den Zwei-Eltern-Haushalte pro Kind erhalten können.

Die familienbezogenen Transferleistungen, die Haushalte im untersten Fünftel der Einkommensverteilung erhalten, liegen unter dem Durchschnitt – und unter jenen des zweiten Fünftels –, während jene der Haushalte im obersten Fünftel der Einkommensverteilung über dem Durchschnitt liegen (298 EUR im Vergleich zu 345 EUR pro Monat). Grund für diesen Unterschied ist, dass das unterste Einkommensfünftel einen deutlich geringeren Familienbonus erhält, da diese Steuergutschrift bei geringeren Einkommen nicht voll ausgeschöpft werden kann und zudem nicht erstattungsfähig ist (d. h. es gibt keine Gutschrift für nicht steuerpflichtige Haushalte). Damit erhält einerseits die Gruppe mit den niedrigsten Einkommen einen Familienbonus von 49 EUR pro Kind und Monat, die Gruppe mit den höchsten Einkommen mehr als doppelt so viel (114 EUR pro Kind und Monat). Andererseits ist die Familienbeihilfe im obersten Fünftel höher, was darauf zurückzuführen ist, dass in diesen Haushalten eher ältere Kinder leben. In den dazwischenliegenden Einkommensgruppen sind sowohl die direkten als auch die indirekten Familienleistungen pro Kind ungefähr gleich hoch.

Diese Transferleistungen können mit den Auswirkungen, die Kinder auf den Lebensstandard von Familien haben, den Bauer et al. (2021)[18] erhoben, verglichen werden. Der Kinderkostenanalyse zufolge belaufen sich die durchschnittlichen Kosten für ein Kind in einem Zwei-Erwachsen-Haushalt auf 494 EUR. Dies wird durch öffentliche Familientransferleistungen in Höhe von 328 EUR ausgeglichen, was 66 Prozent der geschätzten kindbezogenen Kosten entspricht.

Die kindbezogenen Kosten in einem Alleinerzieher:innenhaushalt sind in der Regel höher als in einem Haushalt mit zwei Erwachsenen. Das liegt vor allem daran, dass die Fixkosten, etwa für Wohnen oder Energie, in kleineren Haushalten auf weniger Personen aufgeteilt werden. Dadurch steigen die Kosten pro Person und damit auch die kindbezogenen Kosten (Bauer et al., 2021)[18]. Die geschätzten durchschnittlichen Kosten pro Kind belaufen sich für einen Alleinerzieher:innenhaushalt auf rund 900 EUR und sind damit um 406 EUR höher als für einen Haushalt mit zwei Erwachsenen. Während die kindbezogenen Kosten für Alleinerziehende fast doppelt so hoch sind, sind die öffentlichen Familientransferleistungen mit 321 EUR etwas niedriger. Darüber hinaus erhalten Alleinerziehende im Durchschnitt insgesamt 579 EUR an Familien-

transferleistungen, was die durchschnittlichen kindbezogenen Kosten nur zu 36 Prozent abdeckt.

Quelle: OECD (2022) Tax and Benefit Country Description for Austria; Bauer et al. (2021); Fink und Rocha-Akis (2021).

Um wirtschaftliche und materielle Benachteiligung von Kindern vollständig bekämpfen zu können, reicht das alleinige Vorgehen gegen Betroffenheit von Einkommensarmut bei Kindern möglicherweise nicht aus. Wie in Abschnitt 5.2 angeführt, gibt es in Österreich – wie auch in anderen europäischen Ländern – zwar erhebliche, aber nicht vollständige Überschneidungen zwischen Betroffenheit von Einkommensarmut bei Kindern und materieller Deprivation von Kindern. Tatsächlich leiden etwa 4 Prozent der Kinder in Österreich unter materieller Deprivation, obwohl sie nicht als einkommensarm eingestuft werden. Sowohl die Tatsache, dass es überhaupt eine derartige Gruppe von Kindern gibt, wie auch die Größe dieser Gruppe lassen darauf schließen, dass fehlendes Einkommen möglicherweise nicht der einzige oder vorrangige Grund dafür ist, dass Familien angeben, den Bedarf ihrer Kinder nicht befriedigen zu können. Ein weiteres Vorgehen gegen materielle Deprivation von Kindern muss daher sowohl die finanziellen als auch die nicht-finanziellen Einschränkungen und Hürden miteinbeziehen, die dafür verantwortlich sein könnten, dass eine nicht zu vernachlässigende Gruppe von Kindern materiell benachteiligt ist, obwohl sie in nicht in einer einkommensarmen Familie lebt. Unabhängig vom Einkommensstatus der Familie gibt es eine Reihe nicht-finanzieller Gründe für Benachteiligung: fehlende Unterstützung in Form von Sachleistungen oder mangelndes Wissen über verfügbare Dienste und materielle Unterstützung, mangelndes Vertrauen in die Qualität der angebotenen Unterstützung oder Leistungen oder schwer zugängliche Leistungen, z. B. weil die Entfernung zwischen dem Wohnort und der angebotenen Leistung zu groß ist. Bestimmte Minderheiten oder benachteiligte Gruppen kann die Angst vor Stigmatisierung davon abhalten, Unterstützung oder Leistungen in Anspruch zu nehmen. Es ist auch möglich, dass sprachliche, rechtliche oder kulturelle Normen ein Hindernis für Familien mit Migrationshintergrund darstellen und es ihnen daher nicht möglich ist, Leistungen in Anspruch zu nehmen, beispielsweise Kinderbetreuung (Pavolini und Van Lancker, 2018;[63] Van Lancker und Pavolini, 2023)[64].

Was den Zugang zu frühkindlicher Betreuung, Bildung und Erziehung (FBBE) betrifft, so gelingt es Österreich vergleichsweise gut zu gewährleisten, dass alle sozioökonomischen Gruppen gleichberechtigten Zugang zu FBBE haben. Allerdings ist mit einer Teilnahmequote von knapp 29 Prozent der Prozentsatz der Kinder unter drei Jahren, die für Kinderbetreuungseinrichtungen eingeschrieben sind bzw. diese besuchen, vergleichsweise niedrig. Deshalb liegt noch ein weiter Weg vor Österreich, wenn es das Barcelona-Ziel für „fortschrittliche Länder“ erreichen möchte, d. h. 45 Prozent der Kinder unter drei Jahren nehmen an FBBE in formalen Kinderbetreuungseinrichtungen teil. Qualitativ hochwertige Kinderbetreuungsleistungen kommen insbesondere der

kognitiven und gesundheitlichen Entwicklung benachteiligter Kinder zugute und sind somit ein wichtiger Hebel, um sicherzustellen, dass alle Kinder gleichberechtigt sind und von der gleichen Ausgangsbasis in die Schule starten (Duncan et al., 2022)[65]. Die weitere Förderung des Zugangs zu und der Nutzung von FBBE in Österreich ist angesichts der Vorteile, die sie sowohl für benachteiligte Kinder als auch für Eltern im Hinblick auf Erwerbstätigkeit bringen kann, von entscheidender Bedeutung.

Der Zugang benachteiligter Kinder zu FBBE wird in Österreich mit dem Ziel der Verbesserung der sprachlichen, kognitiven und sozialen Fähigkeiten gefördert (OECD, 2023)[41]. Kostenloser Zugang zu Kinderbetreuung für alle Kinder im Alter von fünf Jahren wurde von der Bundesregierung im September 2010 eingeführt. Die untertägige Betreuung wird nun in ganz Österreich für mindestens vier Stunden pro Tag für fünf Jahre alte Kinder kostenlos bereitgestellt. Was jedoch frühkindliche Betreuung betrifft, so stellt sich die Situation in Österreich doch sehr heterogen dar, da Kinderbetreuungspolitik Ländersache ist und entsprechende Maßnahmen stark von den jeweiligen Bundesländern und Gemeinden abhängen. So gibt es beispielsweise in Wien und im Burgenland ganztägig kostenlose Kinderbetreuung für Kinder von 0 bis 6 Jahren, während Halbtagsbetreuung in Nieder- und Oberösterreich für Kinder im Alter von 2,5 bis 6 Jahren und in Tirol für Kinder von 4 bis 6 Jahren angeboten wird (OECD, 2023)[41]. In nicht-öffentlichen Kinderbetreuungseinrichtungen richten sich die Gebühren vor allem nach dem Familiennettoeinkommen (das sich aus dem Einkommen der Partner:innen, der Familienbeihilfe usw. zusammensetzt), der Anzahl der Betreuungspersonen pro Kind und der Anzahl etwaiger Geschwister. Die Kosten variieren stark, da sie von den jeweiligen privaten Kinderbetreuungseinrichtungen und Gemeinden festgelegt werden. Um die Kosten für die Eltern zu senken, wird Kinderbetreuung von Ländern und Gemeinden subventioniert, was allerdings zu großen Unterschieden innerhalb Österreichs führt.

Mit Blick auf spezifische Handlungsfelder für FBBE hat die OECD, aufbauend auf ihren Arbeiten, bereits in der Vergangenheit darauf hingewiesen, dass Österreich sein Problem der Angebotsengpässe und unflexiblen Öffnungszeiten lösen muss (Förster und Königs, 2020)[40]. In diesem Zusammenhang sind die jüngsten Vereinbarungen zu FBBE zwischen Bund und Ländern, die u. a. eine Ausweitung der Öffnungszeiten und des Angebots für Kinder unter drei Jahren vorsehen (BMBWF, 2023)[66], ein begrüßenswerter Schritt. Die Beseitigung regionaler Unterschiede bei den Kosten und der Verfügbarkeit von Betreuungsangeboten für Kinder unter drei Jahren sowie die Behebung des Fachkräftemangels bleiben hier wichtige Handlungsfelder.

Die öffentlichen Ausgaben der Länder und Gemeinden für Kinderbetreuungseinrichtungen sind seit Mitte der 2000er-Jahre zwar deutlich gestiegen, es gibt aber nach wie vor große regionale Unterschiede (Statistik Austria, 2022)[67], die auf vielfältige Gründe zurückzuführen sind. Sie hängen unter anderem davon ab, ob die Kinderbetreuung privat oder öffentlich erfolgt sowie von der Anzahl der angebotenen Stunden, der Qualifikation des Personals, den Gruppengrößen und der Ausstattung. Hinzu kommt, dass nicht alle Länder und Gemeinden dem Ausbau der Kinderbetreuung die gleiche Priorität beimessen und nicht über die gleichen finanziellen Möglichkeiten verfügen, in

diesen Ausbau zu investieren. Blum (2015)[68] zeigt beispielsweise auf, dass die jeweiligen politischen Mehrheiten in den Bundesländern Einfluss darauf haben, ob dieser Ausbau vorrangig behandelt wird oder nicht, und dass nicht alle mit diesem Ausbau befassten Mitarbeiter:innen umfassend mit den nationalen Zielen und den Barcelona-Zielen vertraut sind (oder diese unterstützen).

Die Kosten für den Ausbau neuer Kinderbetreuungseinrichtungen, die von Ländern und Gemeinden getragen werden, können ein Hindernis für den Ausbau formeller Kinderbetreuung in weniger fortschrittlichen Regionen darstellen, wenn diese z. B. unter finanziellem Druck stehen und ein Interesse daran haben könnten, dass Eltern eher das aus dem Bundeshaushalt finanzierte Kinderbetreuungsgeld in Anspruch nehmen. Der Beitrag des Bundes zur Finanzierung der frühkindlichen Bildungs- und Betreuungsangebote über zweckgebundene Zuschüsse ist ein wichtiges Instrument zur Förderung dieses Ausbaus und zum Abbau regionaler Ungleichheiten (Box 7). Damit dieser Mechanismus einen wichtigeren Beitrag zur Förderung des Ausbaus und zur Verringerung regionaler Ungleichheiten leisten kann, könnten zum Beispiel Regionen mit geringerer finanzieller Kapazität höhere Mittel pro Kinderbetreuungsplatz gewährt werden. In Frankreich gibt es beispielweise einen regionalspezifischen Zuschuss („territorialer Bonus") für jeden einzelnen Betreuungsplatz, der in weniger wohlhabenden Regionen geschaffen wird (HCFEA, 2023)[69]. Ermittelt wird dieser Bonus auf Basis des relativen Wohlstands der Regionen und etwaiger Kommunalsteuern, die für die Schaffung dieser Betreuungsreinrichtungen aufgebracht werden können (wenn die Höhe der Gelder aus der Kommunalsteuer unter dem Durchschnitt der übrigen Regionen liegt). Dieser Bonus – der zusätzlich zu den entsprechenden Zuschüssen, die an alle Regionen gehen, ausbezahlt wird – ist umso höher, je geringer das finanzielle Potenzial und das Pro-Kopf-Vermögen in den Regionen ist.

Generell gibt es für Österreich noch Spielraum für eine weitere Erhöhung der öffentlichen Investitionen in die Kinderbetreuung. Für Regierungen sind hohe Ausgaben für qualitativ hochwertige FBBE unvermeidbar, und Ländern stehen nur sehr wenige Alternativen offen, wenn es darum geht, allen Eltern unabhängig von ihren Lebensumständen qualitativ hochwertige und erschwingliche FBBE anzubieten. Trotz der jüngsten Erhöhungen betragen die öffentlichen Ausgaben für FBBE in Österreich (0,5 Prozent des BIP) immer noch weniger als die Hälfte dessen, was führende OECD-Länder wie Dänemark (1,3 Prozent), Frankreich (1,3 Prozent) und Schweden (1,6 Prozent) dafür ausgeben (OECD, 2021)[38]. Schätzungen zufolge hat Österreich im Jahr 2019 durchschnittlich 5.400 USD KKP (Kaufkraftparitäten) pro Kind unter fünf Jahren für Bildungs- und Betreuungsleistungen ausgegeben, während der OECD-Durchschnitt bei 5.800 USD KKP liegt und diese Ausgaben beispielsweise in Frankreich 9.200 USD KKP, in Schweden 12.100 USD KKP und in Dänemark 11.600 USD KKP betrugen (OECD, 2023)[70].

Box 9: Finanzierung frühkindlicher Betreuung, Bildung und Erziehung in Österreich

Ziel der Finanzierung frühkindlicher Betreuungs-, Bildungs- und Erziehungsangebote durch die öffentliche Hand ist es, einerseits Kindern unabhängig von ihrem sozioökonomischen Hintergrund frühe Sprachförderung und Vorbereitung auf die Volksschule zu ermöglichen und es andererseits Eltern einfacher zu machen, Beruf und Familie zu vereinbaren. Erreicht werden soll Letzteres durch die Bereitstellung und den bedarfsgerechten Ausbau ganzjähriger Ganztagsbetreuung bis zur Erreichung des Schulalters. Kostenlose Halbtagskindergartenbetreuung (20 Wochenstunden pro Platz) für Kinder im Alter von fünf Jahren wurde 2019 eingeführt.

Gesetzgebung und Durchsetzung von Rechtsvorschriften im Bereich FBBE (Kinderkrippen, Betreuungseinrichtungen für Kleinst- und Kleinkinder, Kindergärten, Horte und altersgemischte Betreuungseinrichtungen) fallen in die Zuständigkeit der neun Bundesländer. Die Anzahl, die Öffnungszeiten und die Aufteilung der Finanzierung zwischen öffentlicher Hand und Eltern sind von Bundesland zu Bundesland unterschiedlich. Träger dieser Einrichtungen sind vor allem Gemeinden und private Vereine. Von den insgesamt 9.549 Tagesbetreuungseinrichtungen für Kinder im Schuljahr 2020/21 wurden 57 Prozent von einem öffentlichen und 43 Prozent von einem privaten Träger betrieben (Statistik Austria, 2022)[67]. Während fast drei Viertel (72,5 Prozent) der Kindergärten von öffentlichen Gebietskörperschaften (Bund, Länder, Gemeinden) betrieben werden, wird der Großteil der Kinderkrippen, Kleinkindbetreuungseinrichtungen und altersgemischten Betreuungseinrichtungen von privater Hand betrieben. Der Bund spielt bei der öffentlichen Finanzierung der FBBE eine untergeordnete Rolle. Im Jahr 2019 gab der Bund rund 9,7 Mio. EUR für frühkindliche Bildung aus, das entspricht 0,4 Prozent der gesamten staatlichen Bildungsausgaben im Elementarbereich. Der Großteil der Ausgaben wird zwischen den Bundesländern (einschließlich Wien) und den Gemeinden aufgeteilt.

Die öffentliche Förderung frühkindlicher Bildung und Erziehung ist überwiegend inputorientiert, dazu gehören zum Beispiel Kriterien wie Personal und räumliche Vorgaben, Gruppengrößen, Qualifikation der Mitarbeiter:innen, wobei die Regelungen je nach Betreuungseinrichtung und Bundesland variieren. Darüber hinaus haben Bund und Länder eine zweckgebundene Förderung beschlossen, wobei die Kofinanzierung durch den Bund über Zweckzuschüsse nach dem Finanzausgleichsgesetz erfolgt. Voraussetzung für die Gewährung dieser Zweckzuschüsse ist eine aufrechte Vereinbarung gemäß Art. 15a Bundesverfassungsgesetz zwischen Bund und Ländern über die konkrete Verwendung dieser Zuschüsse und über deren Abrechnung.

Quelle: Eurydice, Finanzierung der frühkindlichen und schulischen Bildung, Österreich 2022

Die Analyse in Abschnitt 5.4 zeigt auf, dass in Österreich unzureichende schulische Leistung einer der wichtigsten Mediatoren für die erheblichen Einbußen bei Erwerbsarbeit und Gesundheit ist, die durch sozioökonomische Benachteiligung im Kindesalter (insbesondere bei Männern) verursacht wird. Kinder mit dem diesbezüglich größten Bedarf leben in Familien, die nicht in der Lage sind, die notwendigen Voraussetzungen für Bildungserfolg in ausreichendem Maß bereitzustellen und die möglicherweise zusätzlichen Bedarf in Bezug auf Kindererziehung und Familienunterstützung haben (Riding et al., 2021;[71] OECD, 2019)[56]. Daher ist es wichtig, dass Kinder und Eltern, die diese benötigen, auch von der ganzen Palette an möglichen Unterstützungsmaßnahmen seitens der Kinder- und Jugendhilfe (z. B. intensive Familienbetreuung, sozialpädagogische Familienhilfe, Elterntraining, individuelle Betreuung) profitieren können. Im Jahr 2021 wurden in Österreich 27 von 1.000 Kindern unter 18 Jahren (41.726 Minderjährige) in ihren Familien durch die Kinder- und Jugendhilfe unterstützt, 8,3 von 1.000 (12.871) wurden im Rahmen der „Vollen Erziehung" betreut (Statistik Austria, 2022)[72]. Es wird insbesondere im Zuge der Umsetzung der Garantie für Kinder wichtig sein, weiter zu untersuchen, ob der unterschiedliche Einsatz dieser Mittel in den Bundesländern auf unterschiedliche Bedürfnisse der Kinder abstellt oder eher Unterschiede in den Möglichkeiten der Länder widerspiegelt, auf diesen Bedarf einzugehen.

Schließlich gilt es auch sicherzustellen, dass Kinder, die in einer sozioökonomisch benachteiligten Familie aufwachsen, gleichberechtigte – und nicht geringere – Chancen auf schulischen Erfolg haben. Denn Bildung ist nicht nur an sich wichtig, sondern schlechter schulischer Erfolg ist im späteren Leben einer der Hauptgründe für Benachteiligung am österreichischen Arbeitsmarkt. Wie in früheren OECD-Publikationen eingehend analysiert (Förster und Königs, 2020[73]; OECD, 2018)[10], gilt es hier eine Mehrfachstrategie zu verfolgen, um sicherzustellen, dass benachteiligte Kinder – im Sinne der Gleichberechtigung – in der Schule und beim Übergang von der Schule ins Berufsleben entsprechend unterstützt werden, unter anderem durch:

- Unterstützung von Schulen in benachteiligten Gebieten, um sicherzustellen, dass sie über die notwendigen materiellen Ressourcen und qualifizierten Lehrkräfte verfügen, damit der Bildungsbedarf von Kindern mit mehrfachen Benachteiligungen und sonderpädagogischem Förderbedarf entsprechend erfüllt werden kann. In diesem Sinne unterstützt die Bundesregierung auch das Pilotprojekt „100 Schulen – 1000 Chancen". Ziel ist, bessere Einblicke in den aktuellen schulischen Umgang mit besonderen Herausforderungen zu gewinnen – insbesondere Einsatz und Nutzung von Ressourcen durch die Schulen und was dies in der Folge für die Schulqualität bedeutet (Universität Wien, 2022)[74]. Die teilnehmenden Schulen erhalten über einen bestimmten Zeitraum hinweg zusätzliche bedarfs-

orientierte Unterstützung. Auf Basis der im Zuge dieses Pilotprogramms gesammelten Erkenntnisse werden dann die effektivsten und wirksamsten Maßnahmen ermittelt. Darüber hinaus können sie auch als Grundlage für weitere Programme und den Einsatz von Finanzmitteln dienen.

- Abgehen von der frühzeitigen generellen Zuweisung von Schüler:innen im Schulsystem mit Beginn der Sekundarschulbildung. Diese erfolgt in Österreich bereits im Alter von 9/10 Jahren, während der OECD-Durchschnitt bei 14 Jahren liegt. Insgesamt gilt diese frühzeitige Zuweisung von Schüler:innen zu unterschiedlichen Bildungswegen, Schultypen oder Schulen auf der Grundlage ihrer Fähigkeiten im Alter von 9/10 Jahren (in der 3. Klasse Volksschule) als der generationenübergreifenden Weitergabe von Vor- bzw. Nachteilen förderlich und wird mit geringerer vertikaler sozialer Mobilität assoziiert (Förster und Königs, 2020[73]; Chetty et al., 2022[75]; Chetty, Hendren und Katz, 2016)[76]. Einer der Gründe dafür ist, dass frühzeitige Zuweisung hinderlich für Kinder aus benachteiligten Verhältnissen ist, da es für sie so schwieriger wird, Kontakte zu Gleichaltrigen aus wohlhabenderen Familien aufzubauen. Dies wirkt sich nicht nur auf ihren Lernerfolg aus, sondern auch auf die Fähigkeit der Kinder, Freundschaften zu schließen und Netzwerke aufzubauen, die Teil ihrer künftigen sozialen Stellung und Verbindungen in der Gesellschaft sein können.

Um Schulabbrüche zu vermeiden und es Kindern und Jugendlichen zu ermöglichen, wieder in die Schule oder Berufsausbildung zurückzukehren, gilt es, ein Frühwarnsystem einzurichten. Ziel sollte sein, herauszufinden, ob und welche Schüler:innen Gefahr laufen, ihre allgemeine bzw. berufliche Bildung vorzeitig abzubrechen und entsprechende Präventivmaßnahmen zu setzen bzw. diese Schüler:innen über gezielte Interventionen zu adressieren. Dazu gehören verstärkte pädagogische Betreuung, niederschwellige Mentoring-Systeme sowie gesundheitsbezogene und soziale Unterstützung für junge Menschen und ihre Familien (OECD, 2022)[77]. Notwendig wäre auch ein verbesserter Zugang zu Einrichtungen und Angeboten für den zweiten Bildungsweg sowie zu alternativen Bildungs- und Ausbildungseinrichtungen. Darüber hinaus müssten Mechanismen zur Anerkennung früher erworbener Kenntnisse und Fähigkeiten geschaffen werden, um Schulabbrecher:innen den Wiedereinstieg in die allgemeine Bildung bzw. berufliche Ausbildung zu erleichtern. Jüngste Erkenntnisse zeigen, dass sich die Betreuung von Jugendlichen und ihre Teilnahme an den angebotenen Kursen zur Erleichterung des „Übergangs“ (z. B. von Arbeitsagenturen organisierte Ausbildungskurse, Kurse im Rahmen der Erwachsenenbildung oder niederschwellige Projekte, die z. B. von Produktionsschulen angeboten werden) positiv auf ihre Integration ins Bildungs- oder Beschäftigungssystem auszuwirken scheint (Pessl und Steiner, 2022)[78].

Literaturverzeichnis

Arpino, B. / Gumà, J. / Julià, A. (2018). „Early-life conditions and health at older ages: The mediating role of educational attainment, family and employment trajectories“, PLOS ONE, Bd. 13/4, https://doi.org/10.1371/JOURNAL.PONE.0195320. [81]

Bauer, M. et al. (2021). Kinderkostenanalyse 2021. Endbericht Methodische Langfassung, Statistik Austria, https://www.statistik.at/fileadmin/pages/339/Kinderkostenanalyse_2021_MethodischeLangfassung.pdf. [18]

Beasley, R. / Semprini, A. / Mitchell, E. (2015). „Risk factors for asthma: Is prevention possible?“, The Lancet, Bd. 386/9998, S. 1075-1085, https://doi.org/10.1016/S0140-6736(15)00156-7. [46]

Blanden, J. / Hansen, K. / Machin, S. (2010). „The Economic Cost of Growing Up Poor: Estimating the GDP Loss Associated with Child Poverty“, Bd. 31/3, S. 289–311. [14]

Blanden, J. / Hansen, K. / Machin, S. (2008). The GDP cost of the lost earning potential of adults who grew up in poverty, Joseph Rowntree Foundation, https://www.jrf.org.uk/report/gdp-cost-lost-earning-potential-adults-who-grew-poverty (Zugriff am 10. Juni 2021). [13]

Blum, S. (2015). „Frühkindliche Bildung oder Betreuung? Lokaler Kinderbetreuungsausbau in Österreich und die Rolle von Ideen“.In: Freise, M. / Paulsen, F. / Walter, A. (Hrsg.), Civil Society and Innovative Public Administration, Nomos. [68]

BMBWF (2023). Vereinbarung gemäß Artikel 15a B-VG, https://www.bmbwf.gv.at/Themen/ep/v_15a.html (abgerufen am 12. Jänner 2023). [66]

BMSGPK (2021). Kinderkosten und monetäre Familienleistungen im Vergleich, Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz (BMSGPK). [19]

Case, A. / Fertig, A. / Paxson, C. (2005). „The lasting impact of childhood health and circumstance“, Journal of health economics, Bd. 24/2, S. 365–389, https://doi.org/10.1016/J.JHEALECO.2004.09.008. [80]

Case, A. / Lubotsky, D. / Paxson, C. (2002). „Economic Status and Health in Childhood: The Origins of the Gradient“, American Economic Review, Bd. 92/5, S. 1308–1334, https://doi.org/10.1257/000282802762024520. [50]

Chetty, R. / Hendren, N. / Katz, L. (2016). The effects of exposure to better neighborhoods on children: New evidence from the moving to opportunity experiment, American Economic Association, https://doi.org/10.1257/aer.20150572. [76]

Chetty, R. et al. (2022). "Social capital II: determinants of economic connectedness", Nature 2022 608:7921, Bd. 608/7921, S. 122–134, https://doi.org/10.1038/s41586-022-04997-3. [75]

Ciani, E. (2022). Current Challenges to Social Mobility and Equality of Opportunity: Policy brief to accompany the launch of the Observatory on Social Mobility and Equal Opportunity, OECD Publishing. [9]

Clair, A. (2019). „Housing: an Under-Explored Influence on Children's Well-Being and Becoming", Child Indicators Research, Bd. 12/2, S. 609–626, https://doi.org/10.1007/S12187-018-9550-7/METRICS. [45]

Clarke, C. et al. (2022). „The economic costs of childhood socio-economic disadvantage in European OECD countries", OECD Papers on Well-being and Inequalities, Nr. 9, OECD Publishing, Paris, https://doi.org/10.1787/8c0c66b9-en (Zugriff am 5. Jänner 2023). [79]

Clarke, C. et al. (2022). „The Economic Costs of Childhood Socio-economic Disadvantage in European OECD Countries", OECD PAPERS ON WELL-BEING AND INEQUALITIES, Nr. 09, OECD, http://www.oecd.org/wise/papersandbriefs (Zugriff am 16. Mai 2023). [1]

Clarke, C. / Thévenon, O. (2022). „Starting unequal : How's life for disadvantaged children?", OECD Papers on Well-being and Inequalities, Nr. 06, OECD Publishing, Paris, https://doi.org/10.1787/a0ec330c-en. [2]

Cooper, K. / Stewart, K. (2021). „Does Household Income Affect children's Outcomes? A Systematic Review of the Evidence", Child Indicators Research, Bd. 14/3, S. 981–1005, https://doi.org/10.1007/S12187-020-09782-0/TABLES/9. [32]

Cooper, K. / Stewart, K. (2013). Does Money Affect Children's Outcomes? A Systematic Review, Joseph Rownthree Foundation, https://www.jrf.org.uk/sites/default/files/jrf/migrated/files/money-children-outcomes-full.pdf (Zugriff am 9. April 2018). [26]

Rat der Europäischen Union (2022). Empfehlung des Rates zu frühkindlicher Betreuung, Bildung und Erziehung: die Barcelona-Ziele für 2030 – European Sources Online, Amtsblatt der Europäischen Union, https://www.europeansources.info/record/proposal-for-a-council-recommendation-on-the-revision-of-the-barcelona-targets-on-early-childhood-education-and-care/ (Zugriff am 18. April 2023). [16]

Currie, J. (2016). „The long-term consequences of children's health and circumstance", Focus, Bd. 3/1, S. 11–16. [5]

Currie, J. et al. (2010). „Child Health and Young Adult Outcomes", The Journal of Human Resources, Bd. 45/3. [3]

Diniz, E. et al. (2021). „Father Involvement During Early Childhood: A Systematic Review of the Literature", Journal of Family Theory & Review, Bd. 13/1, S. 77–99, https://doi.org/10.1111/JFTR.12410. [86]

Drager, J. / Schneider, T. / Washbrook, L (2022). Cross-national differences in socioeconomic achievement inequality in early primary school: The role of parental education and income in six countries. [31]

Duncan, G. (2019). A roadmap to reducing child poverty, National Academies Press, https://doi.org/10.17226/25246. [12]

Duncan, G. et al. (2022). „Investing in Early Childhood Development in Preschool and at Home", NBER Working Paper Series, Nr. 29985, NBER, http://www.nber.org/papers/w29985 (Zugriff am 24. Mai 2022). [34]

Duncan, G. et al. (2022). „Investing in Early Childhood Development in Preschool and at Home", https://doi.org/10.3386/W29985. [65]

Erickson, P. (1998). „Evaluation of a population-based measure of quality of life: the Health and Activity Limitation Index (HALex)", Quality of Life Research, Bd. 7/2, S. 101–114, https://doi.org/10.1023/A:1008897107977. [48]

Europäische Kommission (2022). Portfolio of EU social indicators for the monitoring of progress towards the EU objectives for social protection and social inclusion – Amt für Veröffentlichungen der EU, Europäische Kommission – Generaldirektion Beschäftigung, Soziales und Integration, https://op.europa.eu/en/publication-detail/-/publication/aa7f0d37-6c75-11ed-9887-01aa75ed71a1/language-en (Zugriff am 13. April 2023). [24]

Europäischer Rat (2021). „Empfehlung (EU) 2021/1004 des Rates vom 14. Juni 2021 zur Einführung einer europäischen Garantie für Kinder„, Amtsblatt der Europäischen Union, Bd. L 223, S. 14–23, https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=uriserv%3AOJ.L_.2021.223.01.0014.01.ENG&toc=OJ%3AL%3A2021%3A223%3ATOC (Zugriff am 5. Jänner 2023). [15]

Fink, M. / Rocha-Akis, S. (2021). Monetäre Familienleistungen für unterschiedliche Haushaltskonstellationen 2021, Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz (BMSGPK). [20]

Flores, M. / Kalwij, A. (2014). „The associations between early life circumstances and later life health and employment in Europe", Empirical Economics, Bd. 47/4, S. 1251–1282, https://doi.org/10.1007/S00181-013-0785-3/TABLES/7. [4]

Flores, M. / Wolfe, B. (2020). The Influence of Early Life Health Conditions on Life Course Health, National Bureau of Economic Research, Cambridge, MA, https://doi.org/10.3386/w27174. [51]

Förster, M. / Königs, S. (2020). „Promoting social mobility in Austria", OECD Social, Employment and Migration Working Papers, Nr. 251, OECD Publishing, Paris, https://doi.org/10.1787/1e0efdcc-en (Zugriff am 12. Jänner 2023). [40]

Förster, M. / Königs, S. (2020). „Promoting social mobility in Austria", OECD Social, Employment and Migration Working Papers, Nr. 251, OECD Publishing, Paris, https://doi.org/10.1787/1e0efdcc-en. [73]

Golinkoff, R. et al. (2019). „Language Matters: Denying the Existence of the 30-Million-Word Gap Has Serious Consequences", Child Development, Bd. 90/3, S. 985–992, https://doi.org/10.1111/CDEV.13128. [29]

Guio, A. et al. (2018). „Towards an EU measure of child deprivation", Child Indicators Research, Bd. 11/3, S. 835–860, https://doi.org/10.1007/S12187-017-9491-6/FIGURES/5. [22]

Guio, A. et al. (2018). „Towards an EU measure of child deprivation", Child Indicators Research, Bd. 11/3, S. 835–860, https://doi.org/10.1007/s12187-017-9491-6. [25]

HCFEA (2023). Accueil des enfants de moins de 3 ans: Relancer la dynamique, Haut Conseil à la Famille, l'Enfance et l'Âge. [69]

Holzer, H. et al. (2008). „The economic costs of childhood poverty in the United States", https://doi.org/10.1080/10796120701871280. [47]

Jackson, M. (2015). „Cumulative Inequality in Child Health and Academic Achievement“, Journal of Health and Social Behavior, Bd. 56/2, S. 262–80, https://doi.org/10.1177/0022146515581857. [8]

Jarnig, G. et al. (2022). „Acceleration in BMI gain following COVID-19 restrictions. A longitudinal study with 7- to 10-year-old primary school children“, Pediatric Obesity, Bd. 17/6, S. e12890, https://doi.org/10.1111/IJPO.12890. [44]

Gemeinsame Forschungsstelle (2023). EUROMOD – Tax-benefit microsimulation model for the European Union, https://euromod-web.jrc.ec.europa.eu/ (Zugriff am 10. Jänner 2023). [53]

JRC, E. (2022). EUROMOD I4.0+ model documentation, https://euromod-web.jrc.ec.europa.eu/resources/model-documentation. [54]

Kalil, A. (2015). „Inequality Begins at Home: The Role of Parenting in the Diverging Destinies of Rich and Poor Children“. In: Amato, P. et al. (eds.), National symposium on family issues. Families in an era of increasing inequality: Diverging destinies, https://doi.org/10.1007/978-3-319-08308-7_5. [27]

Kalil, A. / Ryan, R. (2020). „Parenting practices and socioeconomic gaps in childhood outcomes“, Future of Children, Bd. 30/1, S. 29–54, https://doi.org/10.1353/FOC.2020.0004. [28]

McKee, K. (2012). „Young People, Homeownership and Future Welfare“, Housing Studies, Bd. 27/6, S. 853–862, https://doi.org/10.1080/02673037.2012.714463. [82]

McLaughlin, M. / Rank, M. (2018). „Estimating the Economic Cost of Childhood Poverty in the United States“, Social Work Research, Bd. 42/2, pp. 73–83, https://doi.org/10.1093/swr/svy007. [11]

OECD (2023). Austria – Country Tax and benefit policy description, https://www.oecd.org/els/soc/benefits-and-wages-country-specific-information.htm. [41]

OECD (2023). Income Distribution Database, https://www.oecd.org/social/income-distribution-database.htm. [62]

OECD (2023). PF3.1 Public spending on childcare and early education, https://www.oecd.org/els/family/database.htm. [70]

OECD (2022). Gesundheit auf einen Blick: Europa, OECD Publishing, Paris, https://doi.org/10.1787/23056088. [43]

OECD (2022). OECD Affordable Housing Database HC1.2: Housing Costs Over Income, https://www.oecd.org/els/family/HC1-2-Housing-costs-over-income.pdf (Zugriff am 16. Jänner 2023). [57]

OECD (2022). OECD Economic Surveys: Austria 2021, OECD Publishing, Paris, https://doi.org/10.1787/eaf9ec79-en. (Zugriff am 12. Jänner 2023). [58]

OECD (2022). OECD Family Database, Indikator PF2.2: Parents' use of child-birth-related leave, https://www.oecd.org/els/family/PF2-2-Use-childbirth-leave.pdf (Zugriff am 6. Jänner 2023). [39]

OECD (2022). OECD Income Distribution Database (IDD), http://www.oecd.org/social/income-distribution-database.htm (Zugriff am 6. Jänner 2023). [21]

OECD (2022). Recommendation of the Council on Creating Better Opportunities for Young People, https://legalinstruments.oecd.org/en/instruments/OECD-LEGAL-0474 (Zugriff am 17. Mai 2023). [77]

OECD (2021). Measuring What Matters for Child Well-being and Policies, OECD Publishing, Paris, https://doi.org/10.1787/e82fded1-en. [6]

OECD (2021). Measuring What Matters to Child Well-Being and Policies, OECD, Paris. [83]

OECD (2021). OECD Family Database, Indikator PF3.1: Public spending on child-care and early education https://www.oecd.org/els/soc/PF3_1_Public_spending_on_childcare_and_early_education.pdf (Zugriff am 12. Jänner 2023). [38]

OECD (2021). OECD Family Database, Indikator PF3.2: Enrolment in childcare and pre-school, https://www.oecd.org/els/soc/PF3_2_Enrolment_childcare_preschool.pdf (Zugriff am 12. Jänner 2023). [36]

OECD (2020). „Is Childcare Affordable?", Policy Brief on Employment, Labour and Social Affairs, OECD, Paris, http://oe.cd/childcare-brief-2020 (Zugriff am 11. Juli 2020). [35]

OECD (2020). „OECD Family Database, Indikator LMF1.2. Maternal Employment Rates", https://www.oecd.org/els/family/LMF1_2_Maternal_Employment.pdf (Zugriff am 12. Jänner 2023). [60]

OECD (2020). „Social housing: A key part of past and future housing policy“, Employment, Labour and Social Affairs Policy Briefs, OECD, Paris, http://oe.cd/social-housing-2020. (abgerufen am 14. Jänner 2021). [59]

OECD (2019). Changing the Odds for Vulnerable Children: Building Opportunities and Resilience, OECD Publishing, Paris, https://doi.org/10.1787/a2e8796c-en. [56]

OECD (2019). OECD Economic Surveys: Austria 2019, OECD Publishing, Paris, https://doi.org/10.1787/22f8383a-en. (Zugriff am 12. Jänner 2023). [61]

OECD (2018). A Broken Social Elevator? How to Promote Social Mobility, OECD Publishing, Paris, https://doi.org/10.1787/9789264301085-en. [10]

OECD (2018). Poor children in rich countries: why we need policy action, OECD, http://www.oecd.org/social/family/Poor-children-in-rich-countries-Policy-brief-2018.pdf. [55]

OECD (2017). Preventing Ageing Unequally, OECD Publishing, Paris, https://doi.org/10.1787/9789264279087-en. [84]

Pakpahan, E. / Hoffmann, R. / Kröger, H. (2016). „The long arm of childhood circumstances on health in old age: Evidence from SHARELIFE“, Advances in Life Course Research, Bd. 1–10, S. 31. [52]

Pavolini, E. / Van Lancker, W. (2018). „The Matthew effect in childcare use: a matter of policies or preferences?“, https://doi.org/10.1080/13501763.2017.1401108. [63]

Pessl, G. / Steiner, M. (2022). „Negotiating the 'Maze': SEN and the Transition From Lower Secondary Education in Austria“, Cogitatio, Bd. 10/2, https://doi.org/10.17645/si.v10i2.5096. [78]

Poulton, R. et al. (2002). „Association between children's experience of socioeconomic disadvantage and adult health: A life-course study“, Lancet, Bd. 360/9346, S. 1640–1645, https://doi.org/10.1016/S0140-6736(02)11602-3. [7]

Riding, S. et al. (2021). „Looking beyond COVID-19: Strengthening family support services across the OECD“, OECD Social, Employment and Migration Working Papers, Nr. 260, OECD Publishing, Paris, https://doi.org/10.1787/86738ab2-en. [71]

Roxo, L. / Bambra, C. / Perelman, J. (2021). „Gender Equality and Gender Inequalities in Self-Reported Health: A Longitudinal Study of 27 European Countries 2004 to 2016“, International Journal of Health Services, Bd. 51/2, S. 146, https://doi.org/10.1177/0020731420960344. [49]

Schmidt, E. / Schmidt, A. (2022). „Austria“, in International Network on Parental Leave Policies, Annual Report, https://www.leavenetwork.org/annual- (Zugriff am 19. April 2023). [42]

Schratzenstaller, M. (2022). Familienleistungen der öffentlichen Hand in Österreich: Längerfristige Entwicklungen und aktuelle Reformen, WIFO, Wien, https://www.wifo.ac.at/jart/prj3/wifo/resources/person_dokument/person_dokument.jart?publikationsid=69431&mime_type=application/pdf#:~:text=L%C3%A4ngerfristige%20Entwicklungen%20und%20aktuelle%20Reformen,-Margit%20Schratzenstaller&text=Die%20Familienleistungen%20pro%20Kind%20sind,%25%20(auf%205.226%20%E2%82%AC). (abgerufen am 2. August 2023). [17]

Shuey, E. / Kankaraš, M. (2018). „The Power and Promise of Early Learning“, OECD Education Working Papers, No. 186, OECD Publishing, Paris, https://www.oecd-ilibrary.org/education/the-power-and-promise-of-early-learning_f9b2e53f-en (Zugriff am 30. April 2022). [33]

Statistik Austria (2023). Soziale Krisenfolgen, https://www.statistik.at/en/statistics/population-and-society/income-and-living-conditions/social-impact-of-crisis (Zugriff am 2. August 2023). [85]

Statistik Austria (2022). „Anstieg der Betreuungsquote in Kindertagesheimen“, https://www.statistik.at/fileadmin/announcement/2022/07/20220714KTH21_22.pdf (Zugriff am 20. April 2023). [37]

Statistik Austria (2022). Kindertagesheimstatistik 2021/22, Statistik Austria, Wien, https://www.statistik.at/services/tools/services/publikationen/detail/1367 (Zugriff am 15. Juli 2023). [67]

Statistik Austria (2022). Mehr Minderjährige 2021 von Kinder- und Jugendhilfe unterstützt, Statistik Austria, Wien. [72]

Thévenon, O. et al. (2018). „Child poverty in the OECD: Trends, determinants and policies to tackle it“, OECD Social, Employment and Migration Working Papers, Nr. 218, OECD Publishing, Paris, https://www.oecd-ilibrary.org/employment/child-poverty-in-the-oecd_c69de229-en (Zugriff am 3. Jänner 2023). [23]

Universität Wien (2022). 100 Schulen – 1.000 Chancen, https://100schulen.univie.ac.at/ (Zugriff am 17. Juli 2023). [74]

Van Lancker, W. / Pavolini, E. (2023). „Understanding the immigrant-native gap in childcare use: An empirical exploration for 21 European countries“, Acta Sociologica (Vereinigtes Königreich), Bd. 66/1, S. 74–95, https://doi.org/10.1177/00016993221102506/ASSET/IMAGES/LARGE/10.1177_00016993221102506-FIG5.JPEG. [64]

Volodina, A. et al. (2022). „Explaining gaps by parental education in children's early language and social outcomes at age 3–4 years: evidence from harmonised data from three countries“, Current Psychology, Bd. 1, S. 1–20, https://doi.org/10.1007/S12144-022-03754-Z/TABLES/2. [30]